

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Märkische Heimat

Potsdam, 1982

Heft 1

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4878

z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 1

Potsdam 1982

„Märkische Heimat“

Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 1
Potsdam 1982

83/85/2

Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte

83:105 -2-

2200
Präsenzbestand

Herausgeber:

Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand
Potsdam,
mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des
Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:

Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Lieselott Enders, Dorothee
Geßner, Helmut Langner

Bilder und Dokumente:

Staatliche Schlösser und Gärten Potsdam, Staatsarchiv Potsdam, Potsdam-
Museum, Staatliche Museen zu Berlin, Kupferstichkabinett und Sammlung
der Zeichnungen, Beyer

Redaktionsschluß: 31. März 1982. Manuskriptsendungen an Redaktion „Mär-
kische Heimat“, 1500 Potsdam, Mangerstraße 34/36

Gestaltung: Klaus Pommerening, Neuruppin

Druck:

Druckerei „Franz Maecker“ Neuruppin I-14-1 464 - F 27/82

EVP: 5,00 M

Inhalt

	Seite
Zum Geleit Von Hans-Joachim Schreckenbach	4
Karl Friedrich Schinkel 1781 - 1841 Gedanken zum 200. Geburtstag von Hans-Joachim Giersberg	7
Kein Requiem für Preußen Betrachtungen zur Geschichte Preußens und des Preußentums von Klaus Vetter	24
Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortchronik Bei der Arbeit an der Chronik neu entdeckt. Zur Arbeit an der Chronik der Stadt Brandenburg 1945 bis 1952 von Heinz Beutel	35
Das faschistische Vernichtungslager der Gestapo in Großbeeren und der antifaschistische Widerstandskampf von Lothar Wand	40
Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde Zeichen und Namen an märkischen Segel- und Schleppkähnen von Ulrich Buchholz	56
Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte Dem verdienstvollen Heimatforscher Richard Hoffmann zum 90. Geburtstag von Heinz-Joachim Vogt	65
Aus dem Fachbereich Numismatik Bemerkungen zu mittelalterlichen Münzstätten in der Mark Brandenburg von Wolfgang Fried	69
Aus dem Fachbereich kulturhistorische Zinnfiguren Zinnfiguren in unserer Zeit von Detlef Kotsch	76
Bibliographie	82
Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte	96
	3

Geleitwort

Seit einer Reihe von Jahren wächst in unserer Republik das Interesse für Geschichte, werden Fragen des Geschichtsbildes und Geschichtsbewußtseins, des Erbes und der Tradition diskutiert.

Geschichtliche Kenntnisse sind eine notwendige Voraussetzung für die Meisterung gegenwärtiger und künftiger Aufgaben. Nur wenn wir die Vergangenheit kennen, ist es uns möglich, die großen Leistungen der sozialistischen Gesellschaft unserer Gegenwart zu würdigen, den erreichten Stand richtig einzuschätzen und die Zukunft zu meistern.

Auf diesen Zusammenhang wies Erich Honecker in seinem Referat vor den 1. Kreissekretären der SED am 25. Januar 1980 hin und führte u. a. aus: „Jede Stadt, jeder Kreis und jede Gemeinde verfügen über Traditionen, die zu unserer nationalen Identität, zur progressiven und humanistischen Geschichte unseres gehören. . . . Das Wohlbefinden der Bürger in unserem sozialistischen Staat wird nicht wesentlich davon beeinflusst, wie sie sich mit ihrer Gemeinde oder ihrer Stadt und deren Geschichte verbunden fühlen. Auch das wirkt auf ihr Bewußtsein, auf die Bereitschaft, zu schützen und zu erhalten, wofür unsere Väter gekämpft und was wir alle gemeinsam geschaffen haben.“

Deshalb ist es notwendig, sich noch stärker als bisher mit unserem kulturellen Erbe zu befassen und alle revolutionären, demokratischen, progressiven humanistischen Traditionen zu pflegen. Sie gibt es sowohl in der Heimatgemeinde und der Heimatstadt als auch im Kreis und im Bezirk.

Die Heimatgeschichte konfrontiert uns unmittelbar und außerordentlich anschaulichen mit konkreten Erscheinungsformen und Zeugnissen historischer Ereignisse, Prozesse und Persönlichkeiten; mit geschichtlichen Traditionen und Ergebnissen historischer Entwicklungen im täglichen Lebens- und Arbeitsbereich. Über die Heimatgeschichte gewinnen wir tiefere Einsichten und größeres Verständnis für die allgemeine deutsche Geschichte und die spezifische Geschichte unserer Republik. Wichtiger als je zuvor ist es heute, unsere Geschichte intensiver, differenzierter, umfassender als bisher zu erforschen und zu propagieren.

Die Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR will mit der Publikation von Sammelbänden, die unter dem Titel „Märkische Heimat. Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam“ in unregelmäßiger Folge erscheinen sollen, dazu einen eigenen Beitrag leisten. Es geht in erster Linie um die Darstellung historischer Ereignisse und Prozesse unter

dem Gesichtspunkt der Heimatgeschichte, um die Erforschung und Propagierung von revolutionären, demokratischen, progressiven und humanistischen Traditionen in unserem Bezirk. In den Sammelbänden sollen Beiträge aus der Ur- und Frühgeschichte, aus der Zeit des Feudalismus und Kapitalismus und besonders aus den Jahren seit der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus enthalten sein, und zwar immer unter dem Aspekt der Heimatgeschichte. Eine besondere Rolle spielt dabei die Auseinandersetzung mit der preußischen Geschichte und die kritische Aneignung des uns überkommenen Erbes Preußens, zumal das Gebiet des heutigen Bezirkes Potsdam ehemals zum Kernland des preußischen Staates gehörte.

Die Vielfalt der in der Gesellschaft für Heimatgeschichte zusammengefaßten Fachbereiche muß sich auch in den Artikeln und Berichten der Sammelbände widerspiegeln. Darstellungen aus den Gebieten Heimatgeschichte und Ortschronik, Ur- und Frühgeschichte, Kulturgeschichte/Volkskunde, Numismatik und kulturhistorische Zinnfiguren geben ein farbiges vielfältiges Bild von Vergangenheit und Gegenwart unseres Bezirkes.

Der Titel „Märkische Heimat“ knüpft an eine bis 1962 herausgegebene Publikationsreihe des Kulturbundes an und betont damit zugleich die Notwendigkeit einer stärkeren Pflege märkischer Traditionen. Gleichberechtigt neben Sachsen, Thüringen oder Mecklenburg steht als eine historisch gewachsene geographische Einheit die Mark Brandenburg, von Theodor Fontane und vielen anderen einfach als „Mark“ bezeichnet. Im Juli/August 1952 wurde das Land Brandenburg, das nach 1945 aus der ehemaligen preußischen Provinz Mark Brandenburg hervorgegangen war, in die drei Bezirke Cottbus, Frankfurt und Potsdam umgebildet. Seitdem haben sich diese Bezirke als stabile territoriale Einheiten erwiesen und immer stärker eigenständige Züge entwickelt.

Der Bezirk Cottbus, Koble- und Energiebezirk der DDR, beruft sich immer mehr auf Lausitzer Traditionen, die ja weit in sein Territorium hineinreichen. Der Bezirk Frankfurt versteht sich vor allem als der „Oderbezirk“. Für den Bezirk Potsdam wird oft der Begriff „Havelbezirk“ verwendet. Er deckt das geographische Zentrum des Bezirkes ab. Aus historischer Sicht liegen jedoch Teile des Bezirkes, wie Fläming, Zauche, Teltow, Prignitz und Ruppín, außerhalb des Havellandes. So erscheint es richtig, den Begriff Mark, der alle diese Landschaften und Landesteile umfaßt, weiterhin zu verwenden.

Die märkische Tradition wird im Titel der Bezirkszeitung der SED „Märkische Volksstimme“ betont. In Berlin ist das „Märkische Museum“ ein Zentrum der Traditionspflege und der Vermittlung geschichtlicher Kenntnisse

über Berlin und die Mark, wobei die Mark Brandenburg in ihrer ursprünglichen Größe im Blickpunkt der Betrachtung steht. Erst kürzlich veröffentlichte die Schriftstellerin Gisela Heller ein Buch mit dem Titel „Märkischer Bilderbogen“, und der Klub der Künstler und Architekten „Eduard Claudius“ in Potsdam hat eine Veranstaltungsreihe unter Bezeichnung „Märkische Reihe“ eröffnet. So ist der Begriff „Märkische Heimat“ eine durchaus angemessene und zeitgemäße Bezeichnung der Sammelbände.

Wir hoffen, daß Inhalt und Form der geplanten Sammelbände viele Interessenten finden und sie zu eigener Beschäftigung mit der Geschichte anregen werden. Wir wünschen uns eine aktive Mitarbeit der Geschichts- und Heimatfreunde, die hier ihre Forschungsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen können. Der vorliegende Band soll ein Anfang sein.

Potsdam, im Dezember 1981

Dr. Hans-Joachim Schreckenbach

*Vorsitzender des Bezirksvorstandes Potsdam
der Gesellschaft für Heimatgeschichte
im Kulturbund der DDR*

Karl Friedrich Schinkel

Von Hans-Joachim Giersberg

„Er war von mittlerer Größe und schlankem Körperbau; zu seiner gesunden Gesichtsfarbe paßte das früh schon silbergrau glänzende lockige Haupthaar vortrefflich. Meist trug er einen blauen Überrock und jederzeit weißeste Wäsche. Er war nicht schön, aber der ernst-milde Ausdruck seines unregelmäßig geformten Gesichts, dabei sein schöner elastischer Gang verrieten den Mann höherer Begabung.“

So beschreibt Fontane die äußere Erscheinung eines Mannes, der durch die Vielseitigkeit seines Schaffens als Baumeister, Maler, Bühnenbildner, Denkmalfleger, Innenraumgestalter, Theoretiker und Staatsbeamter nahezu aller künstlerischen Gebiete in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beeinflußt hat: Karl Friedrich Schinkel.

Im Todesjahr 1841 sagte ein Zeitgenosse von ihm:

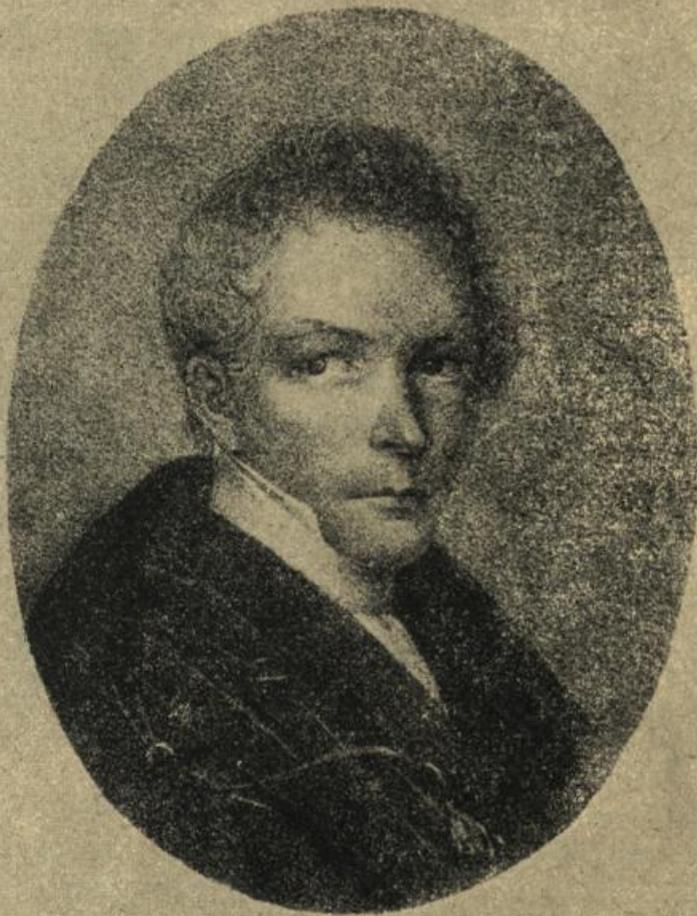
„Schinkel ist die Quelle, aus welcher der gegenwärtige in unserem Lande herrschende Geschmack herfließt“. Aber noch weit über den Tod hinaus ist sein Wirken namentlich in der Baukunst spürbar. Die Neue Wache Unter den Linden, das Alte Museum und das Schauspielhaus in Berlin, aber auch das Schloß Charlottenhof und die Nikolaikirche in Potsdam sind noch heute Lehrbeispiele Schinkelscher Architekturauffassung.

Noch in der Regierungszeit Friedrichs II. geboren, fuhr am Ende seines Lebens bereits die Eisenbahn zwischen Berlin und Potsdam. Dazwischen liegen die Große Französische Revolution, die Niederlage Preußens, die Befreiungskriege und die nachfolgende Restauration, die jedoch eine Zeit großer künstlerischer Leistungen war. Schinkels Name ist dabei an vorderster Stelle zu nennen und steht gleichbedeutend neben denen der Philosophie, Dichtung, Geschichts- und Naturwissenschaften jener Zeit in Preußen wie Kant, Hegel, Wilhelm und Alexander von Humboldt, Fichte, Schelling, Ranke, Brentano, Kleist, Eichendorff, Chamisso, Achim und Bettina von Arnim.

Jugend in Neuruppin

Schinkel wurde am 13. März 1781 in Neuruppin geboren. Der Vater war Archidiakon und Inspektor der Kirchen und Schulen der Stadt, die Mutter stammt aus einer alten Neuruppiner Kaufmannsfamilie. Karl Friedrich war das zweite von fünf Kindern.

Am 26. 8. 1787 verheerte eine Feuersbrunst den größten Teil der Stadt Neuruppin. Der Vater zog sich bei den Rettungsarbeiten eine „Erhitzung“ zu, in deren Folge er am 25. Oktober 1787 starb. Da das Wohnhaus der Familie Schinkel auch zerstört worden war, zog die Mutter nach dem Tode des Vaters mit den Kindern in das erhalten gebliebene und auch heute noch



C. F. SCHINKEL

Karl Friedrich Schinkel im Alter von 45 Jahren. Lithographie nach F. Jentzen

stehende Predigerwitwenhaus in der Fischbänkenstraße. Hier verlebte Schinkel seine Kindheit bis zum 13. Lebensjahr.

Der Knabe wird als bescheiden, zurückhaltend und gemütvoll, aber auch schnell aufbrausend geschildert. Er war kein hervorragender Schüler; seine besondere Vorliebe galt jedoch den Künsten. Es wird berichtet, daß er sehr musikalisch war und ausgezeichnet Klavier spielte. Auch das Theater machte ihm große Freude; seine älteste Schwester schrieb die Stücke, während



Im ehemaligen Predigerwitwenhaus in Neuruppin, erstes Haus links, verlebte der Baumeister K. F. Schinkel seine Kinderjahre (ältere Aufnahme)

er die Dekorationen und Figuren malte. Am Abend fanden dann Puppenspiele statt. Theaterdekorationen sollten später auch zu seinem Betätigungsfeld gehören und zu seinem Ruhm beitragen.

Nach dem Brande Neuruppins im Jahre 1787 begann sehr bald der Neuaufbau unter Leitung des Bauinspektors Bernhard Matthias Brasch (1741–1821). Immer wieder ist die Frage gestellt worden, inwieweit dieses Werden einer neuen Stadt, das Schinkel täglich bei seinem Schulweg in das schon 1790 fertiggestellte Gymnasium beobachten konnte, seine spätere Hinwendung zur Architektur mit beeinflußt hat. In seinen Schriften und Briefen findet sich keine Äußerung darüber, doch werden Brand, Tod des Vaters und das kaum zu übersehende Bauen in der Stadt unauslöschliche Eindrücke bei den jungen Menschen hinterlassen haben, von dem wir wissen, daß er zeit seines Lebens ein „bewundernswertes Gedächtnis und phantastisches Erinnerungsvermögen“ besaß. Den Bauinspektor Brasch wird Schinkel mit großer Wahrscheinlichkeit persönlich gekannt haben, waren doch sein Schwager, der Pfarrer Wagner aus dem bei Neuruppin gelegenen Ort Kränzlin und auch dessen Frau – Schinkels Schwester – Paten von Braschs Kindern. Zu den Konstrukteuren, die beim Aufbau Neuruppins mithalfen, gehörte auch zeitweilig der junge Friedrich Gilly (1772 – 1800), Schinkels späterer

Lehrer. Ein Zusammentreffen beider eventuell im Hause von Brasch ist wohl denkbar, aber nirgends belegt.

1794 übersiedelte die Mutter nach Berlin in das Predigerwitwenhaus der Marienkirche, und Schinkel besuchte nur noch selten seine Vaterstadt, mehr noch das nahe Kränzlin, wo seine ältere Schwester wohnte und wohin er auch Briefe der ersten Italienreise adressierte.

Lehrjahre in Berlin 1794 – 1803

Friedrich II. hatte bis zu seinem Tode 1786 vor allem in den Residenzen Berlin und Potsdam an den spätbarocken Architekturvorstellungen festgehalten, jedoch in den Provinzen waren nahezu unbemerkt neue Wege beschritten worden. Die wichtigsten Vertreter – C. G. Langhans (1733 – 1808) in Breslau und David Gilly (1748 – 1808) in Stettin – kamen 1788 nach Berlin und lösten die ältere Architekturgeneration ab. Zu nennen ist auch noch F. W. v. Erdmannsdorff, der Baumeister des Wörlitzer Schlosses, der schon Ende 1786 aus Dessau kam, aber nach Arbeiten im Schloß Sanssouci (Umgestaltung des Arbeits- und Schlafzimmers Friedrichs II.) und im Berliner Schloß 1789 Preußen wieder verließ. In den letzten Jahren von 1800 muß noch der junge Friedrich Gilly (1772 – 1800) hinzugerechnet werden. Sie alle prägten einen neuen, von der Einfachheit und Klarheit der Antike durchdrungenen Stil des Berliner frühen Klassizismus, der mit der Niederlage Preußens in der Schlacht bei Jena und Auerstedt endete.

Auftakt und Wahrzeichen des neuen antikischen Bauens war das von Langhans 1788/89 errichtete Brandenburger Tor in Berlin. Der junge Schinkel, Schüler des berühmten Gymnasiums zum Grauen Kloster, muß das alles wachen Auges und Sinnes registriert haben.

Seit 1784 veranstaltete die Berliner Akademie der Künste jährlich Ausstellungen der neuesten Werke der bildenden und angewandten Kunst. Auf der Akademie-Ausstellung des Jahres 1797 zeigte man auch einen Entwurf des jungen Friedrich Gilly zu einem Denkmal des preußischen Königs Friedrich II. in der Form eines dorischen Tempels auf hohem Unterbau. Schinkel war wie viele seiner Zeitgenossen von der Monumentalität dieses Entwurfes so beeindruckt, daß er beschloß, Baumeister zu werden. In der Geschichte der Architektur gibt es wohl nur wenige solcher Beispiele, daß ein Entwurf so anregend und ausstrahlend gewirkt hat und einen jungen Menschen dadurch seinen Beruf finden ließ. Schinkel verließ Ostern 1798 das Gymnasium mit der Obersekundareife und trat nach der Rückkehr Friedrich Gillys von einer Studienreise nach England, Frankreich und Süddeutschland Ende dieses Jahres in dessen Atelier ein – er wohnte auch im Hause der Gillys –, um die Grundbegriffe der Baukunst zu erlernen. Durch das Kopieren seiner Zeichnungen machte sich Schinkel mit dem Stil des jungen Gilly vertraut.

Auch seine eigenen Zeichnungen dieser Zeit, wie der „Entwurf zu einem Mausoleum“ (1799) – er stammt aus dem Besitz Theodor Fontanes und wird seit 1932 im Heimatmuseum Neuruppin aufbewahrt – lassen den Einfluß seines Lehrmeisters deutlich erkennen.

Im Juli 1799 wurde die Bauakademie gegründet, und zu den ersten 95 Eleven („Baubeflissene“) zählte auch der 18jährige Schinkel. Ein Vorschlag zur Preisverleihung vom 17. 11. 1800 nennt ihn an der Spitze der besten 18 Bauschüler. Mit dem Tode Friedrich Gillys (18. 3. 1800) schied er aus der Bauakademie aus und führte einige dessen Aufträge weiter. Als erstes selbständigen Bau errichtete Schinkel 1800/01 den Pomona-Tempel auf dem Pfingstberg bei Potsdam. Es folgten dann 1801/03 Dorf- und Wirtschaftsgebäude im heutigen Marxwalde (Bez. Frankfurt/O.), das Schloß in Buckow bei Berlin (1945 zerstört) und das Haus für den Zimmerermeister Steinmeyer in der Berliner Friedrichstraße 103 (1892 abgebrochen).

Von der umfangreichen Planung für ein Schloß des Grafen Heinrich XLIII. Reuß – Schleiz – Köstritz haben sich über 30 zum Teil großformatige und bildähnliche Entwürfe aus den Jahren 1802/03 erhalten. Das Bauwerk ist nicht ausgeführt worden.

Reisen nach Italien

Am 1. Mai 1803 trat der 22jährige Schinkel mit seinen Freund und Architektenkollegen Johann Gottfried Steinmeyer (1780 – 1851) eine Reise nach Italien an. Ein kleines bescheidenes Vermögen und der ersparte Verdienst der ersten Tätigkeit erlaubten ihm, diese Reise aus eigenen Mitteln zu bestreiten, ohne wie viele andere Italienreisende auf ein adliges oder königliches Stipendium angewiesen zu sein.

Seit der Renaissance waren derartige Reisen üblich, nahmen aber in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, angeregt durch Kupferstiche und eine immer zahlreicher erscheinende Reiseliteratur zu. Vor allem war es Winkelmann, der 1752 nach Italien gegangen war, und dessen Werke über die „Kunst des Altertums“ ein ungeahntes großes Interesse ausgelöst hatte. 1786 bereiste Goethe Italien; ihm folgten 1788/89 Herder und die Maler Johann Philipp Hackert und Heinrich Wilhelm Tischbein, der Bildhauer Bertel Thorwaldsen, 1792 dann Schinkels späterer Lehrer an der Berliner Bauakademie Heinrich Gentz u. v. a.

Fontane schreibt in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ (Grafschaft Ruppin), daß Friedrich Gilly Schinkel zweierlei hinterlassen habe: „den ausgesprochenen Wunsch, seine Arbeiten durch ihn (Schinkel) vollendet zu sehen, dann aber die Sehnsucht nach Italien“.

Den zweiten Wunsch erfüllte sich Schinkel im Jahre 1803. Die Reise führte von Berlin aus über Dresden, Prag, Wien, Triest nach Rom, wo er und Steinmeyer Anfang Oktober ankamen. Im April 1804 reiste man nach Neapel und Mai/Juni 1804 weiter bis nach Sizilien. Die Rückreise erfolgte über Rom, Genua, Mailand, Paris; Ende März 1805 war man wieder in Berlin. Schinkels Tagebuchaufzeichnungen und Briefe an Verwandte und Freunde geben nicht nur genaue Auskunft über den Reiseverlauf, sondern spiegeln vor allem seine vielfältigen Eindrücke und die Begeisterung über Land und Leute wieder. Aber noch mehr sind es die von ihm während der Reise angefertigten über 400 Zeichnungen, die seine intensive Beschäftigung mit der südländischen Landschaft und ihrer Architektur deutlich machen. Kein Wun-

der, daß seine Freunde in ihm gegen seinen Willen weniger den Architekten als vielmehr den Maler sahen. Natürlich interessierte den Zweiundzwanzigjährigen die antike Baukunst, wie sie ihm besonders in Rom, Süditalien und auf Sizilien begegnete, doch bedeutete das für Schinkel nichts grundlegend Neues, hatten ihn doch an der Bauakademie die Professoren Sulzer und Hirt darin unterwiesen und außerdem war er, wie er Ende 1804 an David Gilly schrieb „von Jugend auf damit bekannt“. Trotzdem hielt er natürlich die antiken Bauwerke in Rom, Taormina, Agrigent genauso mit seiner Zeichenfeder fest, wie den Aufstieg zum Ätna oder die ländlichen Wohnungen in Sizilien, die mit ihren flachen Dächern und weinbewachsenen Lauben später Eingang in sein Bauen finden sollten.

Das besondere Erlebnis aber war die Begegnung mit der mittelalterlichen Baukunst Italiens. Hatte er schon die Dome in Prag und Wien bewundert, die Bauten in Florenz, Venedig und in Mailand begeisterten ihn noch stärker. An David Gilly schrieb er im Dezember 1804: „Italien enthält noch einige Werke gotischer, sarazenischer oder spätmittelalterlicher Baukunst, die bisher zu wenig betrachtet und geschätzt wurden und in denen ein Charakter liegt, der Ehrfurcht für das Zeitalter ihrer Entstehung erregt. Sie zeigen uns deutlich, daß Sorgfalt und Fleiß bei jedem Werke verbunden mit einem unverdrängbaren Gesetz der Wahrheit, den höchsten Grad der Anwendung erhielt. Hierher gehören Dome von Mailand, Florenz, Pisa, Orvieto, Siena, Palermo, Monreale, die alten Paläste Venedigs, Genuas, Palermos“.

Schinkel hatte die Absicht, ein Stichwerk über die mittelalterlichen Bauten Italiens herauszugeben und schon 1804 von Neapel aus mit dem Berliner Verleger Unger korrespondiert, doch dessen Tod verhinderte die Ausführung des Planes.

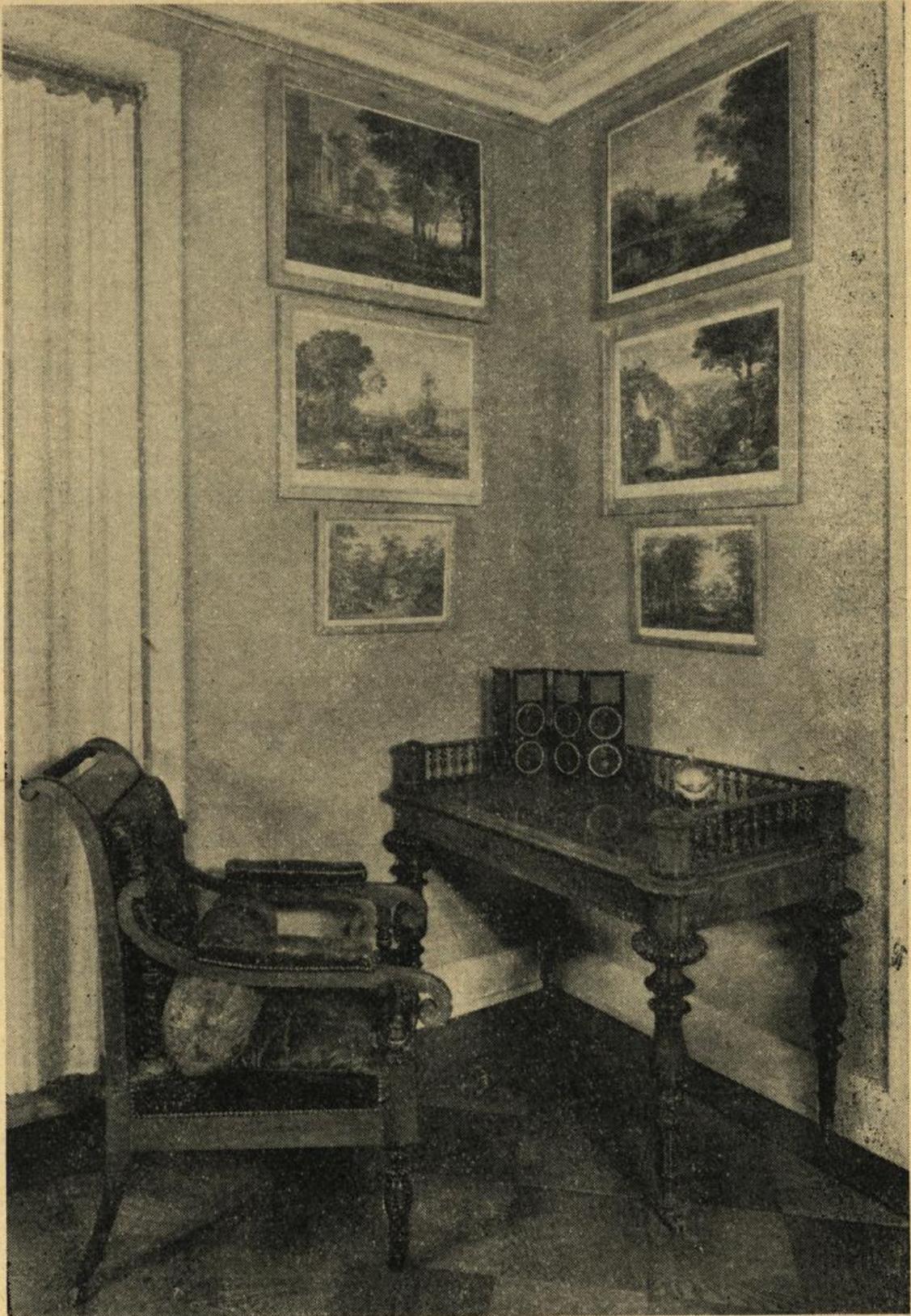
In Rom, wo sich Schinkel am längsten aufhielt, lernte er u. a. den Maler Joseph Koch kennen – „der mir eine Menge Künstler ins Haus geführt“ (Schinkel) –, der seine Malerei beeinflusste, und Wilhelm von Humboldt, der seit 1802 der Botschafter am Vatikan war und ihn später in Berlin förderte.

Bei allem Erlebnisreichtum war solch eine Reise jedoch nicht ohne Gefahren. Schlechte Wege, Naturgewalten, Krankheiten, Geldsorgen und auch Räuber zwangen immer wieder zu unfreiwilligen Aufenthalten. Schinkel schildert auch derartige Situationen in seinen Aufzeichnungen.

Diese erste große Reise nach Italien war für den angehenden Architekten von weitreichender Bedeutung. Sie hatte ihm die Begegnung mit den klassischen Stätten gebracht und das mittelalterliche Italien entdecken lassen; aus allem wollte er, nun wieder heimgekehrt, „den Nutzen für die Folge meiner Arbeit“ (Schinkel) ziehen.

Noch zweimal reiste Schinkel nach Italien: 1824 für fünf Monate zusammen mit dem Kunsthistoriker Gustav Friedrich Waagen, dem Medailleur Henri Brandt und dem Finanzrat August Kerll.

Auch von dieser Reise sind wir durch Tagebucheintragen, Briefe und Zeichnungen unterrichtet.



Arbeitszimmer des Kronprinzen Friedrich Wilhelm (IV.) im Schloß Charlottenhof.

Zum dritten Mal fuhr er dann 1830 mit seiner Familie nach Venedig und Verona; Aufzeichnungen dieser Italienreise fehlen aber.

Der Maler

1805 war Schinkel von seiner Italienreise wieder nach Berlin zurückgekehrt. Voller Eindrücke und Ideen glaubte er nun, als Architekt arbeiten zu können, doch an eine größere Bautätigkeit konnte in dieser politisch bewegten Zeit in Preußen kaum jemand denken. Ein Jahr später, 1806, wurde die preußische Armee bei Jena und Auerstedt von Napoleon vernichtend geschlagen. Es folgten die Jahre der französischen Besetzung mit der Last der Kriegskontributionen, aber auch mit den Reformen der Verwaltung und des Heeres durch Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau u. a. An den Befreiungskriegen 1813/15 nahm Schinkel, wie auch Savigny und von Arnim, zeitweilig als Mitglied des Landsturmes teil.

1809 heiratete er die Stettiner Kaufmannstochter Susanne Berger, mit der er drei Töchter und einen Sohn hatte. In der Wohnung Schinkels am Berliner Alexanderplatz, vor allem aber nach 1814 in der Friedrichstraße, „pflegte sich oft ganz ohne alle Vorbereitung eine höchst interessante, geistvolle fröhliche Gesellschaft Abends bei ihm zusammenzufinden, die sich in der Regel erst gegen Mitternacht trennte“ (Wolzogen). Dazu gehörte Clemens Brentano, Bettina von Arnim, Rugenhagen, Samuel Rösel, Carl Gropius u. a. Schinkel saß dabei meist ruhig und zeichnete.

Da die Architektur ihm keine Möglichkeit der Betätigung bot, widmete sich Schinkel der Malerei. In diesem Fach war er Autodidakt, seine malerischen und zeichnerischen Fähigkeiten hatte er jedoch nicht zuletzt schon durch die Reiseskizzen unter Beweis gestellt. Die Tätigkeit als Maler beschränkte sich jedoch im wesentlichen auf das Jahrzehnt zwischen 1805 und 1815. An erster Stelle ist die Tafelmalerei zu nennen, die vornehmlich in den Jahren um 1810 entstand und nur vereinzelt auch noch in späterer Zeit. Die Ölgemälde schuf Schinkel wohl mehr zum eigenen Vergnügen und für Freunde und Bekannte, zu denen Gneisenau und der Konsul Wagener gehörten.

Seine Bilder sind vornehmlich ideale Landschaften mit einem historischen Bauwerk im Mittelpunkt. Nicht umsonst wird von ihm berichtet, „daß er architektonisch malte und malerisch baute“ (Fontane). Die Architektur auf den Bildern ist entweder mittelalterlich oder klassisch-antik, wobei das Gotische eindeutig das Übergewicht hat. Hierbei spielt die „vaterländische Begeisterung“, die auch Schinkel um 1813 erfaßt hatte, eine wesentliche Rolle, sah doch auch er die Gotik als deutschen Stil an; erst später wurde erkannt, daß die Gotik in Frankreich ihre Wurzeln hat.

Betrachtet man Schinkels Architekturlandschaften genauer, stellt man fest, daß die wiedergegebene mittelalterliche Kathedrale oder der antike Tempel Mittelpunkt einer Stadt tätiger Menschen ist. Die Darstellung eines intakten idealen Gemeinwesens, dessen äußeres Sinnbild bei Schinkel die alles überragende Architektur ist, muß als typisch für das Bemühen der romantischen Kunst angesehen werden, mit Hilfe von Rückgriffen auf die Vergangenheit die Gegenwart zu erneuern. Hätte sich Schinkel ausschließlich

als Maler betätigt, so würde er „ohne Zweifel als der größte Landschaftsmaler aller Zeiten dastehen“, wie bereits sein erster Biograph Waagen 1844 festgestellt hat.

Den Lebensunterhalt verdiente Schinkel in dieser Zeit aber mit den sogenannten „optisch-perspektivischen Bildern“. Das waren großformatige Panoramen oder Dioramen, die am Ende des 18. Jahrhunderts in England in Mode gekommen waren und im Jahre 1800 zum ersten Mal auch in Berlin bei den Weihnachtsausstellungen der Konditoren, Buchhändler und Spielzeughändler zur Belebung des Geschäfts und zur Anlockung von Käufern nicht selten mit Staffagen, Beleuchtungseffekten und Musikbegleitung gezeigt wurden.

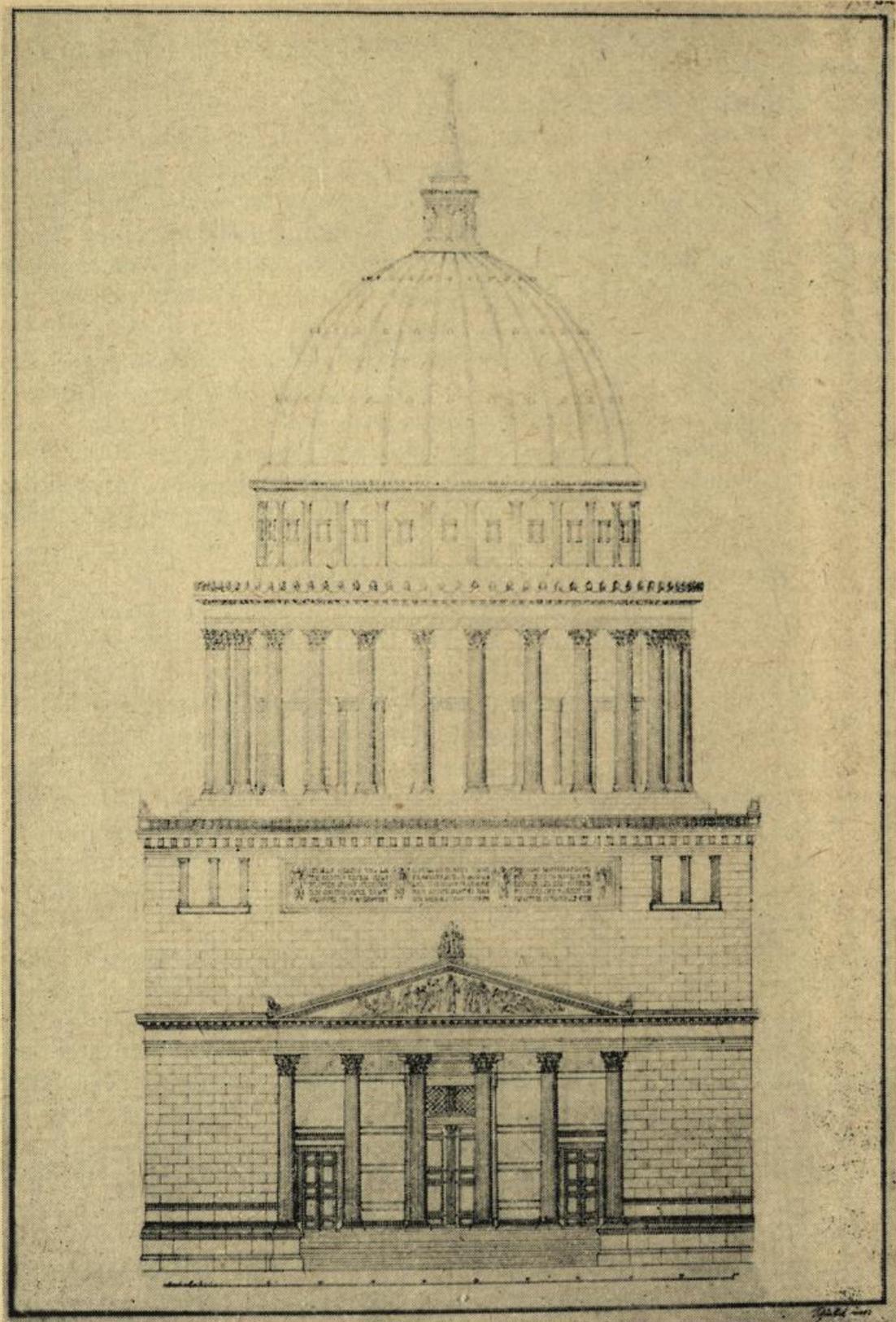
Schinkel malte vor allem für Wilhelm und dessen Sohn Carl Gropius – Fabrikanten von Masken und Theaterkostümen – bis 1816 etwa 40 Prospekte mit Landschaften und berühmten Bauwerken. Dabei griff er nicht selten auf seine Italienskizzen zurück. Für Schinkel war diese Tätigkeit nicht allein Broterwerb, sondern er verband damit wie bei seinen späteren Arbeiten das pädagogischen Anliegen, durch eine künstlerisch hochstehende Darstellung Natur und Kunstdenkmäler fremder Länder und Völker einem breiten Publikum nahezubringen und verständlich zu machen.

1808 schuf Schinkel auf eigene Kosten in nur drei Monaten ein großformatiges „Panorama von Palermo“, das eine Höhe von 4,5 m und eine Länge von 27 m hatte. Im August des gleichen Jahres war es in einem eigens errichteten Rundbau an der Hedwigskirche zu sehen und machte ihn mit einem Schlag bekannt. Am 23. Dezember 1809 besuchte das nach Berlin zurückgekehrte Königspaar die Vorführung des Zyklus von „merkwürdigen Gegenständen und berühmten Bauwerk“ mit Musikbegleitung. „Die Königin (Luise) wünschte die Erklärung aus Schinkels Munde zu hören, und es war dies die Gelegenheit, von wo ab Schinkels bisher beschränkte Stellung eine andere wurde“ (Wolzogen). 1810 erhielt er seine Anstellung an der Oberbaudeputation.

Zu den erfolgreichsten Dioramen gehörten die 1812 ausgestellten „Sieben Weltwunder“ und das wegen seiner Zeitbezogenheit besonders gefragte Bild „des Brandes von Moskau“, das in der Gropiusschen Weihnachtsausstellung 1813 zu sehen war. Der Kunsthistoriker Franz Kugler berichtet darüber: „Schon um sechs Uhr des Abends waren alle Straßen in der Nähe der Ausstellung mit Equipagen gefüllt und nur mit wahrer Lebensgefahr vermochte man zum Eingang zu gelangen“.

Keines der großformatigen Bilder hat die Zeit überdauert; es gibt nur noch einige Skizzen und von dem „Panorama von Palermo“ eine um 1816 angefertigte Radierung.

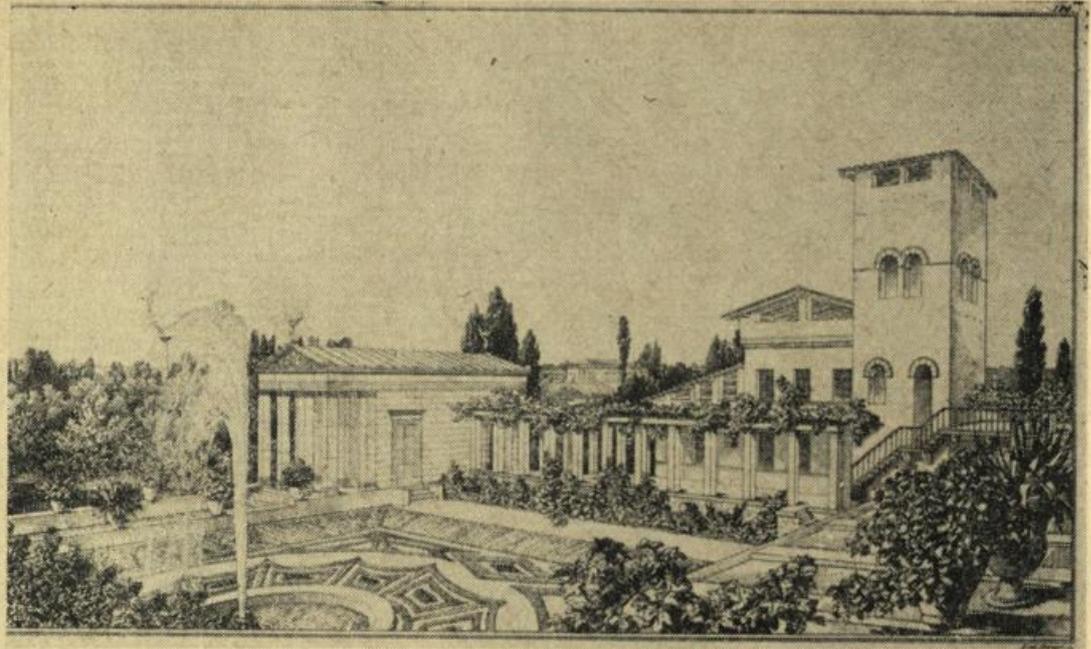
Die bei dem Malen der Dioramen gemachten Erfahrungen waren aber für Schinkel eine wichtige Voraussetzung für eine weitere Tätigkeit, die 1815 begann und seine bereits als Kind festgestellte Liebe zum Theater wieder spiegelt: Gemeint sind die Entwürfe zu Bühnenbildern. Schon in der Akademieausstellung des Jahres 1802 war ein erster Entwurf zu Goethes „Iphigenie“ zu sehen, doch erst als der Graf Brühl die Intendanz der Berliner Theater übernahm, fand Schinkel einen geeigneten Partner für die Verwirk-



Entwurf K. F. Schinkels für die Nikolaikirche in Potsdam 1829, Staatliche Museen zu Berlin, Kupferstichkabinett und Sammlung der Zeichnungen



n zu
Nikolaikirche in Potsdam nach der Wiederherstellung 1981.



Zeichnung K. F. Schinkels der Römischen Bäder im Park Sanssouci. Staatliche Museen zu Berlin, Kupferstichkabinett und Sammlung der Zeichnungen

lichung seiner Vorstellungen. Bis 1829 schuf Schinkel zu über 40 Bühnenstücken mehr als 100 (erhaltene) Entwürfe, von denen die zu Mozarts „Zauberflöte“ (1816) und zur Oper „Undine“ (1817) mit der Musik von E. T. A. Hoffmann nach dem Märchen von de la Motte-Fouqué zu den bekanntesten gehörten. Weitere Entwürfe fertigte er für Goethes „Faust“, Kleists „Kätzchen von Heilbronn“ u. a. an. Wie die „Sammlung Architektonischer Entwürfe“, sind seit 1819 auch die Bühnenbildentwürfe Schinkels in 5 Hefen bei Ludwig Wittig in Berlin erschienen. Eine zweite Ausgabe brachte dann der Potsdamer Buchhändler Riegel 1847 – 1849 heraus. Wenn in den Entwürfen auch das Architektonische dominiert, so zeigen sie vor allem Schinkels Phantasie reichtum und seinen Sinn für eine historische Atmosphäre. E. T. A. Hoffmann bezeichnet sie als das „Genialische der Art“, was er jemals gesehen hat.

Der Baumeister

Am 15. Mai 1810 trat Schinkel durch Vermittlung Wilhelm von Humboldts als Geheimer Oberbauassessor in die Technische Oberbaudeputation ein. Diese 1804 gegründete oberste preußische Baubehörde hatte die Aufgabe, die Entwürfe und Kostenanschläge sämtlicher Bauvorhaben des Hofes und des Staates (über 500 Thaler) zu prüfen und zu begutachten. Schinkel erhielt als besonderes Fachgebiet den ästhetischen Teil übertragen, d. h. künstlerische Gutachten über die öffentlichen Prachtgebäude, zu denen alle Kirchenbauten gehörten, anzufertigen, sich um die Erhaltung der alten Bau-

denk
Spät
Bezi
Drei
ser
nahm
tatio
Wen
ware
auch
mal
mal
de e
ihn n
Vorl
Schin
Als
und
Mög
Bauv
groß
nahm
seine
daß
Bisch
liche
gebä
tigte
in B
se E
te Sc
ihm
trage
Seine
ter d
(181
Berli
tigke
fe, la
Pots
und
In d
rühm
mien
burg
1834
in O

denkmäler zu kümmern und die Hofbauangelegenheiten zu überwachen. Später gehörte auch die „Abhaltung der Examina sämtlicher Baumeister in Beziehung auf die schöne Architektur“ zu seinen Aufgaben.

Dreißig Jahre bis zu seinem Tode im Jahre 1841 war Schinkel Beamter dieser Behörde, wurde 1815 zum Geheimen Oberbaurat ernannt und übernahm 1830 als Geheimer Oberbaudirektor die Leitung der Oberbaudeputation.

Wenn auch zwischen 1810 und 1815 kaum größere Bauaufgaben möglich waren, so zeigen doch Schinkels Arbeiten dieser Zeit sowohl als Maler als auch als Architekt – Entwürfe für ein Mausoleum der Königin Luise, Denkmal der Königin Luise in Gransee (1811), Entwurf zu einem Dom als Denkmal der Befreiungskriege (1814) – seine große Begabung. Bereits 1811 wurde er in die Königliche Preussische Akademie der Künste aufgenommen, die ihn 1820 zum Professor der Baukunst und zum Mitglied des Senats ernannte. Vorlesungen hat Schinkel aber nicht gehalten.

Schinkels Schaffen als Architekt ist von zwei Aufgabenbereichen geprägt. Als Mitglied der Oberbaudeputation prüfte und begutachtete er Entwürfe und Anschläge von Architekten aus allen Provinzen. Dadurch hatte er die Möglichkeit, mittelbar und auch unmittelbar auf das gesamte preussische Bauwesen einzuwirken und stilbildend zu sein, eine Tatsache, die in ihrer großen Tragweite bisher noch nicht genügend untersucht worden ist. Schinkel nahm diese Aufgabe, die nicht zuletzt durch die Dienstreisen die meiste Zeit seines Arbeitstages in Anspruch nahm, sehr ernst. Umso erstaunlicher ist es, daß er noch „nebenbei“ vornehmlich im Auftrage des Staates und des preussischen Königshauses Entwürfe für eine Vielzahl von Bauten unterschiedlicher Funktionen von Wohnhäusern über Schlösser, Theater, Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kirchen, Museen, Militärbauten bis zu Brücken anfertigte. Nicht zu vergessen sind seine Entwürfe zu Denk- und Grabmälern in Berlin, Großbeeren, Dennewitz, Neuruppin, Saalfeld u. a. Da auch diese Entwürfe der Oberbaudeputation vorgelegt werden mußten, begutachtete Schinkel nicht selten seine eigenen Arbeiten. Bei wichtigen Bauten wurde ihm außerdem noch die direkte Bauleitung oder aber die Oberaufsicht übertragen.

Seinen Weltruhm begründeten drei Bauten in Berlin: Die Neue Wache Unter den Linden (1816/17), das Schauspielhaus auf dem Platz der Akademie (1819/21) und das Museum am Lustgarten (1823/30).

Berlin blieb auch weiterhin die bevorzugte Domäne Schinkelscher Bautätigkeit. Etwa 50 Vorhaben, nicht eingerechnet die städtebaulichen Entwürfe, lassen sich für diese Stadt nachweisen. An zweiter Stelle steht zweifellos Potsdam und seine Umgebung (Zivilkasino 1818/21, Schloß Charlottenhof und die Römischen Bäder 1826/35, Nikolaikirche 1830/49).

In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts war Schinkel eine europäische Berühmtheit geworden. In schneller Folge wurde er Mitglied der Kunstakademien von München, Paris, Rom, Kopenhagen, London, Wien und Petersburg. Es häuften sich aber auch die ausländischen Aufträge. So fertigte er 1834 Entwürfe für einen Palast auf der Akropolis und 1838 zu einem Schloß in Orianda auf der Krim, die jedoch beide nicht ausgeführt wurden.

Schinkel verwendete für seine Bauten klassisch-antike, aber auch gotische Formen. Das ist für ihn keine formale Entscheidung, sondern nach seiner Auffassung wird das Aussehen eines Gebäudes von seiner Bestimmung geprägt, denn „das Ideal in der Baukunst ist nur dann völlig erreicht, wenn ein Gebäude seinem Zweck in allen Teilen und im Ganzen in geistiger und physischer Rücksicht vollkommen entspricht“.

Eine Synthese der Stile hat Schinkel bei der 1831 bis 1835 errichteten und leider zerstörten Bauakademie in Berlin angestrebt, indem er konstruktive Prinzipien der Gotik mit der Flächengliederung und Formensprache klassischer Herkunft verband. Dazu wird der unverputzte Ziegel in einer bis dahin kaum gekannten Art verwendet. Wenn auch die Berliner spotteten – „Kasten dieser Stadt, ringsum glatt und platt“ –, so fand bei vielen Zeitgenossen gerade dieses Bauwerk große Anerkennung und höchstes Lob. Schinkel wünschte sich, „daß diese dauerhafte schöne und wahrhafte Architektur aus gebranntem Tone ohne Übertünchung recht viele Nachahmung finden möge“. In der Tat sind danach in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts viele Bauten wie Schulen, Kasernen, Krankenhäuser, Forschungseinrichtungen in dieser haltbaren Technik entstanden. Die besonders bei der Bauakademie deutlich gewordenen neuen Gestaltungsauffassungen resultieren auch aus der auf der Reise von 1826 gewonnenen Kenntnis der englischen Architektur. So fertigte Schinkel durch den Engländeraufenthalt angeregt, 1827 einen Entwurf für ein Kaufhaus Unter den Linden in Berlin an. Dieser neue Baugedanke kam ebensowenig zur Ausführung wie die 1835 geplante Bibliothek für eine halbe Millionen Bücher.

Die Grundzüge seiner Baulehre dachte er in einem Buch niederzulegen, zu welchem er zahlreiche Vorarbeiten machte, das aber nie vollendet wurde. Seit 1819 erschien jedoch die „Sammlung Architektonischer Entwürfe, enthaltend theils Werke, welche ausgeführt sind, theils Gegenstände, deren Ausführung beabsichtigt wurde“. Bis 1840 sorgten 27 Hefte mit insgesamt 174 Tafeln für die Verbreitung Schinkelscher Bauauffassung. Dem Architekten ging es dabei nicht nur um eine schnelle Verbreitung seiner Bauten in Wort und Bild, sondern vor allem durch Beispiele „den sittlichen Fortschritt im Menschen zu fördern.“ Darin spiegelt sich seine Vorstellung von der hohen und universellen Verantwortung des Architekten wieder, die er in folgenden Worten zusammenfaßte: „Der Architekt ist seinem Begriff nach ein Veredler aller menschlichen Verhältnisse, er muß in seinem Wirkungskreis die gesamte schöne Kunst umfassen. Plastik, Malerei und die Kunst der Raumverhältnisse nach Bedingungen des sittlichen und vernunftgemäßen Lebens des Menschen schmelzen bei ihm in einer Kunst zusammen.“

Der Denkmalpfleger

Zu Schinkels Aufgaben in der Oberbaudeputation gehörte auch die „Erhaltung und Pflege der vaterländischen Monumente und Altertümer“. Das Interesse am historischen Erbe, besonders an der Architektur, erwachte in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts. 1772 hatte Goethe in seinem Hymnus „Von deutscher Baukunst“ das Straßburger Münster gefeiert und

1799
Mens
ge fü
Archit
vor r
gefes
wurd
zelte
was v
dische
werk
jene l
zeich
künst
(Der
Unter
licher
Alter
Bisch
lenkt
eine
richt
zu ko
volle
tigen
Guta
sie e
eine
te ge
und
Die
„auf
den
ihrer
ober
zung
in h
über
gen
laß
den,
mäl
behi
von
an d
Auf
„das

1799 festgestellt: „Alle Kunstwerke gehören als solche der gebildeten Menschheit an, und der Besitz derselben ist mit der Pflicht verbunden, Sorge für ihre Erhaltung zu tragen“. Diese Forderung erhob auch die junge Architektengeneration, unterstützt von einer romantischen Literatur, kurz vor 1800, allen voran Friedrich Gilly, der Lehrer Schinkels, dessen 1794 angefertigten Zeichnungen von der Marienburg enthusiastisch aufgenommen wurden. Die patriotische Begeisterung der Befreiungskriege 1813/15 wurzelte nicht zuletzt in einem neuen Geschichtsbewußtsein und -verständnis, was wiederum die allgemeine Forderung nach der Erhaltung der „vaterländischen Denkmäler“, womit man im wesentlichen die mittelalterlichen Bauwerke meinte, nach sich zog. Mit „Denkmal“ wurden nun nicht mehr nur jene bewußt errichteten Erinnerungszeichen für Personen und Ereignisse bezeichnet, sondern auch allgemein Bauten, in denen sich Geschichte und künstlerische Leistungen früherer Zeiten vergegenständlicht dokumentieren. (Der Begriff „Denkmalpflege“ ist erst seit den 1880er Jahren gebräuchlich). Untersuchungen an Einzelfällen führten 1815 zur Abfassung eines ausführlichen Berichts über die „Grundsätze zur Erhaltung alter Denkmäler und Altertümer in unserem Lande“, der von der Oberbaudeputation dem preußischen König zugeleitet wurde. Schinkel forderte darin eine staatlich gelenkte Denkmalpflege, formuliert deren zukünftige Aufgaben und schlug eine genaue Erfassung des wertvollen Denkmalbestandes vor. In dem Bericht heißt es u. a.: „Um nun zuvörderst erst zur Kenntnis des Vorhandenen zu kommen, würde, nachdem die Organisation der nötigen Schutzdeputation vollendet ist, deren erstes Geschäft sein: Verzeichnisse alles dessen anzufertigen, was sich in ihrem Bezirk vorfindet und diese Verzeichnisse mit einem Gutachten über den Zustand der Gegenstände und über die Art, wie man sie erhalten könne, zu begleiten. Nachdem man durch diese Verzeichnisse eine Übersicht erlangt, ließe sich nun ein Plan machen, wie diese Monumente gehalten werden könnten, um das Volk anzusprechen, nationale Bildung und Interesse an das frühere Schicksal des Vaterlandes zu fördern“.

Die große Bedeutung der Denkmale klar erkennend, möchte sie Schinkel „auf eine geschickte Weise, so weit es bei diesem sehr schwierigen und für den Wert der Sachen selbst gefährlichen Geschäft möglich ist, wieder in ihrem alten Glanz herstellen“. Wenn auch die originale Wiederherstellung oberstes Prinzip war, so schloß das nicht zurückhaltend eingefügte Ergänzungen mit eigenen stilistischen Auffassungen aus. Schinkel ließ sich dabei in hohem Maße von zweckmäßigen Erwägungen leiten. Seine Gutachten über den schlechten Zustand des Wittenberger Schlosses und des ehemaligen Berliner Pontonhofes waren bereits 1815 ausschlaggebend für den Erlass einer Kabinettsorder, in der alle Behörden Preußens angewiesen wurden, bei wesentlichen Veränderungen an öffentlichen Gebäuden und Denkmälern die Oberbaudeputation zu konsultieren. Wichtige Entscheidungen behielt sich Friedrich Wilhelm III. selbst vor. 1821 erließ der Staatskanzler von Hardenberg auf Veranlassung Schinkels weitere spezielle Instruktionen an die Regierungsbezirke, in denen noch einmal auf die Pflicht staatlicher Aufsicht hingewiesen wird. Schinkels ganzes Bemühen war darauf gerichtet, „das Wertvollste früherer Zeitalter innerlich unverfälscht unter uns lebendig

zu erhalten und das Maß der Anwendung für die Gegenwart zu finden“. Darin sah er „eine Hauptbestimmung eines Architekten“.

Im Sinne seines Berichtes von 1815 gelang es Schinkel in relativ kurzer Zeit, durch wichtige Verordnungen Abrisse oder stilwidrige Veränderungen an Baudenkmalern zu verhindern und klare Verantwortlichkeiten für deren Erhaltung festzulegen. 1822 begann auch die geforderte Inventarisierung im Regierungsbezirk Minden, aber erst nach Schinkels Tod erfolgte die Veröffentlichung der einzelnen Inventare.

Seit 1816 waren der Weiterbau des Kölner Domes unter der Mitwirkung Schinkels und ab 1819 die Wiederherstellung der Marienburg (Małbork/VR Polen) die größten und populärsten denkmalpflegerischen Vorhaben. Daneben ist aber die Erhaltung so vieler bedeutender Denkmale in Berlin, Magdeburg, Frankfurt/Oder, Brandenburg/Havel, Havelberg, Chorin, Neuruppin, Belzig, Potsdam u. v. a. mit dem Namen Schinkels für immer verbunden.

Die Forderung nach Einsetzung eines obersten Konservators der Kunstdenkmäler des preußischen Staates wurde jedoch erst 1843, zwei Jahre nach seinem Tode, mit der Berufung seines Schülers, dem aus Radensleben bei Neuruppin stammenden Alexander Ferdinand v. Quast (1807 – 1877) erfüllt. Durch die Schaffung einer straffen staatlichen Ordnung, die Entwicklung einer entsprechenden Methodik und vor allem durch eine eigene, umfangreiche und beispielgebende Tätigkeit wurde Schinkel zum Vater der Denkmalpflege in Preußen.

Entwürfe für das Kunsthandwerk

Schon vor seiner 1803 angetretenen Italienreise hatte Schinkel für die Berliner Eckardtsteinsche Fayence-Fabrik Entwürfe angefertigt und sogar Teller, Vasen u. a. selbst bemalt. Das 1810 übernommene Amt in der Oberbaudeputation sowie die umfangreiche Entwurfstätigkeit boten ihm dann vielfältige Möglichkeiten, auf die Form und Gestaltung kunsthandwerklicher Gegenstände Einfluß zu nehmen und seine Fähigkeiten auch auf diesem künstlerischen Gebiet unter Beweis zu stellen.

Nicht selten war Schinkel bei der Verwirklichung großer Bauaufgaben auch für den Innenausbau und die Ausstattung, namentlich bei den Palais der preußischen Prinzen, in Berlin und Potsdam verantwortlich. Dabei nehmen seine Möbelentwürfe einen besonderen Platz ein und fanden durch die 1835 bis 1837 erfolgte Veröffentlichung („Schinkels Möbel-Entwürfe, welche bei Einrichtung prinziplicher Wohnungen in den letzten zehn Jahren ausgeführt wurden“, herausgegeben von Ludwig Lohde) eine große Verbreitung. Zu den vorzüglichsten Beispielen Schinkelscher Innenraumkunst zählt das Schloß Charlottenhof im Park Sanssouci. Viele der Einrichtungsgegenstände gehen hier auf seine unmittelbaren Entwürfe zurück.

Die für die Architektur Schinkels verbindlichen Leitbilder – Antike, Gotik und England – sind ebenfalls bei seinem Kunsthandwerk, insbesondere bei den Möbeln, spürbar, doch entwickelte er auch hier eine nur ihm eigene unverwechselbare Handschrift.

den“ 1819 wurde Schinkel als Mitglied in die „Technische Organisation für Handel und Gewerbe“ berufen, die das entsprechende Ministerium beriet und die Aufgabe hatte, „die wissenschaftlich-technischen Kenntnisse im Gebiet der Gewerbsamkeit zu sammeln und zu verbreiten“. Letzteres geschah durch die Herausgabe der „Vorbilder für Fabrikanten und Handwerker“ mit einem hohen Anteil Schinkelscher Entwürfe für Möbel, Gefäße, Kandelaber, Bilderrahmen, Metallgüsse und Textilien.

Der Direktor der „Deputation“ und Freund Schinkels, Christian Peter Wilhelm Beuth (1781–1853) gründete 1821 weiterhin den „Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes“, in dem Schinkel Vorsteher der „Abteilung III für die Baukunst und die schönen Künste“ wurde und der für die wirtschaftliche und künstlerische Entwicklung Preußens von großer Bedeutung war.

Schinkels Einfluß richtete sich vornehmlich auf die Gegenstände, „welche einer ästhetischen Hilfe bedürfen“. Dazu zählte für ihn alles, was den Menschen täglich umgab. Vor allem reizte ihn die Verwendung neuartiger Materialien. So setzte er sich besonders für den Zinkguß sowie für den Bronze- und Eisenguß ein. Seine dafür angefertigten Entwürfe für Ornamente, Architekturteile, Geräte u. v. a. m. wurden u. a. von der Fa. Moritz Geiß in Berlin und der Königlichen Eisengießerei Berlin umgesetzt und in entsprechenden Katalogen auch weit verbreitet.

Eine langjährige Freundschaft verband Schinkel mit dem Berliner Ofenfabrikanten Tobias Feilner, für den er zahlreiche Entwürfe besonders für Öfen, Kamine, z. B. für Charlottenhof, und für eine vielseitig verwendbare Baukeramik aus Terrakotta fertigte.

In der Feilnerschen Fabrik entstanden übrigens auch die berühmten „Berliner Kachelöfen“ mit einer hellen porzellanartigen Oberfläche. Das war eine absolute Neuheit gegenüber den vorher üblichen Öfen mit dunklen Kacheln oder denen aus Gußeisen.

Die führenden Kunsthandwerker der Zeit arbeiten nach den Vorlagen Schinkels: die Tischler Gebrüder Wanschaff, der Goldschmied Hossauer, der Tapezierer Hiltl, der Seidenweber Gabain und der Damastweber Hohenwald. Seine Kunst hatte somit nahezu allen Lebensbereiche durchdrungen vom aufwendigen Théaterbau bis zur Serviette, vom reichverzierten Goldpokal bis zum einfachen Kamin aus Gußeisen.

Als Schinkel nach einjähriger schwerer Krankheit am 9. Oktober 1841 starb und drei Tage später auf dem Berliner Dorotheenstädtischen Friedhof zu Grabe getragen wurde, folgte dem Sarg eine unübersehbare Menschenmenge. Es waren vor allem die einzelnen handwerklichen Gewerke, die Künstler- und Architektenvereine, die Amtskollegen sowie viele Freunde, die dem großen Künstler die letzte Ehre erwiesen.

Sie alle wußten um seine überragende Bedeutung, die O. F. Gruppe in einer ersten, 1842 in der „Allgemeinen Bauzeichnung“ erschienenen Würdigung in die Worte faßte: „Schinkel ist ein Mensch, dessen Sendung an das Jahrhundert eine bedeutende war; seine Wirksamkeit ist mit seinem Tode nicht beschlossen und sein Einfluß kann nie erlöschen, so lange wahrer und echter Kunstsinn nicht ausstirbt. Indem wir sein Wesen und seinen künstlerischen

Lebenslauf uns klar machen, begreifen wir einen wichtigen Teil der inneren Kunstgeschichte unseres Jahrhunderts“.

Diese Feststellung hat ihre Gültigkeit bis heute behalten. Die Beschäftigung mit dem Werk und der Person Karl Friedrich Schinkels ermöglicht uns ein besseres und tieferes Verständnis sowohl der Kunst als auch der Geschichte – vornehmlich Preußens – des 19. Jahrhunderts.

Kein Requiem für Preußen

Betrachtungen zur Geschichte Preußens und des Preußentums

Von Klaus Vetter

Ortsnamen wie Brandenburg, Fehrbellin, Großbeeren, Kremmen, Lehnin, Neuruppin, Oranienburg und Rheinsberg sind eng mit der brandenburgisch-preußischen Geschichte verbunden. Bei einem Spaziergang durch Potsdam wird man fast auf Schritt und Tritt mit ihren steinernen Zeugnissen konfrontiert. Das ist kein Wunder, denn die ehemalige Mark Brandenburg (etwa das Territorium der heutigen Bezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) mit südlichen Teilen von Neubrandenburg und Schwerin) war das Kerngebiet des preußischen Staates.

Da die Pflege der Regionalgeschichte eine wesentliche Voraussetzung zur Vertiefung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes und damit zur Festigung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins ist, müssen wir uns zwangsläufig mit der Geschichte Preußens beschäftigen. Die folgenden Betrachtungen sollen Anregungen dafür geben.

Werden und Untergang des preußischen Staates

Im Jahre 1415 wurde der Burggraf von Nürnberg, Friedrich von Hohenzollern, von König Sigismund zum Kurfürsten und Marktgrafen von Brandenburg erhoben und 1417 förmlich mit der Mark Brandenburg belehnt. Vor allem durch Erbverträge und Landkauf, aber auch durch Kriege gewannen die Hohenzollern bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts Territorien hinzu, die sich vom Herzogtum Preußen, dem ehemaligen Ordensritterstaat, bis westlich des Rheins erstreckten. Schon um diese verstreut liegenden Gebiete vor dem Zugriff umliegender Feudalstaaten zu sichern, hätten die Hohenzollern ein starkes Heer benötigt. Sie betrieben aber – wie andere Feudalstaaten auch – eine expansionistische dynastische Machtpolitik, die nur mit militärischer Gewalt durchzusetzen war.

Um die nötigen Truppen aufzustellen und die Eroberungskriege führen zu

können, wurde ein straff organisiertes Verwaltungssystem zur Steuereintreibung und zur Rekrutenaushebung geschaffen, das alle Reserven des Landes erfassen sollte. Auch die Förderung der Binnenkolonisation und die Entwicklung bestimmter Wirtschaftszweige geschah aus militärischen Absichten. Das damals übliche Verhältnis zwischen Armeestärke und Einwohnerzahl war völlig zugunsten der Armee verschoben, was unvermeidlich erhebliche Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft haben mußte. So entstand in Preußen, das in der Mitte des 18. Jahrhunderts in Europa nach der Bevölkerungszahl an dreizehnter und nach dem Flächeninhalt an zehnter Stelle stand, unter der Regierung König Friedrich Wilhelm I., (des „Soldatenkönigs“), bis 1740 das viertgrößte Heer Europas. Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens waren dem Militär untergeordnet, militärischer Geist und militärische Normen bestimmten alle Lebenssphären. Preußen war damit *der* feudale Militärstaat Europas geworden, der unter König Friedrich II. durch die Eroberung Schlesiens und durch die Beteiligung an der Aufteilung Polens zu einer europäischen Großmacht aufstieg.

Im 19. Jahrhundert schließlich wurde unter Führung Preußens im Ergebnis dreier Kriege (1864, 1866 und 1870/71) die Gründung des bürgerlichen deutschen Nationalstaates auf dem Wege „von oben“ vollzogen. Die Bildung eines bürgerlichen deutschen Nationalstaates und die damit verbundene Überwindung der staatlichen Zersplitterung Deutschlands stellten einen wesentlichen Fortschritt dar und entsprachen den objektiven Notwendigkeiten der kapitalistischen Entwicklung. Aber dieses Deutsche Reich wurde im Kampf gegen die demokratischen Kräfte geschaffen und durch die Unterdrückung des eigenen Volkes und anderer Völker nach der Bismarckschen Devise mit „Blut und Eisen“ zusammengeschweißt. Das Bündnis von Monopolbourgeoisie, reaktionärem Preußentum und Militarismus hatte für die weitere Entwicklung Deutschlands verhängnisvolle Folgen. Es führte letzten Endes zu den beiden Weltkriegen und zur Zerschlagung des faschistischen Staates durch die Alliierten der Antihitler-Koalition im Jahre 1945.

Die Auflösung des Staates Preußen durch das Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates vom 25. Februar 1947 zog einen endgültigen Schlußstrich unter die preußische Geschichte.

Es geht nicht um ein neues Preußenbild

Nicht selten hört man im Gespräch mit historisch Interessierten die Meinung, es sei doch nun an der Zeit, ein abgewogeneres Bild von Preußen zu entwerfen. Zielt diese Aufforderung auf eine Überprüfung oder gar Korrektur der schon von Marx, Engels und Mehring gegebenen grundsätzlichen Einschätzung des Klassencharakters des preußischen Staates und der Rolle des reaktionären Preußentums in der deutschen Geschichte, so sei rundheraus gesagt, daß dazu keinerlei Anlaß besteht. Diese Einschätzung wurde durch die Detailforschung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft und auch durch Arbeiten bürgerlicher Historiker erhärtet, an ihr ist nicht zu rütteln.

Zielt diese Aufforderung aber dahin, nicht nur die reaktionäre Politik der in Preußen herrschenden Ausbeuterklassen, nicht nur das Unwesen des preu-



König Friedrich II. von Preußen mit Windspielen.
Kleinplastik (Bronze) von Christian Daniel Rauch 1821.
Staatliche Schlösser und Gärten Potsdam

Bis
Kla
dar
ent
und
der
tun
der
Kla
De
ihr
re
nur
hat
Ra
sch
par
an
Mä
mä
das
Kl
tisc
Ab
eig
neh
geg
Er
ste
net
lan
Au
des
de
19.
De
wi
Te
die
De
lich
oh
de
pfl
Ka
18
Pr

ßischen Militarismus, sondern alle in der preußischen Geschichte wirksamen Klassenkräfte und Entwicklungstendenzen in die Betrachtung einzubeziehen, dann ist sie berechtigt. Es geht darum, das von Marx, Engels und Mehring entwickelte Bild über Preußen und seine Geschichte zu ergänzen, auszubauen und zu differenzieren. Marx, Engels und Mehring mußten im 19. Jahrhundert zwangsläufig die Auseinandersetzung mit dem reaktionären Preußentum und die insgesamt fortschrittsfeindliche Rolle des preußischen Staates in den Mittelpunkt ihrer Aussagen stellen, befanden sie sich doch im harten Klassenkampf gegen Bourgeoisie und Junkertum, deren Hauptstütze in Deutschland Preußen war. Nach dem opferreichen Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über den faschistischen deutschen Imperialismus im Jahre 1945 war es wiederum selbstverständlich, daß eine gründliche Abrechnung mit dem preußisch-deutschen Militarismus erfolgte. Dessen Tradition hatten wesentlich dazu beigetragen, das deutsche Volk für den faschistischen Raubkrieg freizumachen. Die deutschen Faschisten waren von den preußischen Konservativen der Weimarer Republik als willkommener Bündnispartner begrüßt worden. Diese gingen, soweit sie sich nicht direkt den Nazis anschlossen, eine enge Allianz mit ihnen ein. Der „Tag von Potsdam“ im März 1933 besiegelte demonstrativ dieses Bündnis. Grundlage für die allmähliche Verschmelzung von reaktionärem Preußentum und Faschismus war das Streben der reaktionärsten und aggressivsten Gruppen der herrschenden Klasse nach Vernichtung der Arbeiterbewegung und nach einer imperialistischen Neuaufteilung der Welt.

Aber natürlich gibt es auch aus der preußischen Geschichte progressive Ereignisse und Überlieferungen, die wir bewußt in unsere Traditionspflege aufnehmen. Dazu gehört vor allem der Kampf der Arbeiterklasse in Preußen gegen die junkerlich-bourgeoise Klassenherrschaft.

Erinnert sei hier nur an den Kampf der Sozialdemokratie gegen das Sozialistengesetz oder an das Wirken Karl Liebknechts im preußischen Abgeordnetenhaus und als Vertreter des Wahlkreises Potsdam-Spandau-Osthaveland im Deutschen Reichstag.

Auch bei der Überwindung der Feudalgesellschaft und der Durchsetzung des bürgerlichen Fortschritts spielte Preußen eine besondere Rolle unter den deutschen Staaten. Die Stein-Hardenbergschen Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts öffneten den Weg für die bürgerliche Umgestaltung in Deutschland. Da mit dem Rhein-Ruhr-Gebiet, Westfalen und Schlesien wichtige Zentren der gewerblichen Produktion im 19. Jahrhundert zu seinem Territorium gehörten, gingen von Preußen auch entscheidende Impulse für die Durchsetzung der Industriellen Revolution in Deutschland aus.

Der antinapoleonische Befreiungskampf des deutschen Volkes, der wesentlich von der werktätigen Bevölkerung Preußens getragen wurde, gehört ohne Frage zu den Sternstunden der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert, seine Traditionen sind lebendig und werden von uns mit Recht gepflegt. Auch im Bezirk Potsdam erinnern Denkmäler an den opferreichen Kampf preußischer Bauern, Handwerker und Studenten in den Jahren 1813/14.

Preußen war ein Hauptschauplatz der bürgerlich-demokratischen Revolution

von 1848/49. In den Märztagen des Jahres 1848 erkämpften in Berlin Arbeiter, Handwerksgesellen und Kleinbürger der Bourgeoisie die Macht, die diese jedoch nicht zum völligen Sturz der Feudalordnung nutzte, sondern aus Angst vor der Arbeiterklasse in einen Klassenkompromiß mit den Junkern zum großen Teil wieder preisgab. Der Potsdamer Max Dortu fiel als Soldat der Revolution unter den Kugeln eines konterrevolutionären Hinrichtungskommandos.

Zu den beachtenswerten Überlieferungen aus der preußischen Geschichte gehören jedoch nicht nur solche markanten Ereignisse. Dazu gehört auch der über Jahrhunderte hartnäckig geführte Klassenkampf der Bauern gegen die Feudalherren. Diese Klassenkämpfe mündeten nur selten in größeren Unruhen. Die niederen Formen des Klassenkampfes – schlechte Verrichtung der Frondienste, Dienstverweigerung einzelner Bauern, Fronstreiks ganzer Dörfer, Prozessieren gegen die feudalen Ausbeuter – trugen jedoch dazu bei, die feudale Gesellschaftsordnung zu untergraben und für die bürgerliche Umwälzung reif zu machen.

In Preußen fanden teils zur Befriedigung des Repräsentationsbedürfnisses der Herrschenden, teils zur Bewältigung notwendiger Aufgaben im Staatsapparat und in der Wirtschaft bedeutende Persönlichkeiten der Kultur und Wissenschaft eine Wirkungsstätte. Immanuel Kant lebte und wirkte im ostpreußischen Königsberg, Gottfried Wilhelm Leibniz wurde 1700 als erster Präsident der Akademie der Wissenschaften nach Berlin berufen, an der 1810 gegründeten Berliner Universität wirkten schon in den ersten Jahren ihres Bestehens solche wissenschaftlichen Größen wie die Gebrüder Humboldt, der Mediziner Hufeland, und der Begründer der Landwirtschaftswissenschaften Thaer. Es braucht nur angedeutet zu werden, daß Baumeister und Bildhauer wie Schlüter, Schadow, Gontard, Langhans, Rauch und Schinkel Werke von bleibender Bedeutung schufen.

Auch Angehörige des herrschenden Adels haben Leistungen vollbracht, die objektiv der Durchsetzung des historischen Fortschrittes dienten, obwohl sie dem subjektiven Wollen nach zumeist zur Festigung der Feudalordnung gedacht waren. Zu diesen Adligen gehören Friedrich Eberhard von Rochow auf Reckahn mit der Förderung des Bildungsgedankens auf dem Lande, Friedrich August Ludwig von der Marwitz und Hans Joachim von Ziethen mit der Bewirtschaftung ihrer Güter nach neuen Methoden. Auch einzelne Herrscher aus dem Hohenzollernhaus haben sich durch die Anregung und Förderung von Projekten, die natürlich der Stärkung der dynastischen Macht dienen sollten, Verdienste erworben und objektiv zum gesellschaftlichen Fortschritt beigetragen. Zu ihnen gehört auch Friedrich II. (1740-1786), während dessen Regierungszeit durch die Entwässerung des Niederoderbruchs und des Warthebruchs 400 000 Morgen fruchtbaren Ackerlandes gewonnen wurden.

Es sei wiederholt: Die Politik der herrschenden Klassen in Preußen war insgesamt reaktionär. Durch die „Verpreußung“ des bürgerlichen deutschen Nationalstaates hat das reaktionäre Preußentum in der Geschichte unseres Volkes eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Aber man darf die Geschichte Preußens nicht mit der Geschichte der Hohenzollern gleichsetzen, man muß

auch beachten, daß nicht alle gesellschaftlich wirksamen Handlungen der Repräsentanten der herrschenden Klasse den gesellschaftlichen Fortschritt hemmten.

Die „Preußenrenaissance“ in der BRD

Über Jahrhunderte hinweg hat das reaktionäre Preußentum einen verhängnisvollen Einfluß auf die Geschichte des deutschen Volkes ausgeübt. Bei ihm handelt es sich um eine spezifische Form des Militarismus, dessen Wurzeln in der ostelbischen Agrarentwicklung und später in der Symbiose zwischen Junkertum und Bourgeoisie liegen. Vorrang des Militärischen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Anspannung aller Kräfte für die Durchsetzung der Politik der herrschenden Ausbeuterklassen, Konzentration der Politik auf die Realisierung aggressiver Pläne gegenüber anderen Staaten und eine entsprechende Ideologie waren Grundcharakteristika des preußischen Militarismus.

In der DDR wurde durch die wirtschaftliche und politische Entmachtung der Monopolbourgeoisie und der Junker die gesellschaftliche Grundlage des reaktionären Preußentums beseitigt. Anders in der BRD, wo sich nach 1945 zwar die Staatsform verändert hat, wo der Grundcharakter des Staates aber der gleiche geblieben ist. Nach einiger Zurückhaltung in den Nachkriegsjahren, als der preußische Militarismus durch seine Integration in den faschistischen Machtmechanismus allzu sehr diskreditiert war, feierte auch das Preußentum in der BRD fröhliche Urstände. „Preußen gestern und morgen“, „Preußen – Porträt einer politischen Kultur“, „Besinnung auf Preußen“, „Preußen – Eckpfeiler Europas“, „Ein Requiem für Preußen“ – das sind einige Titel der in der BRD aufgelegten Preußenliteratur. Auch die Bundeswehrführung griff bei der politischen Ausbildung direkt auf Leitbilder des preußischen Militarismus zurück. Aus der preußischen „Tradition“ leiten Apologeten des Preußentums Führungsansprüche in Westeuropa und eine „europäische Mission“ der BRD in Mittel- und Osteuropa ab. Nun soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, als sei die Renaissance des reaktionären Preußentums die wichtigste ideologische Waffe des BRD-Imperialismus. Die herrschende Klasse in der BRD nutzt aber alle Mittel und Möglichkeiten, ihre Herrschaft ideologisch zu untermauern, auch das reaktionäre Preußentum.

Friedrich II. als historische Persönlichkeit

Von bürgerlichen Historikern wurde und wird die Rolle Preußens bei der Entstehung des bürgerlichen deutschen Nationalstaates zum Anlaß genommen, durch Legendenbildung die Hohenzollernherrschaft als in ihrem Wesen progressiv und nationalen Interessen dienend darzustellen. Dazu kommt die Behauptung, mit dem preußischen Staat und dem Preußentum seien allgemeingültige moralische Werte und eine ewige sittliche Idee verbunden. Zumeist wird Friedrich II., den schon seine Zeitgenossen „den Großen“ nannten, als Symbolfigur für diese Behauptung herangezogen. Aber war König

EXAMEN
DU PRINCE
DE
MACHIAVEL,
AVEC DES NOTES

Historiques & Politiques.



A LA HAYE,
Chez JEAN VAN DUREN,
M. D. CC. XLI.
Avec Privilège.

Vollständiger Titel des „Antimachiavell“ von Friedrich II., der im Geiste der Aufklärung ein Bekenntnis zur Lehre vom Gesellschaftsvertrag enthält, 1741

Frie
leran
bruc
Best
eine
Ohn
Eige
ratu
seine
grun
nes
stim
scha
Zug
rung
inne
seine
Zwe
Bay
An d
vom
häng
Zeit
setze
war
Brut
des
russi
Jahr
natio
talis
deut
litik
Hist
talis
durd
Frie
Verl
ten.
Mar
form
So v
ler I
nis a
se, c
wort
Frie

Friedrich II., der „Philosoph von Sanssouci“, der Vertreter der religiösen Toleranz und der Gegner der Folter, der mit der Trockenlegung des Oderbruchs „eine Provinz im Frieden gewonnen hat“ und der als Feldherr den Bestand Preußens gegen eine Welt von Feinden behauptete, nicht tatsächlich eine bedeutende historische Persönlichkeit?

Ohne Zweifel besaß Friedrich II. eine Reihe faszinierender persönlicher Eigenschaften. Er war für seine Zeit hochgebildet, interessierte sich für Literatur und Philosophie, war ein kunstverständiger Mann, und vielen der in seinem Auftrag geschaffenen Kunstwerke lagen eigenhändige Entwürfe zugrunde. Er besaß eine eiserne Energie und bewältigte bei der Regierung seines Staates täglich ein erstaunliches Arbeitspensum. Dabei versuchte er, bestimmte Forderungen der Aufklärung zu verwirklichen, etwa mit der Abschaffung der Folter und der zeitweiligen Lockerung der Zensur.

Zugleich verbindet sich mit der Person Friedrichs II. aber die Perfektionierung des preußischen Militarismus. Mit Friedrich II. verbindet sich die Erinnerung an vier von ihm ausgelöste Eroberungskriege zur Durchsetzung seiner dynastischen Machtpolitik (Erster Schlesischer Krieg 1740-1742, Zweiter Schlesischer Krieg 1744-1745, Siebenjähriger Krieg 1756-1763, Bayrischer Erbfolgekrieg 1778-1779).

An die Bewertung Friedrichs II. als historische Persönlichkeit kann man nicht vom moralisierenden Standpunkt gehen. Die „Größe“ einer Persönlichkeit hängt davon ab, in welchem Maße sie Einsicht in den Entwicklungsgang des Zeitgeschehens gewinnt und, diese Einsicht in ihrem politischen Handeln umsetzend, der Durchsetzung des historischen Fortschritts dient. In diesem Sinne war Zar Peter I. von Rußland „groß“. Seine oft mit menschenverachtender Brutalität durchgesetzte Politik diente ganz offensichtlich dem Durchbruch des historischen Fortschritts in Rußland, vor allem durch die Festigung des russischen Nationalstaates. Die Schaffung von Nationalstaaten war im 18. Jahrhundert historischer Fortschritt, da ein durch feste Grenzen gesicherter nationaler Markt die günstigsten Entwicklungsbedingungen für den Kapitalismus bot. Die Politik Friedrichs II. diente nicht der Schaffung eines deutschen Nationalstaates sondern war ausschließlich dynastische Machtpolitik und vertiefte letzten Endes die staatliche Zersplitterung Deutschlands.

Historischer Fortschritt war im 18. Jahrhundert die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, die Ablösung der überlebten Feudalordnung durch den Kapitalismus. Die Politik des aufgeklärten Absolutismus, wie sie Friedrich II. betrieb, sollte den Staat an die sich verändernden ökonomischen Verhältnisse anpassen und dadurch die Klassenherrschaft des Adels erhalten. Diesem Ziel dienten auch die Zugeständnisse an die Handels- und Manufakturunternehmer, deren Opposition der König mit begrenzten Reformmaßnahmen abfangen wollte.

So war, nüchtern betrachtet, Friedrich II. ein persönlich hochbegabter feudaler Herrscher, der manche Zeichen seiner Zeit erkannt hatte, diese Erkenntnis aber zu nutzen suchte, um die historisch überlebte Herrschaft seiner Klasse, des Feudaladels, zu verlängern. Wie Franz Mehring schon 1906 im Vorwort zur zweiten Auflage seiner „Lessing-Legende“ formulierte, ist es falsch, Friedrich II. „bald zu einem kompletten Narren, bald zum majestätisch –

Lit. 9

*** X O X ***

Wachdem **S**eine
Königl. **M**ajestät

in **P**reußen / **z**c. **U**nser aller-
gnädigster **K**önig und **H**err / so fort nach **A**n-
tritt **D**ero **R**egierung allergnädigst intentioniret
gewesen / daß so genannte **H**aveländer - **B**redau - und
Mauensche **L**uch / sambt denen übrigen **L**üchern und **B**rü-
chern / so von dem **B**rieselang und **R**ohrbeck ab / zwischen
dem **H**avellande / **G**lien / und **F**ehrbellinischen **G**renze bis
im **G**lien / und nach der **H**avel bey **H**ohen **M**auen gele-
gen / zu des **L**andes und derer interessirten **B**esten
durch **A**bzapffung des darauf stehenden **W**assers uhr-
bar machen zu lassen / und **S**ie denn nunmehr solche
Dero allergnädigste **I**ntention umb so vielmehr fest
gesetzt / auch dicsennach **D**ero **O**ber - **J**ägermeister / **z**c.
dem von **H**ertvelt / solche mit **Z**uziehung derer darzu nö-
thigen **P**ersohnen zur **w**ürklichen **E**xecution zu
bringen / und bey sothaner **A**hrbarmachung die **v**öllige
Direction **A**llergnädigst aufgetragen haben / weil
sich

ld-

Edikt König Friedrich Wilhelm I. zur Melioration des Havelländischen Luches, Seite 1, vom 14. März 1718. Staatsarchiv Potsdam.

tragischen Phantom“ zu machen, „während er tatsächlich nichts war als ein dynastischer Despot des achtzehnten Jahrhunderts, in all seiner Gescheitheit und in all seiner Beschränktheit“.

Kein Requiem für Preußen

Seit die außenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge der DDR unübersehbar sind und auch von den böswilligsten Meinungsmachern des BRD-Imperialismus nicht mehr geleugnet werden können, werden die abenteuerlichsten „Erklärungen“ für dieses „Phänomen“ gesucht, um die wahre Ursache nicht nennen zu müssen: die angestrenzte und zielgerichtete Arbeit der Werktätigen der DDR unter Führung der Partei der Arbeiterklasse. Wenn man schon Erfolge der DDR konstatieren muß, dann wurden diese, bitte schön, nicht durch, sondern trotz der führenden Rolle der SED errungen. Zur Untermauerung dieses Angriffes auf die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse im Sozialismus wird auch das Preußentum herangezogen, das angeblich in der DDR traditionell weiterwirken und deren Erfolge in entscheidendem Maße verursacht haben soll. Diese Konstruktion wird dann noch zuweilen etwas variiert mit der Behauptung, in der DDR seien preußisches Pflichtgefühl und preußische Disziplin mit der „sächsischen Behendigkeit“ eine ideale Symbiose eingegangen, und diese sei es, der die DDR ihre beeindruckenden Erfolge verdanke. Nun kann nicht geleugnet werden, daß ein beträchtlicher Teil des Territoriums der DDR einst zu Preußen gehörte und daß viele ältere DDR-Bürger noch im Sinne preußischer Tradition erzogen wurden. Aber ist die DDR darum ein „rotes Preußen“?

Die imperialistischen Ideologen gehen bei ihrer Behauptung von der selbst-erfundenen Existenz klassenindifferenten ethischer Werte des Preußentums aus: Zurückstellen individueller hinter gesamtgesellschaftliche Interessen, Dienen und Gehorchen, Sparsamkeit und Disziplin, Pflichttreue und Uneigennützigkeit, Gerechtigkeit und Toleranz; (daß dabei die politische Rolle des reaktionären Preußentums völlig ausgeklammert wird und unberücksichtigt bleibt, sei hier nur am Rande vermerkt). Schon der Ausgangspunkt ist unhaltbar: Es gibt keine klassenindifferenten, ewig gültigen Werte, sondern die Moral ist immer klassengebunden, und die in einem Staat gültigen Wertvorstellungen werden immer von der Moral der herrschenden Klasse geprägt. Für einen Sklavenhalter war es moralisch, einen Menschen zu kaufen oder zu verkaufen. Für einen feudalen Gutsherrn war es moralisch, einen Bauern „zu legen“ und ihn von Grund und Boden zu vertreiben oder in einen abhängigen Kossäten zu verwandeln. Für einen kapitalistischen Ausbeuter ist es moralisch, Arbeiter auszubeuten und sie auf die Straße zu werfen, wenn er ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt. Ebenso sind die „Werte des Preußentums“ klassengebunden. Es ging in Preußen und im preußisch-deutschen Reich um das Zurückstellen persönlicher Interessen hinter das junkerlich-bourgeoise Gesamtinteresse, um Disziplin und Sparsamkeit, Uneigennützigkeit und Toleranz im Interesse der Junker und der Bourgeoisie. Schon als ausgebeutete Klasse hat das Proletariat seine eigenen Wertvorstellungen. Die im Sozialismus die Macht ausübende Arbeiterklasse hat ihre im

ls ein
eitheit

Marxismus-Leninismus begründete Ideologie, aus der sich ihre Moralnormen und ihre Wertvorstellungen ergeben; Moralnormen und Wertvorstellungen einer herrschenden Klasse, die keine Ausbeuterklasse ist.

e der
chern
n die
n die
htete
eiter-
rden
SED
e der
eran-
n Er-
ktion
DDR
ichsi-
, der
agnet
Preu-
scher
en“?

In der DDR hat das reaktionäre Preußentum keinen Platz. Seine sozialen Grundlagen sind vernichtet, seine Ideologie überwunden. Diese grundsätzliche Gegnerschaft zum reaktionären Preußentum hindert uns jedoch nicht daran, ein objektives Verhältnis zur preußischen Geschichte zu haben, die ein Stück unserer Nationalgeschichte ist. Preußen ist aus der Geschichte unseres Volkes nicht wegzudenken. Darum sind wir verpflichtet, uns mit dem von Preußen übernommenen Erbe auseinanderzusetzen und alles Fortschrittliche und Humanistische aus der preußischen Geschichte in unsere Traditionspflege einzubeziehen.

Bei der Arbeit an der Chronik neu entdeckt

Zur Arbeit an der Chronik der Stadt Brandenburg 1945–1952

Von Heinz Beutel

elbst-
tums
ssen,
Jnei-
rolle
sich-
t ist
dern
Vert-
ge-
ufen
inen
inen
uter
fen,
des
eut-
ker-
gen-
stel-
e im

Brandenburg an der Havel – eine herausragende Industriestadt der DDR mit über 92 000 Einwohnern und ehemals Hauptstadt der „Chur- und Mark Brandenburg – ist über 1000 Jahre alt, eine Stadt mit reicher Geschichte und von großer historischer Bedeutung.

Brandenburg besitzt wertvolle Archive. Das Stadtarchiv und das Domarchiv verwahren Archivadokumente und archivische Sammlungen aus der Geschichte der Stadt von 948 bis zur Gegenwart. Fast alle Ereignisse und Prozesse städtischer Entwicklung haben in Urkunden, Stadtbüchern und Akten sowie in Bilddokumenten ihren Niederschlag gefunden. Der Benutzer findet in den Archiven eine Fülle aussagekräftiger Materialien über die Vergangenheit und Gegenwart unserer Stadt.

Brandenburg ist eine traditionsreiche Stadt der Arbeiterbewegung. Unter Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse wurde der sozialistische deutsche Staat aufgebaut und mit ihm das neue Brandenburg, die Stadt der Aktivisten. Davon zeugen die hervorragenden Produktionsergebnisse in leistungsfähigen Industriebetrieben und zudem fast 17 000 neue Wohnungen, Schulen, Sport- und Kulturstätten.

Unsere Aufgabe im Stadtarchiv sehen wir darin, die Geschichte der Stadt und ihrer Betriebe durch Aufbereitung und Bereitstellen von archivalischen Quellen erforschen zu helfen und selbst daran mitzuwirken. Stadt- und Betriebsgeschichtsforschung sind zu einer Notwendigkeit geworden, sie sind Teil der Forschungsvorhaben zur Geschichte unseres Volkes und im beson-

deren der deutschen Arbeiterbewegung. Das Geschichtsbewußtsein gilt es zu festigen. Es ist ein wesentliches Element des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse und wichtiger Bestandteil des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen. Deshalb messen wir der Geschichtsforschung und -propaganda und in diesem Rahmen der Stadt- und Betriebsgeschichtsschreibung erhöhte Bedeutung zu. Für das Verstehen der Gegenwart ist es unerläßlich, die geschichtlichen Voraussetzungen zu kennen, auf denen unsere sozialistische Entwicklung aufbaut, und das um so mehr, als unsere junge Generation weder Kapitalismus noch Faschismus, die Spaltung Deutschlands durch den Imperialismus und die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus nicht selbst miterlebt hat. Alles das verpflichtet uns, die geschichtlichen Erfahrungen in den Dienst des ideologischen Kampfes zu stellen.

In Brandenburg werden vom Rat der Stadt und seinem Stadtarchiv in enger Zusammenarbeit mit der Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED zielgerichtet Untersuchungen zur Stadt- und Betriebsgeschichte durchgeführt.

Dabei wird der Arbeit an der Chronik besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Über die Arbeit mit der Chronik auf der Grundlage der neuen Verordnung wird an anderer Stelle zu berichten sein (gemeint ist die Verordnung des Ministerrates, Gesetzblatt Teil I, vom 14. Januar 1982. Die Red.).



Aufmarsch der Kundgebungsteilnehmer zum Weltfriedenstag am 1. September 1949 auf dem Neustädtischen Markt in Brandenburg (Havel). An der Spitze fährt der 100. Schlepper „Aktivist“ aus dem VEB Brandenburger Schlepperwerk. Im Hintergrund ist deutlich die „Aktivistensäule“ zu erkennen, an der Bilder und Begründungen für die Auszeichnung als Aktivist veröffentlicht wurden. Foto: Stadtarchiv Brandenburg

Wir kamen sehr bald zu der Erkenntnis, daß uns für alle weitergehenden Forschungen eine Chronik der Ereignisse besonders aus den ersten Jahren nach 1945 außerordentlich fehlte.

Daß eine solche Chronik jetzt für die Jahre 1945 bis Juli 1952 vorliegt ist ein besonderes Verdienst der beiden Stadtchronisten Fritz Köpernick und Vera Langnickel, die sich – unterstützt durch das Stadtarchiv – dieser Aufgabe widmeten.

Werfen wir einen Blick in die Chronik.

Für die Woche vom 11. bis 17. Juni 1945 gab es folgende Lebensmittelzuweisungen:

- 1500 g Brot
- 62,5 g Kaffee-Ersatz
- 100 g Salz
- 500 g Frischgemüse
- 100 g Fleisch oder 200 g Pferdefleisch (für die Woche!)
- 50 g Schmelzkäse oder 62,5 g Sauermilchkäse.

Zusätzlich erhielten Kinder bis zu einem Jahr $\frac{1}{2}$ l Vollmilch und von einem bis zu drei Jahren $\frac{1}{2}$ l Magermilch täglich.

Für das Stadtbauamt galt es zunächst, durch gelenkte Aufräumungsarbeiten Platz für den Wiederaufbau zu schaffen, wobei die Wiederherstellung der schwerbeschädigten Kanalisation den Vorrang hatte.

Ein nicht leicht zu lösendes Problem war die Neuerrichtung der von den Faschisten sinnlos zerstörten Brücken. Im Mai 1945 erbauten sowjetische Pioniere eine Notbrücke am Städtischen Hallenbad; das ist eine äußerst wichtige Maßnahme, um den innerstädtischen Verkehr zu gewährleisten. Die Brücke wird am 2. Juli 1945 durch den Ing.-Kapitän Berdischafsky offiziell übergeben. Die in massiver Bauweise wiederhergestellte Luckenberger Brücke wird am 9. Dezember 1945 eingeweiht. Am 20. April 1946 folgt die Steintorbrücke. Im gleichen Monat wird auch die beschädigte Hubbrücke in der Potsdamer Straße wieder dem Verkehr übergeben. Am 20. Juli 1946 ist die von den Nazis gesprengte Homeyenbrücke wiederhergestellt und wird dem Verkehr übergeben. Im Juni 1947 ist die Neujahrsgrabenbrücke fertig. Am 4. Oktober 1947 wird die in moderner und breiter Ausführung wieder aufgebaute Jahrtausendbrücke eingeweiht. Die Festrede hält der Landtagspräsident Friedrich Ebert. Mit der Wiederherstellung dieser Brücke ist eine wichtige Aufgabe auf dem Sektor des Brückenbaus in Brandenburg gelöst, die als „Brückenstadt“ auf den ständigen Verkehr über die Wasserläufe angewiesen ist.

Die Reihenfolge des Baus wurde durch die vordringlichen Verkehrsbedürfnisse diktiert. Mit den Brückenbauten Hand in Hand begann die Instandsetzung zerstörter Häuser, wobei zunächst die wichtigsten Versorgungsbetriebe, die Schulen und leichter beschädigte Wohnungen an der Reihe waren.

Zur Herbeischaffung von Lebensmitteln, zum Transport von Baumaterial und Rohstoffen für die Industrie waren Kraftfahrzeuge erforderlich. Der Bestand an Kraftfahrzeugen war aber nach Kriegsende derartig dezimiert, daß von dem ursprünglichen Bestand von 380 PKW nur noch 5 und von 465 LKW nur noch 2 zur Verfügung standen. Durch die tatkräftige Hilfe sowje-

dem Überbürgermeister, dem Rat und der
Bevölkerung der Stadt Brandenburg und
ihren Partnern, Organisationen und ihrer
Jugend mein herzlichstes Gruß bei meinem
Wunsch als Präsident der Deutschen Demokratischen
Republik mit dem Wunsch auf
einen glücklichen Erfolg im Aufbau der Stadt und
der demokratischen Entwicklung, wie
in der Regierung des Präsidenten.

9. XII 1949

W. Pieck

Eintragung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Wilhelm Pieck in
das Gästebuch der Stadt Brandenburg (Havel), 9. Dezember 1949.
Foto: Stadtarchiv Brandenburg

tischer Militärbehörden wurde der Fahrzeugpark nach und nach wieder er-
höht.

Entsprechend den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens wurden auch die
Brandenburger Rüstungsbetriebe demontiert. Das betraf die Mitteldeutschen
Stahlwerke (Flick-Konzern), die Arado-Werke (Flugzeug-Konzern), die
Brennabor-Werke und die Brandenburger Eisenwerke. Im August 1945 wa-
ren 1571 Personen mit Abbau- und Abbrucharbeiten beschäftigt.

Zugleich waren in 53 Betrieben der Stadt 2155 Arbeiter und Angestellte tä-
tig, die einen Produktionswert von 1 250 060 RM erbrachten.

Zur Beschlagnahme der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern und ihre
Überführung in Volkseigentum nahm eine Kreiskommission in Brandenburg
im Mai 1946 ihre Arbeit auf. Sie macht nach eingehender objektiver Prüfung
Vorschläge über die künftigen Eigentumsverhältnisse der Betriebe und der
sonstigen Vermögensobjekte von Kriegs- und Naziverbrechern. Erst nach-
dem in zum Teil langwierigen Ermittlungsverfahren alle Eigentumsverhält-
nisse an dem früheren Vermögen der Kriegs- und Naziverbrecher geklärt
sind, werden die Sequesterkommissionen im März 1948 nach fast zweijähri-
ger Tätigkeit aufgelöst.

Im Stadtkreis Brandenburg werden im Verlaufe dieser Aktion 70 betrieb-
liche Vermögensobjekte enteignet.

Die Überführung dieser Betriebe in Volkseigentum ist mit einem Produktionsaufschwung verbunden. Im Juni 1946 hat sich die Anzahl der Betriebe auf 117 erhöht, in ihnen erarbeiten 5527 Werksangehörige einen Produktionswert von 5 008 717,- RM.

Dafür einige Beispiele. Auf der Schiffswerft Gebrüder Wiemann wird nach vorausgegangenen Verhandlungen mit der Sowjetischen Militärkommandantur das erste Schiff auf Kiel gelegt. Damit ist die Werft die erste auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, die mit dem Bau von neuen Objekten beginnt. Das war am 1. Oktober 1946. Am 29. April begeht der in Treuhand befindliche Betrieb, die spätere Volkswerft „Ernst Thälmann“ in festlicher Form den Stapellauf des ersten Schiffsneubaus nach dem Kriege.

Ebenso charakteristisch ist die Produktionsaufnahme im demontierten ehemaligen Rüstungsbetrieb Brennabor. Am 27. November 1946 fordert der Leiter der Wirtschaftsabteilung der Militärkommandantur den Magistrat auf, die Arbeitsgemeinschaft „Brennabor“ anzuweisen, einen Kinderwagen als Muster anzufertigen und vorzuführen. Gleichzeitig ist zu ermitteln, an welchen Materialien es für die Massenproduktion mangelt.

Im Oktober 1947 erteilt die Landesregierung den Auftrag für die Entwicklung eines Gasgeneratorschleppers. Zum gleichen Zeitpunkt beschäftigt sie sich mit dem Problem der Beschaffung von Fertigungsräumen für ein neu zu errichtendes Schlepperwerk; gedacht ist an das Gelände der ehemaligen Brennaborwerke, von dem noch ein Teil der Fabrikgebäude – wenn auch in mehr oder weniger beschädigtem Zustand – vorhanden ist. Am 10. August 1948 beschließt die Landesregierung die Gründung des „VEB Brandenburger Traktorenwerke“. Zweck des Unternehmens ist die Fertigung von kompletten Schleppern für die Landwirtschaft und den Straßenverkehr. Bereits am 26. August beginnen drei Baufirmen mit der Arbeit am ersten Fertigungsgebäude.

Am 3. Januar 1949 wird im VEB Brandenburger Traktorenwerk eine Lehrwerkstatt ihrer Bestimmung übergeben. Diese Maßnahme ist im Interesse einer schnellen Entwicklung des Werkes, verbunden mit dem ständig steigenden Bedarf an Facharbeitern, notwendig.

Am 2. Mai nimmt das Brandenburger Traktorenwerk die Serienfertigung des Schleppers „Aktivist“ auf, nachdem die vorausgegangenen Erprobungen des Fahrzeuges zufriedenstellend verlaufen waren.

Auf einer Großkundgebung zum Friedenstag am 1. September 1949 fährt der 100. Schlepper „Aktivist“ an der Spitze des Demonstrationszuges zur Kundgebung der 25 000 Brandenburger, zu denen die Genossin Friedel Malter spricht. Während der Kundgebung werden 50 Schlepper dem Leiter der Zentralen Maschinenausleihstation (MAS) übergeben. (Vergleiche auch unser Bild)

So ist es denn auch kein Zufall, daß der erste Besuch des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, unseres Genossen Wilhelm Pieck, ihn in das Brandenburger Traktorenwerk führt. Wilhelm Pieck trägt sich in das Ehrenbuch der Stadt Brandenburg ein, (siehe unser Bild).

In den Tagen des Besuches Wilhelm Piecks faßt die Regierung den Beschluß in Brandenburg mit dem Bau eines Stahl- und Walzwerkes zu beginnen.

Der Beginn der Arbeit an der Erforschung der Stadtgeschichte und von Betriebsgeschichten hat mit der „Chronik der Stadt Brandenburg“ ein konzeptionelle Grundlage erhalten und weitere Initiativen ausgelöst. Das gesammelte Material ist eine gute Grundlage für weitergehende Untersuchungen. Die Erfahrungen bei der Erarbeitung dieser Chronik sind es wert, allen Orts-Chronisten vermittelt zu werden.

Chronik der Stadt Brandenburg (Havel)

Herausgeber: Rat der Stadt Brandenburg, Stadtarchiv

Teil I : 1945-1946

Teil II : 1947-1949

Teil III: Januar 1950-Juli 1952

Das faschistische Vernichtungslager der Gestapo in Großbeeren und der antifaschistische Widerstandskampf

Von Lothar Wand.

Am Rande des Ortes Großbeeren im Kreis Zossen liegt in einer Bodensenke ein stiller Ehrenhain mit einer internationalen Mahn- und Gedenkstätte der Opfer des Faschismus.

Sie erinnert an eine nazistische Mordstätte, an ein ehemaliges Lager der Berliner Geheimen Staatspolizei (Gestapo) bei Großbeeren.

Die Mahn- und Gedenkstätte wurde 1949 auf dem Gelände einer Kiesgrube errichtet. Hier befinden sich die Massengräber der Lageropfer. Das ehemalige Lager stand etwa 1 km davon in nordwestlicher Richtung. Vom ehemaligen „Arbeitserziehungslager“ sind kaum noch Spuren vorhanden. Das Lagergelände ist heute mit Sträuchern, Bäumen und Gras überwachsen und ungenutztes Ödland. Die vergangenen Jahrzehnte haben diese Mordstätte der Hitlerfaschisten zugedeckt.

An der Wand des Gedenkmonuments sind in Stein eingegraben die Zahlen

Be-
zep-
ge-
hun-
vert,
der 1197 Opfer aus 16 Nationen und Ländern. Sie künden von den Verbrechen der faschistischen Ära.

Zweimal ist der Name des Ortes Großbeeren in die Geschichte eingegangen. Einmal hängt es mit der siegreichen Schlacht über Napoleons Soldaten 1813 zusammen. Daran erinnert der Gedenkturm und die Bülowpyramide.

Das andere Mal sorgte in unrühmlicher Weise das faschistische Gestapolager dafür. Davon kündet die Mahn- und Gedenkstätte.

Beide Seiten und Tatsachen gehören zum Geschichtsbewußtsein unserer Menschen, vor allem der jungen Generation.

Die Sprache der Mahn- und Gedenkstätte darf man nicht vergessen, sie ist lebendige Geschichte des Leidens und antifaschistischen Widerstandskampfes. Das Gestapolager Großbeeren war nur eines der vielen Gefangenenlager des Hitlerfaschismus. Die Namen für diese Lager waren sehr unterschiedlich.

Die großen Konzentrationslager nannte man Schutzhaftlager. Das Lager Großbeeren hatte den getarnten Namen „Arbeitserziehungslager“. Im Wesen waren sie aber alle gleich und dienten der massenweisen Ermordung und Ausrottung der politischen Gegner. Die Lager waren ein Bestandteil des Terrorapparates des Hitlerfaschismus. Erbarmungslos rottete man Hunderttausende und Millionen Menschen aus, nur weil sie Antifaschisten und sonstige Regimegegner waren.

Es gab bei den vielen KZ-Lagern Unterschiede in der Zahl der Opfer. Bei den bekannten Todesfabriken Auschwitz, Maidanek und Lublin gingen sie in die Millionen. Bei anderen KZ-Lagern wie Sachsenhausen waren es 100 000, in Mauthausen 123 000 und in Buchenwald 56 000 Ermordete. In dem KZ-Lager Großbeeren waren es 1 200 von etwa 24 000 durchgegangenen Häftlingen. Die Zahlen sprechen für sich, sie zeigen die Größe der begangenen Verbrechen.

Das Gestapolager Großbeeren gehörte der Größenordnung nach zu den kleinen KZ-Lagern. Die Gestapo nannte es getarnt nur „Arbeitserziehungslager“ und nicht KZ. Unter dieser Bezeichnung finden wir es etwa 1200 mal in den Blättern der Sterbebücher von Großbeeren eingetragen.

en-
tte
er-
Die Gestapo unterhielt von dieser Art „Arbeitserziehungslagern“ auf ehemaligen deutschen Gebiet rund 28 Lager. Allein 2 solcher Lager gehörten zum Bereich der Berliner Gestapoleitstelle. Es waren die Lager Wuhlheide und Großbeeren.

be
a-
a-
a-
n-
er
en
Wie und wo entstand das „Arbeitserziehungslager“
Großbeeren?

Das Barackenlager bei Großbeeren entstand nicht ursprünglich als ein Gefangenenlager der Berliner Gestapo. Diese Aufgabe erhielt es erst im Sommer 1942.

Die Deutsche Reichsbahn plante während der Nazizeit südlich von Berlin,



Ehrenmal für die Opfer des faschistischen Gestapolagers Großbeeret, Kreis Zossen

und zwar im Raum von Teltow und Großbeeren, die Errichtung eines großen Verschiebebahnhofes. Zur Unterbringung einer größeren Anzahl von Arbeitskräften der Reichsbahn baute man 1938 ein Unterkunftsager für die Arbeitskräfte aus Holzbaracken. Als Standort wählte man einen Platz zwischen Teltow und Großbeeren, nahe der Bahnstrecke. Der Standort des Barackenlagers hing also unmittelbar mit dem Bauvorhaben der Reichsbahn zusammen.

Als Baugelände stand Ödland zur Verfügung. Mit Hilfe von Arbeitskräften des Arbeitsdienstes und der Organisation Todt wurde das Gelände planiert und hergerichtet zur Aufstellung von 10 Holzbaracken. Erhalten gebliebene Fotoaufnahmen aus dieser Zeit zeigen den Aufbau des Barackenlagers.

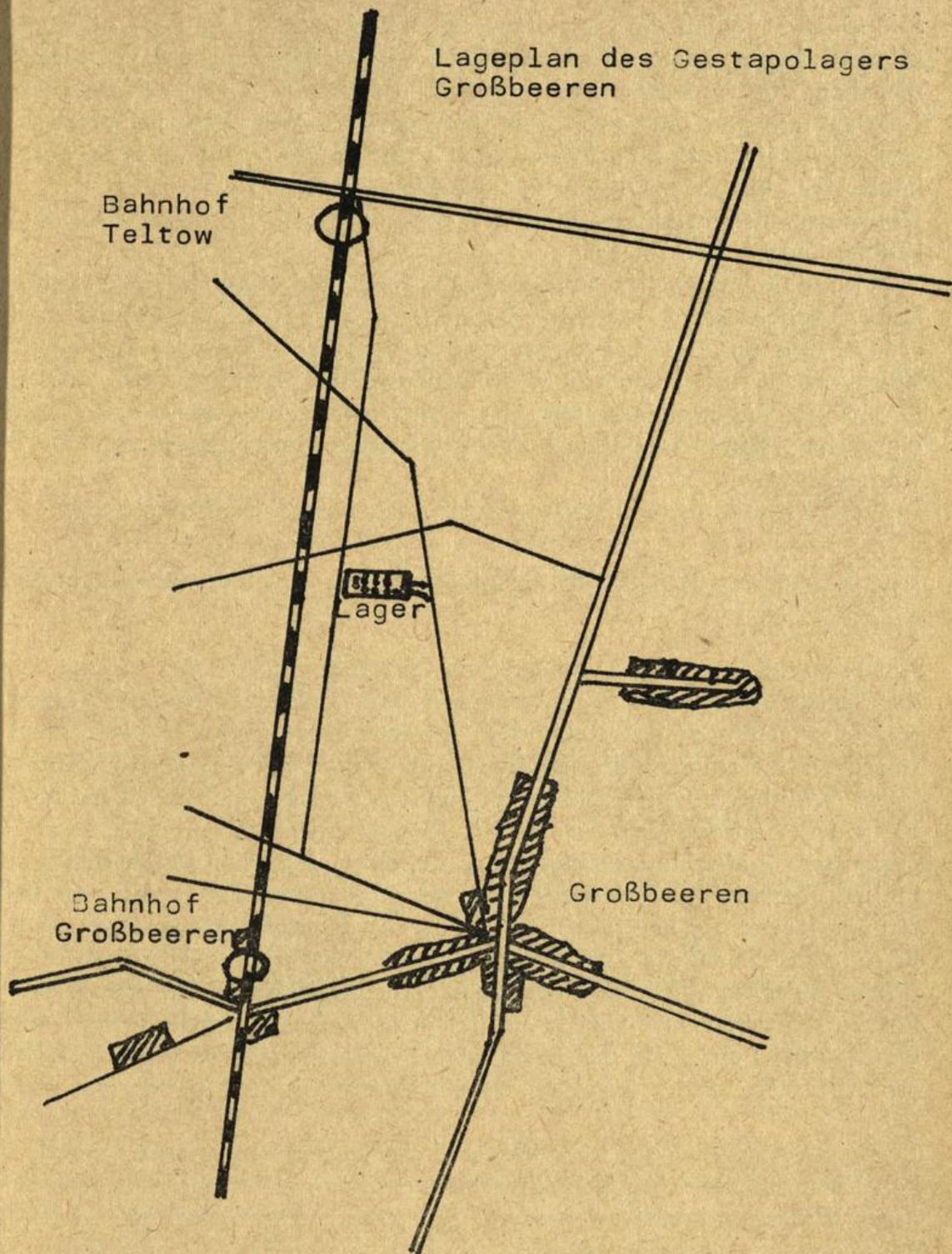
Von den 10 Baracken dienten eine Reihe als Unterkunftsbaracken für die Arbeiter. Der andere Teil der Holzbaracken wurde für Wirtschafts- und Verwaltungszwecke sowie zur Unterstellung von Arbeitsgeräten benötigt.

Das Barackenlager war in seiner Gesamanlage sehr primitiv, da es nur ein zeitweiliges Wohnlager für Arbeitskräfte sein sollte.

Von 1938 bis 1942 wurde es entsprechend der Zweckbestimmung als Arbeiterwohnlager genutzt.

Die Berliner Gestapoleitstelle übernahm im Sommer 1942 das Barackenlager bei Großbeeren von der Reichsbahndirektion Berlin und wandelte es in ein Häftlingslager um. Beide Stellen waren an einem neuen Gestapolager inte-

Lageplan des Gestapolagers
Großbeeren



ressiert. Die Gestapo Berlins, weil das Hauptlager in der Wuhlheide nicht mehr für die vielen Inhaftierten ausreichte, und die Reichsbahndirektion, weil sie billige Arbeitskräfte für ihr steckengebliebenes Bauvorhaben brauchte.

Die Gestapo beließ die Grundlage des Barackenlagers. Der Barackenkomplex wurde mit einem 3 Meter hohen Zaun aus Maschen- und Stacheldraht umgeben. Für die Bewachung sorgten starke Postenketten. Das eingezäunte Lagergelände war etwa 150 x 250 Meter groß. Es wurde zur Aufnahme von etwa 800 Häftlingen hergerichtet. Nur 4 der 10 Holzbaracken waren Unterkünfte für Häftlinge. Die übrigen Baracken dienten der Lagerführung, den Bewachern, als Bekleidungs- und Wäschekammer, als Lagerküche, als Krankenbau und für Werkstätten.

1943 wurden noch zwei weitere Baracken im Lager aufgestellt, aber nicht als Häftlingsunterkünfte, sondern für den Lagerwirtschaftsbetrieb. Zur stärkeren Absicherung des Lagers wurden an den vier Ecken des Lagerzaunes Wachtürme errichtet und mit Maschinengewehren bestückt.

Das Barackenlager befand sich auf freiem Gelände und war von allen Seiten einzusehen. Eine Annäherung der Zivilbevölkerung verhinderten die Bewachungsposten.

In dieser Grundanlage blieb das Gestapolager bis zur Auflösung 1945.

Die besondere Rolle und Aufgabe des „Arbeitserziehungslagers“ Großbeeren.

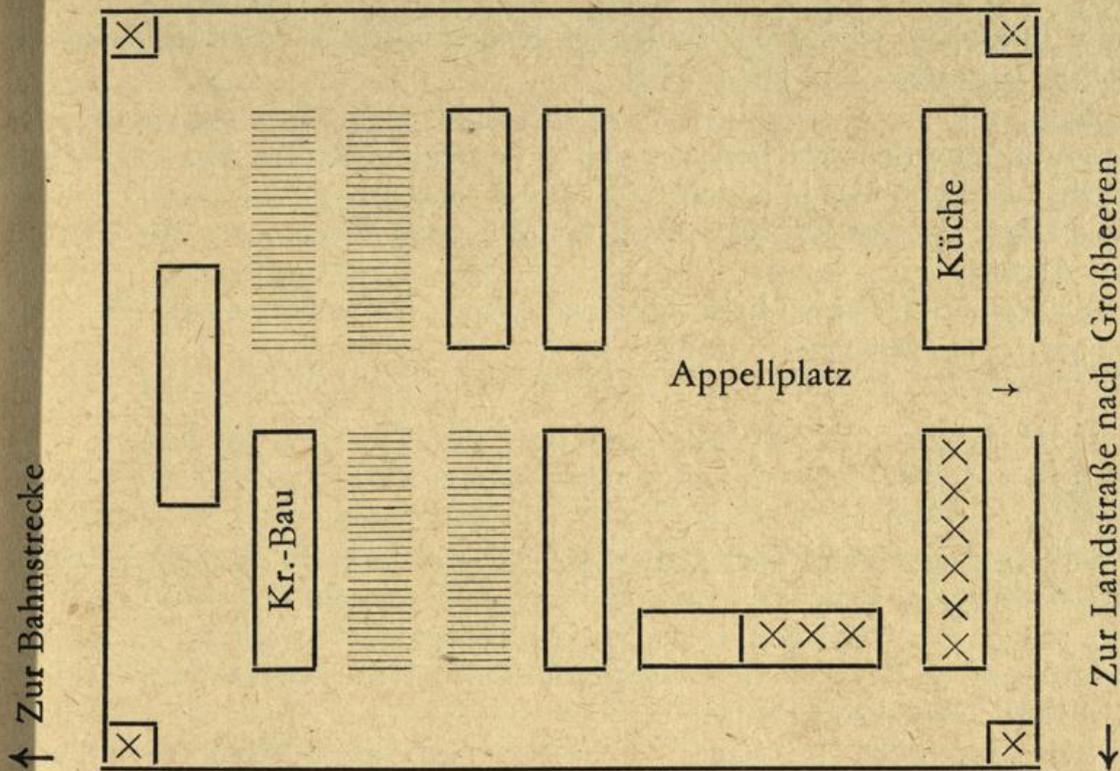
Entsprechend einer Anordnung Himmlers, Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei, von 1940 wurden „Arbeitserziehungslager“ eingerichtet, sie unterstanden der Regie der Gestapo. Der Berliner Gestapo unterstanden alle Berliner Polizeigefängnisse und die beiden „Arbeitserziehungslager“ Wuhlheide und Großbeeren. Sie waren außergerichtliche Organe.

Nach den Anordnungen des RSHA (Reichssicherheitshauptamt, Leitstelle Himmlers für alle Unterdrückungsorgane, Doppelfunktion als Reichsamt der SS und oberste Polizeibehörde) sollte der Lageraufenthalt in den Arbeitserziehungslagern nur kurzfristig sein. Es entsprach einer Abmachung mit den Rüstungsbetrieben, die eine Bestrafung der ausländischen Zwangsarbeiter als Mittel zur Einschüchterung brauchten, aber andererseits die Arbeitskräfte für die Kriegsindustrie wieder zurückhaben wollten. Trotzdem handelte die Gestapo bei Festlegung der Lageraufenthaltsdauer sehr willkürlich. Es waren 2 bis 8 Wochen vorgesehen. Aber 8 Wochen sollte sie nicht überschreiten.

Das eindeutige Ziel der Lagerhaft und der Lagerzwangsarbeit war, die rebellischen ausländischen Zwangsarbeiter gefügig und mürbe zu machen und ihren Widerstandsgeist zu brechen. Die brutalen und unmenschlichen Behandlungs- und Arbeitsmethoden im Lager nannte die Gestapo „Arbeitserziehung“.

In einem Vermerk über eine Absprache vom 20. 1. 1940 zwischen dem SS-Sturmbannführer und Kriminalrat Erich Möller von der Berliner Gestapo-Leitstelle mit den Vertretern der Reichsbahndirektion Berlin ist festgehalten:

Gestapolager Großbeeren



ten: „Möller forderte, die Häftlinge aus erzieherischen Gründen mit einfachen, aber ausgesprochen schweren körperlichen Arbeiten zu beschäftigen“. Die sogenannte „Arbeitserziehungshaft“ war nur eine Seite des Gestapolagers Großbeeren. Das Lager hatte weiterhin die Funktion, als „Durchgangs- und Sammellager“ zu dienen. Das ergab sich aus der üblichen Praxis der Gestapoleitstellen.

1942 und danach hatte die Gestapo durch die zunehmenden Massenverhaftungen in Berlin immer überfüllte Polizeigefängnisse. Durch schubweisen Transport in die Durchgangslager Wuhlheide und Großbeeren schaffte sie sich neue Aufnahmemöglichkeiten. Eine erhalten gebliebene Angabe der Berliner Gestapo vom März 1943 besagt, daß allein in diesem Monat 2663 Personen in Berlin verhaftet wurden, darunter waren wegen Arbeitsniederlegung 1919 Personen. Einige Hunderte waren auch Antifaschisten. Für neue Zugänge aus Berlin mußte laufend im Lager Großbeeren Platz gemacht werden. Der ehemalige Lagerinsasse Gen. Gerhard Rast erinnert sich: „Die Häftlinge blieben in der Regel nur 3 bis 6 Wochen im Lager Großbeeren und gingen dann auf Transport.“

Auch während des kurzfristigen Aufenthaltes im Lager Großbeeren mußten alle Häftlinge harte Zwangsarbeit unter Lagerbedingungen leisten. Das bedeutete für viele Gefangene bereits den Tod.

Das Gestapolager Großbeeren hatte als eine weitere Funktion die Polizeiverwahrung deutscher Antifaschisten als Schutzhäftlinge vor der eigentlichen

gerichtlichen Untersuchungshaft. Hier galt für die Aufenthaltsdauer ein anderer Maßstab. Sie konnte 6 Monate, aber auch 9 Monate und schließlich über 12 Monate sein, wie z. B. bei den Kommunisten Werner Seelenbinder, Johannes Zoschke und Heinz Neth.

Schließlich kamen auch politische Gefangene ins Lager Großbeeren, die ihre Strafe in Zuchthäusern bereits verbüßt hatten und weiter danach in Haft blieben und von hier in andere KZ verlegt wurden.

Das Lager Großbeeren war damit für alle Lagerinsassen nur eine Station auf Abruf.

Die angeführten Fakten beleuchteten die Rolle, die Funktion und den Charakter des Gestapolagers Großbeeren.

Lagerführung und Willkürherrschaft der Gestapo im Lager Großbeeren

Das Lager unterstand unmittelbar der Berliner Gestapo. Von hier kamen alle Anordnungen. Sie setzte auch die Lagerführung und ihren Stab ein.

Häuptlinge der Berliner Gestapoleitstelle waren der berüchtigte SS-Sturmbannführer und Kriminalrat Erich Möller und der SS-Hauptsturmführer und Polizeirat August Rottau.

Erster Lagerführer im Lager Großbeeren war der SS-Hauptsturmführer Schöne. Sein Stellvertreter war der Obersturmführer Scholz. Beide kamen aus dem Lager Wuhlheide und waren berüchtigte SS-Banditen und Menschenhinder. Dort hatten sie schon einige Jahre ihr Unwesen getrieben.

Den Innendienst versah eine kleine Gruppe auserwählter SD- und SS-Leute. Sie waren für die Bereiche Küche, Krankenbau, Bekleidungs- und Wäschekammer, Werkstätten und Arbeitskommandos zuständig. Die Bewachungsmannschaft hatte die Stärke von 60 SD- und SS-Leuten und unterstand dem SS-Obersturmführer Bärensee. Sie trugen die berüchtigten schwarzen SS Uniformen, weil sie Polizeitruppe waren. 1944 wurde sie durch Landeschützen ersetzt.

Die Diensträume der Gestapolagerführung, der SD-Innendienstleute und Unterkünfte der Bewachungsmannschaften waren im Lager, innerhalb des Drahtzaunes. Hier gab es keine Bauten und Baracken außerhalb des Lagers. Die Gestapo- und SD-Leute waren grausam und brutal und mißhandelten die Gefangenen des Lagers, besonders auf den Außenarbeitskommandos. Im Lager standen auf der Tagesordnung solche Strafen wie Essensentzug, öffentliches Auspeitschen der Häftlinge und stundenlanges Stehen bei den Abendappellen. Besonders Lagerzugänge wurden bei der Einlieferung mißhandelt.

Für die Gestapo waren die Häftlinge des Lagers billiges Arbeitsvieh, das man rücksichtslos ausbeuten und zu Tode schinden konnte. Mit der Reichsbahn und anderen Bauunternehmern gab es Verträge für die Lieferung von Arbeitsklaven. Für die ausgeliehenen Arbeitsklaven ließ sich die Gestapo täglich pro Häftling 3 bis 4 M zahlen. Dieses Häftlingsverleihgeschäft war in allen Lagern üblich und ging auf eine Anordnung des SS-Gruppenführers Pohl vom RSHA zurück.

Es war ein sehr einträgliches Geschäft für die Gestapo. Der Häftling erhielt ja für seine Arbeit keinen Lohn. Jährlich brachte das kleine Lager Großbeeren der Gestapo eine Einnahme von 800 000 bis 900 000 M ein. Den Hauptprofit machten doch die Deutsche Reichsbahn und die Bauunternehmer, für die die Häftlinge arbeiten mußten. Sie verlangten hohe Arbeitsleistungen. Die rücksichtslose Antreiberei durch Zivilmeister und Wachposten sicherte ihnen beachtliche Arbeitsergebnisse. Auf die Arbeitskraft der Häftlinge brauchte man keine Rücksicht zu nehmen. Ausfall wurde durch neue Häftlinge ersetzt. Es kamen ja laufend neue Gefangene ins Lager.

Wer waren die Häftlinge – wo kamen sie her und wohin gingen sie?

Das Gestapolager Großbeeren hatte ein normales Fassungsvermögen für 800 Häftlinge. Das Lager war immer voll belegt. Dafür sorgte die Berliner Gestapo. Unterlagen über Belegung, Zugänge, Abgänge und Transportverschickungen existieren nicht mehr. Sie wurden von der Gestapolagerführung vor Aufgabe des Lagers vernichtet.

Wir können uns nur auf Berichte und Angaben der Berliner Genossen, die ehemalige Lagerinsassen waren, stützen. Es gibt Möglichkeiten für Schätzungen, die der Wahrheit nahe kommen.

Der Gesamtdurchgang an Häftlingen von 1942 bis 1945 kann mit 24 000 bis 25 000 Gefangene angenommen werden. Sie ergeben sich aus der durchschnittlichen Belegungszahl von 800 Häftlingen bei einem durchschnittlichen Aufenthalt im Lager von 4 Wochen. Es heißt jährlich kamen 9600 Häftlinge neu ins Lager, aber auch die gleiche Anzahl ging wieder woanders hin. Vom Sept. 1942 bis April 1945 bestand das Lager. Es sind 32 Monate.

Woher die Häftlinge kamen läßt sich ebenfalls ermitteln. In den Sterbebüchern sind Lagertote aus 16 Nationen und Ländern registriert. Daher müssen die Lagerinsassen aus mindestens 16 Nationen gekommen sein.

Nach Berichten ehemaliger Lagerinsassen waren durchschnittlich immer 90 % Häftlinge ausländische Zwangsarbeiter und 10 % deutsche Häftlinge im Lager.

Die ausländischen Häftlinge waren deportierte Zwangsarbeiter, die strafweise ins Lager Großbeeren kamen. Hier ist der Anteil der nationalen Gruppen sehr unterschiedlich. Einen großen Anteil stellten ständig die Sowjetbürger mit über 25 %. Nicht viel geringer war der Anteil der Polen – auch etwa bis 25 %. Dann folgen Franzosen mit etwa 15 % und CSR-Bürger mit 10–12 %. Die restlichen 15 % der Häftlinge kamen aus den Ländern Belgien, Italien, Jugoslawien, Niederlande, Spanien, Bulgarien, Griechenland, Dänemark, Ungarn, Türkei und schließlich England. Dabei waren die Belgier, Italiener, Jugoslawen und Niederländer mit stärkeren Gruppen vertreten.

Die Masse der ausländischen Häftlinge kam ins Lager, weil sie sich gegen die Arbeit für die faschistische Kriegsindustrie auflehnten. Sie wurden von den Bossen der Berliner Rüstungsbetriebe der Gestapo gemeldet, die sie ins Lager nach Großbeeren und Wuhlheide verschickte.

Die 10 % deutsche Häftlinge im Lager setzten sich aus Antifaschisten und rassistisch Verfolgten zusammen. Die Zahl der deutschen Antifaschisten war nicht groß. Es waren zahlenmäßig vielleicht etwa 40 Häftlinge. Sie blieben im Durchschnitt ungefähr 6 Monate im Lager. Im Jahr gingen etwa 70 bis 80 deutsche Antifaschisten durchs Lager. In den 32 Monaten des Bestehens des Lagers sind es nicht mehr als 200 deutsche Antifaschisten gewesen. Dagegen war die Zahl der rassistisch Verfolgten, die durchs Lager gingen, etwa 1200 bis 1400.

Die größere Zahl erklärt sich daher, daß die rassistisch Verfolgten nur wenige Wochen im Lager waren und dann unwiderruflich nach Auschwitz oder Majdanek gingen.

Wir betonten schon, daß der Aufenthalt der Häftlinge im Lager Großbeeren nur kurzfristig, einige Wochen war. Wo gingen sie dann hin? Unterlagen darüber gibt es nicht. Der Weg der deutschen Antifaschisten ist bekannt. Sie gingen entweder in Untersuchungshaft oder in die KZ Sachsenhausen, Buchenwald oder Mauthausen.

Bei den rassistisch Verfolgten war der Weg eindeutig. Vorgezeichnet waren die Todesfabriken von Auschwitz usw.

Die Masse der ausländischen Häftlinge, die deportierte Zwangsarbeiter waren, gingen mit Transportschubs ebenfalls nach östlichen KZ.

Die französischen Widerstandsorganisationen geben an, daß 1000 Häftlinge, die nachweislich in das Lager Großbeeren gingen, nach 1945 nicht wieder in ihre Heimat zurückkamen. Das Sterberegister weist aber nur 182 verstorbene Franzosen aus. Es bleibt nur die Schlußfolgerung übrig, die dazwischen liegenden 800 französischen Häftlinge gingen in andere Lager und kamen dort um.

Die Transportverschickung vom Lager Großbeeren in andere KZ erfolgte von der Berliner Gestapo angeordnet nach namentlichen Listen. Der Gestapolagerführung oblag nur die Durchführung und hier war sie ein zuverlässiges Organ.

Lebens- und Arbeitsbedingungen im Lager Großbeeren

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen waren im Gestapolager Großbeeren genau so hart, barbarisch und unmenschlich wie in allen anderen KZ-Lagern. Sie waren auf systematische Vernichtung der Lagerinsassen abgestimmt.

Die 4 Holzbaracken mit je 200 Insassen nannte man Häftlingsunterkünfte. Hier mußten die Häftlinge schlafen und sich aufhalten, wenn sie nicht auf dem Arbeitsplatz tätig waren. Betten waren 3stöckige Holzkästen mit etwas Stroh und 2 schäbigen Schlafdecken.

Die tägliche Verpflegungsration von 200 gr. Kleiebrot und dünnen Wassersuppen, ohne Fleisch und Fett, waren Hungerrationen. Man konnte schon ohne Arbeit dabei nicht existieren. Bei 12 stündiger schwerer Arbeit erfolgte nach kurzer Zeit der vollkommene Verschleiß der körperlichen Kräfte.

Die Bekleidung waren verschlissene Uniformen. Mehr Lumpen, als Bekleidungsstücke.

Die Läuse-, Wanzen- und Rattenplage gehörte zum Alltag des Lagerlebens.

Es gab zwar einen Krankenbau mit 60 Betten. Er war aber von der Gestapo nicht als Pflegestation für Kranke geplant, sondern als Sterbebaracke. Dafür spricht die Tatsache, daß das Lager Wuhlheide regelmäßig körperlich entkräftete Häftlinge, die nicht mehr arbeitseinsatzfähig waren, nach Großbeeren abschob, damit sie dort sterben sollten. Die Gestapoleute machten daraus kein Geheimnis. Die Häftlingssanitäter konnten nur wenigen kranken Häftlingen helfen. Die meisten starben auch im Krankenbau.

Der Tagesablauf war:

4.30 Uhr	Aufstehen
5.00 Uhr	Zählappell
5.30 Uhr	Ausrücken zur Arbeitsstelle
bis 20.00 Uhr	Arbeit und Einrücken ins Lager
20.00 Uhr	bis 21.00 Uhr Abendzählappell
21.00 Uhr	bis 22.00 Uhr Zeit zum Essen und Freizeit
22.00 Uhr	Schlafenszeit

Welche Zeit blieb da zum Ausruhen?

Rund 700 Häftlinge arbeiteten täglich auf Außenarbeitskommandos. Es waren Baustellen der Deutschen Reichsbahn und anderer Bauunternehmer. Zu den Arbeiten gehörten: Streckenarbeiten, Anlegen von Bahndämmen, Brückenbau, Betonierungsarbeiten, Kanalisationsarbeiten, Straßen- und Wegebauarbeiten, Transportarbeiten usw. Die Bauplätze und Arbeitsstellen lagen oft weit weg vom Lager. So in Teltow, Stahnsdorf, Lichterfelde, Anhalter Bahnhof und schließlich auch im Bereich des Bahnhofes Großbeeren. Die Haupttätigkeit waren Erdbewegungsarbeiten. Baufacharbeiter und Zivilmeister waren die Aufsichtspersonen und leiteten die Arbeiten.

Die Arbeitstrupps waren 20 Häftlinge stark und hatten als Arbeitstruppführer einen Häftling. Jeweilig mit einem Arbeitstrupp zog ein SD-Mann als Begleitposten.

Zivilmeister und SD-Posten trieben die Häftlinge zur Arbeit an und schlugen sie oft. Die Posten benutzten dazu auch ihre Gewehrkolben.

Die abendlichen Zählappelle waren eine besondere Schikane im Lager. Man ließ die Häftlinge oft eine Stunde und mehr auf dem Appellplatz stehen. Fehlten Häftlinge durch Flucht, so mußten alle Lagerinsassen solange stehen bis sie tot oder lebend wieder kamen. Häftlinge, die dabei zusammenbrachen, wurden meistens als Tote vom Appellplatz getragen.

Selten kam ein geflüchteter Häftling wieder lebend zurück. Gewöhnlich wurden sie von den SD Suchkommandos vorher zusammengeschossen.

Der Parteiveteran Willi Zeidler, der damals in Großbeeren wohnte, berichtet darüber schriftlich: „ . . . In einem Fall gelang es uns, 3 geflohene Häftlinge einige Tage zu verstecken. Da sich die geflohenen Häftlinge jedoch selbst Nahrungsmittel beschafften, wurden sie von der Gestapo entdeckt. Bei ihrer Ergreifung wurde einer der Gefangenen von dem Polizeiwachmeister Bötchen im Beisein vieler Großbeereener Bürger durch Genickschuß ermordet. . . .“

Es gab viele spontane Fluchtversuche von Häftlingen, weil man der Lagerhölle entkommen wollte. Sie mißlangen und endeten in den meisten Fällen mit dem Tod des Häftlings.

Der Gen. Heinz Neth, ehemaliger Lagerinsasse, sagt in einem schriftlichen Bericht: „... Im Juni oder Juli 1943 kam ein Transport von 25 bis 30 jüdischen Häftlingen ins Lager. In kurzer Zeit lebte keiner mehr von ihnen.“ Kurze Zeit, daß waren etwa 2 Wochen. Denn rassisch Verfolgte gingen in der Regel umgehend auf Transport in andere Lager.

Es lassen sich noch viele solche Fakten aneinanderreihen, die zeigen wie grausam die Lagerbedingungen waren.

Die Front des antifaschistischen Widerstandskampfes im Lager

Antifaschistischen Widerstandskampf gab es in allen nazistischen KZ-Lagern. Die Bedingungen waren in den einzelnen Lagern sehr unterschiedlich.

Die Funktion „Durchgangslager“ für das Lager Großbeeren brachte für den Widerstandskampf ungünstige Bedingungen. Der ständige Wechsel der Häftlinge im Lager erschwerte die Widerstandsarbeit. In der illegalen Lagerarbeit erfahrene Genossen gingen plötzlich und es war nicht immer der geeignete Ersatz dafür da. Außerdem war die Zahl der deutschen Antifaschisten, die länger im Lager blieben, nicht groß. Die ausländischen Häftlinge blieben noch kürzere Zeit im Lager als die deutschen Antifaschisten. Ihre Einbeziehung in die Widerstandsarbeit war darum noch schwieriger. Es gab da nur lose Gruppen.

Besonders 1942 und 1943 gab es im Lager Großbeeren eine aktive und erfolgreiche Widerstandsarbeit. Um diese Zeit hielten sich im Lager eine größere Anzahl inhaftierter Genossen der bekannten Berliner Widerstandsorganisation Robert Uhrig auf. Es waren erfahrene und mutige Kommunisten, die im Lager aktiv in Erscheinung traten. Die Mehrzahl von ihnen kam aus dem Hauptlager Wuhlheide nach dem Lager Großbeeren und hatte sich auch in Wuhlheide an der Lagerwiderstandsarbeit beteiligt. Von ihnen sind uns die Kommunisten Werner Seelenbinder, Johannes Zoschke, Kurt Nelke, Gerhard Rast, Heinz Neth, Karl Pahl, Alex Kock und andere bekannt.

Der aktive Kern dieser Widerstandsgruppe bestand aus ungefähr 30 Antifaschisten. Die Namen der anderen waren nicht mehr zu ermitteln. Sie hatten beachtlichen Einfluß im Lager und veränderten die Lageratmosphäre sichtbar zugunsten der anderen Mitgefangenen.

Der Kopf dieser illegalen Widerstandsgruppe war 1943 Werner Seelenbinder, Johannes Zoschke und Kurt Nelke. Sie hatten einen guten Namen unter den anderen Mitgefangenen. Ihr Einfluß auf das Lagergeschehen erhöhte sich, weil sie gleichzeitig auch wichtige Häftlingsfunktionen im Lager ausübten. Sie waren Lagerälteste und Schreibstubenmitarbeiter. In ihren Händen lagen damit auch wichtige Schlüsselfunktionen für das Lager. Gerhard Rast sagt in einem mündlichen Bericht „Wir hatten Vertrauen zu ihnen und wußten, sie handelten immer im Interesse der anderen Mitgefangenen.“ Der Schriftsteller Peter Edel, der die Bekanntschaft mit Werner Seelenbinder im Lager Großbeeren machte, weist in seinen Erinnerungsbüchern auf die Rolle Werner Seelenbinders hin.

Der Einfluß Werner Seelenbinders erstreckte sich nicht nur auf das Häft-

lingslager, sondern auch bis zur Gestapolagerführung und die Bewacher. Es hatte seine Gründe darin, daß sie wider ihren Willen ihn als bedeutenden Spitzensportler kannten und die Achtung nicht versagten. Außerdem war er für die Gestapolagerführung ein guter Organisator, der den Lagerbetrieb in Ordnung hielt. Natürlich kannten sie nicht seine illegale Arbeit.

Gemeinsam mit den anderen Genossen bemühte sich Werner Seelenbinder darum, dem Lagerleben eine Reihe Härten zu nehmen und das schwere Los der Häftlinge zu verbessern. Natürlich hatten solche Bestrebungen immer einen begrenzten Raum.

Die Widerstandsgruppe um Werner Seelenbinder entwickelte zielstrebig im Lager Großbeeren eine breite Widerstandsarbeit. Sie bezogen auch die ausländischen Häftlinge in diese Arbeit soweit wie möglich ein. Die gesamte Widerstandsarbeit mußte konspirativ sein. Nur in dieser Form konnte sie erfolgreich bestehen.

Eine wichtige Aufgabe blieb immer, die Widerstandskraft der Häftlinge zu stärken und das Überleben zu sichern. Hier gab es sichtbare Erfolge. Es wurde verhindert, daß Häftlinge sich als Büttel der Gestapo mißbrauchen ließen. Die Gestapolagerführung brauchte immer Häftlinge, die als Fouriere, Arbeitstruppführer und Barackenälteste die anderen Häftlinge bespitzelten und schlugen. Solche Häftlingskreaturen kamen im Lager Großbeeren nicht auf, weil die Widerstandsarbeit sie unmöglich machte. Die Arbeitstruppführer wurden die Freunde der anderen Mitgefangenen und nahmen sie oft in Schutz gegen brutale Wachposten und Zivilmeister. Auch die Solidarität wurde breit entwickelt. Die Formen waren vielseitig. Es fing bei dem Stück Brot an, daß man anderen Kameraden gab und ging weiter über die Hilfe, die man anderen Kameraden leistete, damit sie im Lager durchhielten. Körperlich geschwächten Häftlingen vermittelte man leichtere Arbeit, damit sie nicht zugrunde gingen. Die Sanitäter nahmen auch geschwächte Häftlinge in den Krankenbau und bemühten sich, sie wieder auf die Beine zu bringen. Hierzu organisierten sie von der Küche zusätzliche Verpflegung und auch helfende Medikamente, die sie auch über Außenkommandos ins Lager bringen ließen. Sie gaben den anderen Mitgefangenen das Bewußtsein, daß im Lager jeder den anderen helfen muß, damit er die Lagerhölle übersteht.

Über die Außenarbeitskommandos hielt die illegale Widerstandsorganisation die Verbindung zur Außenwelt. Vor allem die Arbeitstruppführer kamen mit Zivilarbeitern auf den Arbeitsstellen zusammen und konnten Kontakte anknüpfen. Für die ausländischen Häftlinge war die Kontaktaufnahme aus sprachlichen Gründen schwieriger. Sie veranlaßten Zivilarbeiter dazu, daß sie den Gefangenen Brot und andere Dinge gaben. Nicht alle Wachposten und Zivilarbeiter waren stramme Nazis. Manche Wachposten wollten das Zustecken von Brot usw. nicht sehen.

Über Zivilarbeiter schmuggelten die Arbeitstruppführer auch Briefe aus dem Lager, die dann ihren Weg in die Briefkästen der Post fanden. Nach draußen konnten die Briefe leichter gehen. Dagegen war der Rücklauf von Briefen und Kassibern in das Lager schwieriger. Dazu fehlten sichere Übergabestellen. Über den Briefschmuggel berichten uns alle noch lebenden Berliner Lagerinsassen.

Die Außenarbeitskommandos boten auch die Möglichkeit zum Empfang von politischen Informationen über die Lage an den Kriegsfrenten und im faschistischen Deutschland. Solche politischen Informationen brauchte die illegale Widerstandsorganisation für die politische Arbeit im Lager. Mit Hilfe dieser politischen Informationen konnte sie die wirkliche politische Lage einschätzen und geeignete Propaganda im Lager entfalten.

Neben diesen Informationsstellen sicherte die illegale Widerstandsgruppe auch einige Quellen im Lager. Gen. Gerhard Rast berichtet, daß man dazu Radiogeräte der Bewachungsmannschaften und der SD-Innendienstleute benutzte. Zutrittsmöglichkeiten zu ihnen gab es. Das Abhören mußte nur gut organisiert und gesichert werden. Auch hier fand man die Wege.

Über die angegebenen Stellen und Quellen war die Widerstandsorganisation über die wahre politische Lage verhältnismäßig gut informiert.

Zur illegalen Arbeit gehörte auch die politische Zersetzungsarbeit unter den Bewachern. Es gab Bewacher, die ihren Dienst nur recht und schlecht versahen. Solche Bewacherleute wurden ausfindig gemacht und systematisch beeinflusst. Es gab auch hier bestimmte Erfolge. Posten wurden bewegt, keine Meldungen über Häftlinge an die Lagerführung zu machen oder auch zu dulden, daß Häftlinge bei der Arbeit ihre Norm untererfüllten. Genosse Neth berichtet, daß sie ihren Posten dazu bewogen, daß er stillschweigend einen ganzen Sack voll Kartoffeln sie mit ins Lager nehmen ließ.

Peter Edel berichtet, daß Werner Seelenbinder den SD-Mann Burow bestach und gewann, Kassiber an Angehörige von Häftlingen nach Berlin zu bringen.

Über solche Kassiberübermittlung mit Rückantwort kamen Besuche von Angehörigen mit den Lagergefangenen außerhalb des Lagers in Straßengräben zustande. Auch Peter Edel erhielt so den Besuch seiner Mutter. Der SD-Mann Burow sicherte selbst diese Treffen gegen Entdeckung.

Es sind nur einige Beispiele. Es gab sicher noch mehr. Die späteren Bewachungsmannschaften, die Landeschützen, waren der politisch-moralischen Zersetzung noch mehr zugänglich.

Ein anderes Beispiel der Widerstandsarbeit ist die organisierte Flucht des deutschen Kommunisten Eberhard Harry Decken, der am 11. 2. 1944 über ein Außenarbeitskommando erfolgreich aus dem Lager Großbeeren fliehen konnte. Er lebte danach bis 1. Mai 1945 illegal im Berliner Bereich. Ohne Helfer und Anlaufstellen wäre eine solche Flucht nicht möglich gewesen.

1943 steht Werner Seelenbinder immer an der Spitze und im Mittelpunkt der antifaschistischen Widerstandsarbeit des Lagers Großbeeren. Er gab durch sein mutiges Verhalten den anderen das Beispiel. Den Mitgefangenen war er ein helfender Kamerad. Davon sprechen Peter Edel wie auch Gerhard Rast und andere. In seiner Haltung war er immer zuversichtlich, obwohl er bereits im Lager Großbeeren wußte, daß er mit dem Todesurteil und der Hinrichtung rechnen mußte. In seinem neunmonatigen Aufenthalt im Lager Großbeeren führte er den antifaschistischen Widerstandskampf mit voller Kraft. 30 Monate war er bis zur Hinrichtung in Haft. Davon waren die 9 Monate Großbeeren nur eine Station.

Der antifaschistische Widerstandskampf der Antifaschisten im Lager Großbeeren bleibt das Ruhmesblatt des Lagers selbst.

Was die Sterbebücher von Großbeeren und die Massengräber in der Kiesgrube berichten

Die Gestapolagerführung ließ im Ort Großbeeren über die im Lager umgekommenen Häftlinge Buch führen. Sie meldete regelmäßig die Lagertoten namentlich mit einer Reihe Personenangaben nach Großbeeren, wo sie von Urkundspersonen vom September 1942 bis Mitte April 1945 in die Sterbebücher eingetragen wurden. Die Sterbebücher blieben erhalten.

Die Sterbebücher weisen 1197 Lagertote mit Namen, Geburtstag, Geburtsort, Heimatland, Beruf, Todeszeit, Todesort und Todesursache aus.

Weitere im Vordruck verlangte Angaben wurden mit dem Vermerk „Unbekannt“ registriert.

Diese Angaben geben uns korrekte Auskunft darüber, wer im Lager Großbeeren ermordet wurde. Die Eintragungen brechen am 13./14. April 1945 ab. Das Lager bestand aber bis zum 20. 4. 1945. Tote kamen aber auch nach dem 14. 4. 1945 noch in die Kiesgrube. Daher muß die Totenzahl höher als 1200 gewesen sein.

Nach den Angaben der Sterbebücher kamen im Lager um:

340 Sowjetbürger	28 Italiener	4 Dänen
334 Polen	28 Jugoslawen	4 Ungarn
182 Franzosen	18 Niederländer	2 Türken
99 CSR Bürger	8 Spanier	1 Engländer
97 Deutsche	6 Bulgaren	
40 Belgier	5 Griechen	

Die persönlichen Datenangaben über die Toten kann man als wahr unterstellen. Dagegen trifft es bei den Todesursachen nicht zu. Gleichgültig, ob da steht, Herzversagen, körperliche Schwäche oder Kreislaufversagen, sie wurden von den Gestapoleuten bewußt zu Tode geschunden und ermordet.

Die Zahlen der Toten waren in den einzelnen Jahren unterschiedlich hoch.

Vom September 1942 bis Dezember 1942 sind registriert	109 Tote
1943 sind registriert	185 Tote
1944 sind registriert	680 Tote

Von Januar 1945 bis April 1945 sind registriert 224 Tote

Die Totenmeldungen beginnen mit den ersten Tagen des Bestehens des Lagers. Man muß den monatlichen Durchschnitt beachten:

1942 war er 27 Tote
1943 war er 15 Tote
1944 war er 56 Tote
1945 war er 60 bis 65 Tote.

Es gibt ab 1944 ein sprunghaftes Anwachsen. Die Ausrottung erfolgte in dieser Zeit noch rücksichtsloser.

Das Gestapolager und die Kiesgrube lagen räumlich etwa 1,5 km auseinander. Dagegen befand sich der Friedhof von Großbeeren nur wenige Schritte von der Kiesgrube entfernt. Die Kiesgrube wurde damals schon als Müllkippe verwendet.

Die Bestattung der Lagertoten auf dem Friedhof wurde von der Gestapo

nicht zugelassen. Sie wählte die Kiesgrube mit der Müllkippe als Platz für die Massengräber. Die Gründe waren, in der Kiesgrube gab es Platz für viele Massengräber. Sie waren außerdem billiger als die Leichenverbrennung im Krematorium.

Die Leichentransporte mußten Häftlingstransportkommandos auf Plattenwagen, bewaffnet mit Hacken, Spaten und Schippen, unter SD Bewachung vornehmen. Sie mußten große Gruben ausheben, die Leichen hineinkippen und wieder zuwerfen.

Wer in den einzelnen Gruben lag, wußten weder die Gestapoleute noch die Häftlinge des Leichenkommandos oder die Sterberegisterschreiber. Die Hinterbliebenen der deutschen Lagertoten wollten, nachdem sie vom Tod benachrichtigt waren, die Gräber der Toten sehen, um sie zu pflegen.

Um einen Schein von Humanität zu wahren, griffen die Gestapoleute vom Lager zu Täuschungsmanövern. Man ließ von Häftlingen eine Reihe Grabhügel herrichten und steckte Holzkreuze darauf. Bei Nachfrage erklärte man den Hinterbliebenen, daß ein bestimmter Grabhügel das Grab sei. In Wirklichkeit gab es darunter überhaupt keine Gräber. Die Massengräber lagen woanders.

Es gab auf dem Gelände hunderte Massengräber. Über das Verscharren der Lagertoten berichtet der bereits erwähnte Parteiveteran Gen. Willi Zeidler: „Mit Schauern denke ich an die zahllosen ermordeten Häftlinge des Lagers in Großbeeren, die in den Massengräbern der ehemaligen Kiesgrube, die schon damals als Müllkippe benutzt wurde, verscharrt worden sind. Ich war zu dieser Zeit Invalidenrentner und vom Rat der Gemeinde beauftragt, in unmittelbarer Nähe dieser Kiesgrube Obstbäume zu pflanzen. Dadurch hatte ich die Möglichkeit, fast täglich zu beobachten, wie die Leichen der Ermordeten auf einen Plattenwagen wie Holzstücke aufgeschichtet antransportiert und in die Massengräber geworfen wurden.“

Nicht nur Gen. Willi Zeidler nahm davon Kenntnis. Die Kiesgrube lag am Rande des Ortes Großbeeren. 32 Monate lang gingen die Leichentransporte zur Kiesgrube. Viele andere Bürger von Großbeeren nahmen ebenfalls davon Kenntnis.

Das Ende des Lagers und der Weg in die Freiheit

Der Weg der gefangenen Lagerinsassen vom Lager Großbeeren in die Freiheit ging nicht über einen Todesmarsch oder eine Selbstbefreiung, sondern vollzog sich durch das Räumen und Absetzen der Gestapolagerführung und Bewachungsmannschaften. Die Flucht der Nazibanditen brachte den Häftlingen einen günstigen Umstand für die Beendigung der Lagerzeit.

Der schnelle Vormarsch der Panzerspitzen der Roten Armee verhinderte alle Lagervernichtungspläne der Gestapo. Der Arm der Berliner Gestapo reichte nicht mehr bis nach Großbeeren. Das war das Signal für die Gestapolagerführung, ihre Positionen im Lager Großbeeren schnell aufzugeben.

Am 19. April 1945 verließ die Gestapolagerführung und ihr gesamter Stab überstürzt das Lager. Man dachte nur an die eigene Rettung. Schließlich waren sie mit vielen Verbrechen schwer belastet.

Die Bewachungstruppe der Landesschützen zog danach auch ein schnelles Absetzen vom Lager vor. Am 20. April 1945 zogen sie ihre Bewachungsposten ein, öffneten das Lagertor und erklärten vor ihrem Abrücken den Häftlingen, sie wären wieder frei und könnten das Lager ungehindert verlassen. Die Bewachungsmannschaften zogen ab und verschwanden für immer.

Die Häftlinge sahen nunmehr keinen Grund noch länger in dem unfreundlichen Lager zu bleiben und rüsteten ebenfalls zum Abmarsch. Truppweise zogen sie in die Freiheit. Sie zogen im Schutz der Wälder und befreiten Ortschaften weiter. Bereits am 21. April 1945 war das Lager vollkommen geräumt. Man kann mit 900 bis 1000 Gefangenen rechnen, die so in Freiheit kamen, denn das Lager war in den letzten Monaten vor Ende der Naziherrschaft überbelegt.

Im Barackenlager von Großbeeren gab es danach nichts mehr zu holen, außer altem Holz. Es verschwand darum rasch aus dem Landschaftsbild von Großbeeren.

Die ehemalige Kiesgrube wurde ein würdiger Ehrenhain mit internationaler Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus. Damit erhielten die Opfer des Vernichtungslagers eine würdige Grabstätte.

Bisher wurde noch kein Material über das Gestapolager Großbeeren veröffentlicht. Eine größere Dokumentation darüber wird zur Zeit erarbeitet. Von der Existenz dieses Lagers wußte man nur durch die vorhandene Mahn- und Gedenkstätte. Dieser Beitrag ist nur ein kurzer Abriss davon.

Quellenangaben:

- Sterberegister von Großbeeren von 1942 bis 1945. Sie befinden sich im Kreisarchiv Rat des Kreises Zossen.
- Schriftliche Berichte der ehemaligen Lagerinsassen Gerhard Rast, Heinz Neth, Karl Pahl. Sie befinden sich im Besitz des Verfassers.
- Werke des Schriftstellers Peter Edel „Die Bilder des Zeugen Schattmann“ und „Wenn es ans Leben geht“.

Zeichen und Namen an märkischen Segel- und Schleppkähnen 1812-1930

Von Ulrich Buchholz

Die Schifffahrt hat im märkischen Gebiet schon im Mittelalter eine wichtige Rolle gespielt. Vor allem wurde Korn nach Hamburg verschifft, Ziegelerde von Glindow geholt und Steine nach Berlin gebracht. Die Schiffe gehörten den Städten oder den Domkapiteln.

Einen großen Aufschwung bekam die Schifffahrt seit dem 17. Jahrhundert durch die Verbindung von Oder und Spree durch den Friedrich-Wilhelm- oder Müllroser Kanal (1669) und von Oder und Havel durch den Finow-Kanal (1746). Die Zahl der Einzelschiffer nahm gegenüber den städtischen oder staatlichen Einrichtungen, zu denen die königlichen Salzschiffe gehörten, mehr und mehr zu. Sie waren seit 1716 in der Churmärkischen Elbschiffergilde vereinigt und hatten ihren Sitz in den verkehrsmäßig günstig gelegenen Städten wie Berlin, Brandenburg oder Rathenow. Die Zahl der Gildemitglieder konnte nicht willkürlich erweitert werden, der Bedarf an Schiffsraum nahm aber zu, so besaßen einzelne Gildemitglieder mehrere Kähne.⁽¹⁾

Die in den Städten lebenden Arbeitskräfte reichten nach 1750 offensichtlich nicht mehr aus, um die Schiffsmannschaft aufzufüllen. Einwohner der umliegenden Dörfer fanden Beschäftigung als Schifffahrer oder Schifffarbeiter, aber auch als Steuerleute.⁽²⁾ Es gab daneben vereinzelte dörfliche oder kleinstädtische Schiffseigner. Wir wissen nicht, in welchem Verhältnis sie zu den Gilden standen oder ob sie nur die Havel befuhren, wie überhaupt das ganze Gebiet der Churmärkischen Elbschiffergilde u. W. noch ganz unerschlossen ist.

Mit der Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen (1807) setzte ein zunehmender Aufschwung in Handel und Gewerbe ein. Durch die Elbschiffahrtsakte von 1821 und die Additionalakte von 1844 wurde der Verkehr erleichtert und die Wasserstraßenverhältnisse verbessert. Die Anliegerstaaten mußten ihre vielfältigen Flußzölle aufgeben und den Elbstrom regulieren. Das Schiff wurde für den Transport von Rohstoffen und Fertigprodukten unerlässlich. Daher entstanden die Produktionsstätten fast immer an schiffbaren Flußläufen oder wurden durch Stichkanäle mit ihnen verbunden. So erreichte die Zahl der Einzelschiffer mit dem ausgehenden 19. Jahrhundert eine ungeahnte Höhe. Seit 1830 stieg die Zahl der Schiffseigner in den Dörfern und Kleinstädten, die in der Nähe von Wasserstraßen lagen stetig an. Der zunehmende Verbrauch an Ziegelsteinen und die in Havelnähe nun aus dem Boden schießenden Ziegeleien förderten die Entwicklung entscheidend. Es gab Dörfer, in denen zwanzig, dreißig und mehr Schiffseigner wohnten, in Lehnin stieg ihre Zahl auf weit über hundert Kahnbesitzer an.

Schiffbauereien entstanden, meist immer gleich zwei Betriebe an einem Ort. Dort wurden in der Regel in jedem Jahr zwei neue Kähne zu Wasser gelassen, die in solider handwerklicher Zimmermannsarbeit angefertigt waren. Der ständig zunehmende Verkehr erreichte eine große Dichte auf den Flüssen und Kanälen. Differenzierte Vorschriften hinsichtlich der Schiffsführung und der Ausrüstung der Schiffe wurden erforderlich.

Zu diesen notwendig werdenden Neuerungen gehörte die genaue Bezeichnung der einzelnen Kähne. Die Entwicklung der Bezeichnungen und Beschilderungen läßt uns ein Stück Schifffahrtsgeschichte miterleben und erschließt uns den Inhalt alter Schiffsfotos zu einem lebendigen Verständnis. Es handelt sich dabei um Fahrzeuge, die im märkischen Gebiet entstanden und bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in der Mehrzahl im Bereich der märkischen Wasserstraßen blieben. Sie wurden durch Segeln oder Treideln fortbewegt. Die Schleppdampfer, die nach 1850 aufkamen, wurden bis zur Jahrhundertwende nur in Anspruch genommen, wenn der Wind nicht ausreichte. Aber auch nach 1900 wurde das Segel beibehalten und – wenn auch selten – in der Flußschifffahrt benutzt. Neue eiserne Schleppkähne wurden noch bis 1930 mit Mast und Segel ausgerüstet. In der Stromfahrt war es bis zum Aufhören der Schleppfahrt üblich, daß der Kahn elbe- und oderabwärts mit der Strömung schwamm. Dabei wurde bei günstigem Wind das Segel gesetzt.

1. Das Kennzeichen des Schiffes

Es scheint so, als habe es bis 1812 keinerlei Kennzeichnung der Flußschiffe gegeben. In Preußen erschien die Anordnung „um diejenigen Schiffe sogleich zu erkennen, durch deren Mannschaft an den kostbaren Wasserbauwerken Beschädigungen verursacht“ wurden. Im Amtsblatt der Königlichen Kurmärkischen Regierung zu Potsdam wurde bekannt gemacht, daß die Schiffe „einen Buchstaben, welcher die Provinz andeutet und eine Nummer, die dem Gefäß eigen“ war, tragen sollten. Beide waren weiß auf schwarzem Grund aufzutragen. Sie mußten mindestens sechs Zoll (= 16 cm) hoch sein und aus „gewöhnlichen, nicht römischen Zahlen“ bestehen. Als Ort des Kennzeichens war „das Hintertheil der Schiffskajüte“ vorgesehen. Es mußte auch bei geöffneter Kajütentür sichtbar sein.⁽³⁾ Mit der Vergabe der Nummern wurden in Berlin der Schifffahrtsinspektor, in Brandenburg und Frankfurt die Polizeidirektoren und in Schwedt, Spandau, Wittenberge, Lentzen, Parey, Oderberg, Eberswalde und Neuhaus die Zollämter beauftragt. In die anzulegenden Verzeichnisse sollten neben der Nummer auch die Bauart der Schiffe, „ob es nämlich ein Oder- oder Elbkahn, Gelle, Schute etc. sei“ aufgenommen werden.⁽⁴⁾

Nach der oben genannten Verordnung mußten bis zum 1. 4. 1813 alle Schiffe mit einem Kennzeichen versehen sein. Der Termin konnte nicht eingehalten werden, „weil durch die belagerten Vestungen an Oder und Elbe die Wasserkommunikation ganz gehemmt war.“⁽⁵⁾ Doch auch 1815 war man noch nicht viel weiter gekommen. Das Amtsblatt mahnte: „Es ist seit einiger Zeit häufig bemerkt worden, daß die wegen der Bezeichnung der Schiffsgel-



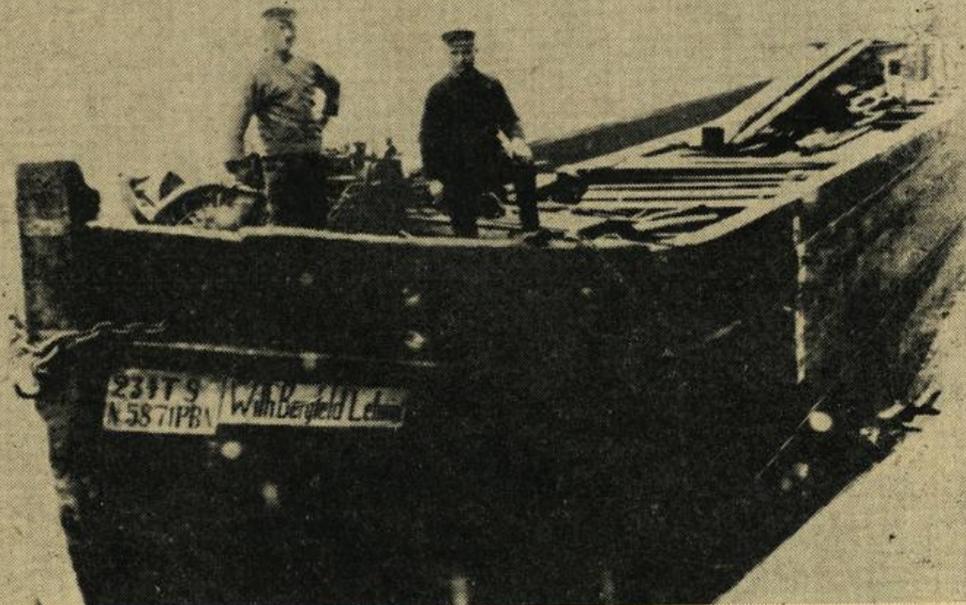
Brandenburger Havelschiffer, 1904–1906. Gut ist das Eichzeichen mit Ladegehalt, Eichnummer, Flußgebiet, Heimatstaat sowie dem Sitz der Eichbehörde zu erkennen

fäße ergangenen Vorschriften von den Schiffern keineswegs pünktlich befolgt werden“.⁽⁶⁾ Daher sollte jedes unbezeichnete Gefäß vom passierten Wasserzollamt mit dem schon lange angedrohten Strafgehd in Höhe von 5 Reichstalern belegt werden. In den folgenden Jahren waren die Schiffe endlich hinreichend kenntlich gemacht worden. Die Legitimierung des Schiffers selbst erfolgte durch den Gewerbeschein, in dem ebenfalls die Nummer des Kahnes verzeichnet sein mußte.⁽⁷⁾ Den Schiffern wurde „zur Pflicht gemacht, an Bord jeden Schiffes die dazugehörnde Bescheinigung mitzuführen, um sich im Laufe des Jahres überall damit legitimieren zu können.“⁽⁸⁾ Die Bescheinigung diente natürlich auch zum Nachweis, daß die Gewerbesteuer entrichtet worden war.

Seit 1842 waren Buchstaben und Nummern mit schwarzer Farbe auf weißen Grund zu malen. Bei Kähnen ohne Kajüte sollten sie an beiden Seiten des Steuerruders an der Hinterkaffe angebracht werden. Es kamen z. B. folgende Buchstaben zur Anwendung:

Regierungsbezirk Potsdam	K	(Kurmark)
Regierungsbezirk Frankfurt	N	(Neumark)
Regierungsbezirk Merseburg	S	(Saalekreis)
Regierungsbezirk Magdeburg	AM	(Altmark?)
	BM	(Börde?) ⁽⁹⁾

Ebenfalls 1842 wurden die ersten sehr ins Einzelne gehende Sicherheits- und Verkehrsvorschriften im Elbeverkehr eingeführt.⁽¹⁰⁾



Havelkahn um 1914. Zu dem Eichzeichen ist der Name des Schiffseigners gekommen

2. Das Eichzeichen

Nach 1870 übernahmen die den Wasserbauämtern unterstehenden Schiffseichämter die Registrierung und die Vergabe der Nummern. Das Eichzeichen wurde auf beiden Seiten des Vorderstevens angebracht. Es enthielt den Ladegehalt, die Eichnummer, das Flußgebiet, den Heimatstaat und den Sitz der Eichbehörde. Hier sind zwei Beispiele:

215 T	S	215 Tonnen	Spree
Nr. 3010	P BN	Nr. 3010	Preußen Berlin
216 T	H	216 Tonnen	Havel
Nr. 979	P Ee	Nr. 979	Preußen Eberswalde

Die Eichordnung von 1913 schrieb keinen bestimmten Platz mehr vor. Doch wurde bei den Holzkähnen weiterhin die Anbringung am Steven bevorzugt.⁽¹¹⁾

Mit dem Wechsel des Ortes vom Hinterschiff zum Steven hatte sich auch die Bedeutung des Kennzeichens gewandelt. Ursprünglich sollte es die Schiffer namhaft machen, deren Fahrzeuge Beschädigungen verursacht hatten. Das Zeichen war so angebracht, daß man das sich entfernende Schiff identifizieren konnte. Schon bald diente die Nummer auch zur steueramtlichen Registrierung. Als Eichnummer wurde sie dann bei der Vermessung des Laderaumes erteilt. Als solche rückte sie an den Steven. Das Eichzeichen

stand dort, wo bei Seeschiffen und Dampfern der Name zu lesen war. Einen Namen trugen die hölzernen Kähne unseres Gebietes nicht. Es ist uns jedenfalls kein Beispiel bisher bekannt geworden. Der Name war auch nicht vorgesehen. Der Vordruck für Schiffspatente, die Zulassungsurkunde, lautet noch bis in unser Jahrhundert: „Das dem August Storch zu Lehnin zugehörige Segelschiff ohne besonderen Namen (Dampfschiff N.N.) mit der Nummer 223 versehen und unter solcher im hiesigen Schiffsverzeichnis eingetragen von 219 t Tragfähigkeit, und im Jahre 1909 neu gebaut, ist sorgfältig geprüft und zur Schifffahrt auf der Elbe vollkommen gut und tüchtig befunden worden“.

Die Dampfer waren gegenüber den hölzernen Schleppkähnen etwas Besonderes. Ihre Zahl war überschaubar. Sie wurden im Schiffspatent mit ihrem Namen aufgeführt. Bei der Vielzahl der Kähne dagegen wären die sich doch ständig wiederholenden Namen kein gutes Unterscheidungsmerkmal gewesen.

Die Eichnummer diente der näheren Kennzeichnung und zur Legitimierung des Schiffers sowie der genauen Ortsbestimmung. Auch hierfür einige Beispiele:

Im Dienstbuch für den Schiffsgesellen Hermann Schulze wird bescheinigt, daß er vom 4. 2. bis zum 3. 8. 1880 mit sehr gutem Betragen bei dem Schiffseigner Wilhelm Eichbrodt aus Brandenburg/H. *Kahn Nr. 1. 7643* beschäftigt war.

In die Geburtsregister der Standesämter wird folgendes eingetragen: „Vor



Das Schiff hat einen Namen bekommen: „Hoffnung“. Ob sie sich wohl erfüllt? Darunter der Name des Schiffseigners (Aufnahme um 1930)

dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach durch Heiratsurkunde und *Meßbrief Nr. 10283 XIII 3721* anerkannt der Schiffseigner August Haberland wohnhaft in Ravensbrück, Kr. Templin, evangelischer Religion und zeigte an, daß von der Marie Haberland geb. Siebert, seiner Ehefrau, evangelischer Religion, wohnhaft bei ihm, zu Eberswalde, *auf dem Fahrzeug XIII 3721 kurz unterhalb der Eberswalder Schleusen* am dritten Dezember 1897 nachmittags Uhr ein Mädchen geboren worden sei und das Kind die Vornamen Elisabeth Frieda Marie erhalten habe.“
„Am 11. März 1902 erscheint der Schiffseigner Alexander Adolf Theodor Pöthke und zeigt an, „Daß von der Marie Luise Wilhelmine Pöthke geb. Brügger, seiner Ehefrau, evangelischer Religion, wohnhaft bei ihm, *zu Spandau auf seinem Fahrzeug No. 2264* am Lindenufer am 10. März um drei Uhr Nachmittags ein Knabe geboren sei und das Kind die Vornamen Erich Theodor Alexander erhalten habe.“

Den Ort des Eichamtes konnte der Schiffer selbst wählen. Er ließ in der Regel den Kahn dort eichen, wo er am häufigsten Ladung bekam. Die Pritzerber Schiffer ließen sich fast alle in Hamburg oder Harburg registrieren. Sie holten mit ihren großen Deckkähnen (Breslauer Maß 55 x 8 m 550 t oder Plauer Maß 65 x 8 m 700 t) ihre Ladung meist von dort. Nur zwei Kähne waren in Rathenow oder Berlin eingetragen. Sie hatten einen offenen Laderaum und blieben meist im Bereich der märkischen Wasserstraßen.

Die Schiffer aus Lehnin dagegen hatten mit einer Ausnahme eine Rathenower, Potsdamer oder Berliner Nummer. Sie besaßen alle offene Kähne und blieben, abgesehen von vereinzelt weiteren Fahrten, auf Oder oder Elbe und Saale, ebenfalls im heimatlichen Bereich. Der einzige im Oderhafen Cosel registrierte Schiffer hatte einen größeren Kahn und fuhr meist Steinkohle zwischen Cosel und Berlin.

So lassen sich anhand des Eichortes Größe und Beschaffenheit der Fahrzeuge erschließen. Diese Beobachtung wird durch das Klassifikationsregister bestätigt. Zum Vergleich seien auch die Eichämter Magdeburg und Halle erwähnt. Dort waren fast nur eiserne Deckkähne eingetragen. Sie fuhren vielfach Zucker und Getreide, also landwirtschaftstypische Güter. Daneben transportierten die Schiffer auch Kohle oder Kali, obwohl der Kahn danach mühevoll gereinigt werden mußte, denn jede Pause bedeutete Verlust. Die Elbefahrt erlaubte jede Größe. Es gab schon um die Jahrhundertwende Elbkähne, die mehr als 1.000 t Ladegehalt und Steuerdielen von gewaltigen Ausmaßen hatten. Daneben gab es in diesem Gebiet auch Finowmaß und Mittelmaßkähne (200–350 t), um die Saale und Unstrut befahren zu können. In Zehdenick besaßen die Schiffer um 1930 noch überwiegend offene Holzkähne. Sie transportierten hauptsächlich Ziegelsteine nach Berlin. Die Fracht erbrachte keinen großen Gewinn. In Eberswalde waren die eisernen Kähne in der Überzahl, aber auch sie fast ausschließlich offen. Die Ladung fanden sie in den Massengütern Kies, Steine und Kohlen. Die vielen Transporte zwischen Oder und Berlin hatten einen lohnenden Verdienst zur Folge. An beiden Orten herrschte das Finow- (40 x 4,6 m) und Großfinowmaß

(42 x 5,10 m) vor, um auch die kleinen Kanäle befahren zu können, deren Schleusen kein größeres Schiff zuließen.⁽¹²⁾

3. Der Name des Schiffes

Mit der Einführung des Eisenschiffbaues wurde es vielfach üblich, dem Kahn einen Namen zu geben. Ein Eisenkahn war um die Jahrhundertwende noch eine seltene Erscheinung. Er stellte den vielfachen Wert eines Holzkahnes dar. Wie die Schiffspapiere nachweisen, kostete ein offener Finowmaßkahn aus Holz zu dieser Zeit 7.000,- M, ein eiserner Kahn in der gleichen Größe aber fast 20.000,- M. Für einen Plauer Maßkahn mit Plattendeck zahlte man ungefähr 50.000,- M. Dazu kam, daß die Lebensdauer eines eisernen Schiffes fast unbegrenzt war. Nach zwanzig Jahren wurde es beim Weiterverkauf fast mit dem Neupreis bewertet.

Auch die äußere Form hatte sich allmählich verändert. Das Deck wurde höher gelegt, das vordere und hintere Schanzkleid aufgesetzt und der Laderaum mit dem Süllrand versehen. Man erzielte damit mehr Lade- und Wohnraum.

Das vordere Schanzkleid bot einen guten Platz für den Schiffsnamen. Die Eichnummer kam weniger auffällig an den Süllrand. Der Name des Schiffes konnte allerdings auch an der Budenwand zwischen den Fenstern Platz finden. Messingbuchstaben waren auf einem Brett befestigt. Es konnte zum Putzen des Metalls abgenommen werden. Der Schiffer wählte gerne den Namen seiner Frau, z. B. „Olga“ oder „Toni“ oder der Tochter, z. B. „Clara“. Daneben wurden auch symbolische Bezeichnungen wie „Hoffnung“ oder „Glückauf“ gewählt. Auch Besonderheiten des Heimatortes, „Roland“ auf die Stadt Brandenburg, oder „Emstertal“, auf die Lehniner Landschaft bezogen, kamen in Anwendung.⁽¹³⁾ Die Schrift brachte ein Maler in kunstvollen Buchstaben am Schanzkleid an. Der Schiffsname hatte so an Bedeutung gewonnen, daß er in das Schiffszeugnis eingetragen wurde. Es war ein sehr wichtiges Dokument, das den Namen des Eigentümers, die Bauart, das Baujahr, die Nummer des Eichscheines und die genaue Vermessung, die Ausrüstungsgegenstände⁽¹⁴⁾ und die Revisionsatteste enthielt.

4. Der Name des Schiffers

Es konnte nicht mehr ergründet werden, seit wann und in welcher Weise der Name des Schiffers am Schiff angebracht wurde. Gesetzliche Vorschriften bestanden dafür nicht. Den ältesten Beleg bietet ein Schiffsmodell im Museum Brandenburg aus dem Jahre 1875. Bei ihm ist Name des Erbauers an der Seitenwand der Bude, der hinteren Kajüte, in der der Schiffer wohnte, zu finden. Namentlich bei älteren Kähnen war dort bis in unsere Zeit hinein ein bevorzugter Platz für das Namensschild, das neben Vor- und Zunamen auch den Wohnort auswies. Es bestand aus Holz. Die Länge betrug etwa einen Meter. Die Buchstaben wurden vom Schiffer selbst mit freier Hand aufgemalt oder mit einer Schablone aufgebracht. Er schnitt diese aus Pappe

aus, wenn im Winter Zeit dazu war, oder kaufte Blechschablonen. Als Verzierung diente ein aufgemalter Anker.

Wer besonders geschickt war, schnitt die Buchstaben aus Metall und befestigte sie am Brett. Sehr häufig wurde auch das Namensschild am Helmholz, mit dem das Ruder bewegt wurde, befestigt. Der Name, hier gut sichtbar, war zuweilen in das Brett eingeschnitzt.

Nach der Eichordnung von 1913 sollte der Name neben das Eichzeichen gesetzt werden. Er konnte also ebenfalls am Steven angebracht werden, wenn das Zeichen sich dort befand. Doch ist uns dafür nur ein Beispiel bekannt geworden. In einigen Fällen rückte das Eichzeichen bei den älteren Deckkähnen vom Steven weg und fand seinen Platz am Brummstall, dem vorderen Teil des verdeckten Laderaumes, oder bei modernen Kähnen am Süllrand.

Diese Anordnung ist nur vereinzelt befolgt worden. Das Eichzeichen verlor zwar mehr und mehr seine bevorzugte Stelle, doch der Name behielt in den meisten Fällen weiterhin seinen Platz an der Bude oder am Helmholz. Bei den Kähnen mit Schanzkleid konnte er die Stelle des Schiffsnamens einnehmen, soweit dieser nicht vorhanden war oder an anderer Stelle stand.

Es kam auch häufig vor, daß der Name des Schiffers am Ende des Schanzkleides stand und am Steven ein Zeichen, z. B. eine Flagge, angebracht wurde.

Zum Abschluß sei noch einmal zusammenfassend gesagt: Das amtliche Zeichen für den Kahn war das Eichzeichen,⁽¹⁵⁾ dessen Form und Ort bis zur Jahrhundertwende vorgeschrieben wurde. Seitdem trat diese Kennzeichnung sichtlich zugunsten des Namens des Schiffers oder des Schiffes zurück, deren Art und Anbringung ganz in das Belieben und den Erfindungsreichtum des Schiffers gestellt wurde.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts war der sich schnell verbreitende Schifferberuf noch etwas Vorläufiges. Tagelöhner und Bauernsöhne wurden zu Schiffern und Schiffseignern. Schiffer wurden wieder zu Tagelöhnern. Viele erwarben eine Büdnerstelle und suchten in der nahen Stadt Arbeit. Mit der weiteren Ausbreitung der Schifffahrt bildeten sich Traditionen heraus. Der Schifferberuf vererbte sich. Die Kähne wurden leistungsfähiger und sicherer. Schiffhypotheken ermöglichten die Anschaffung besserer Fahrzeuge, Schiffsversicherungen schafften Sicherheit in der Erhaltung des Bestandes. Die Holzkähne verschwanden allmählich von den Wasserstraßen.

Die Zahl der Einzelschiffer ging zwar zurück, aber sie konnten mit größeren und leistungsfähigeren Fahrzeugen ihren Fahrtbereich ausdehnen.

Das alles hob das Selbstbewußtsein des Schiffers. Er wurde sich mit dem steigenden Wert seines Schiffes auch seines eigenen Wertes bewußt. Das fand seinen Ausdruck nicht zuletzt darin, daß er dem Schiff auch äußerlich einen Wert verlieh durch farbige Gestaltung der Bordwände, durch bunte Wimpel und durch einen gleichfarbigen Ring, der das Ofenrohr zierte, das aus der Kajüte kam und schließlich durch den Namen des Schiffes oder durch seinen eigenen Namen, der an die Stelle der Nummer trat.⁽¹⁶⁾

Anmerkungen

- 1 Vgl. U. Buchholz, Schifffahrt im Havelgebiet um Brandenburg, in: Brandenburger Blätter Band 3, Hrg. Museum Brandenburg
- 2 1800 gab es in Brandenburg 52 Schiffer und 15 Steuerleute. Es ist mit einer Zahl von mindestens 67 Schiffen zu rechnen. Demgegenüber stehen nur 69 Schiffsknechte. Da wohl zu dieser Zeit mit einer Besatzung von wenigstens drei Mann gerechnet werden muß, kam das fehlende Drittel der Schiffsmannschaft aus den Dörfern.
- 3 Amtsblatt der Königlichen Kurmärkischen Regierung zu Potsdam (= Amtsblatt) 1812 S. 203 und 1813 S. 80 und 1815 S. 43
- 4 Amtsblatt 1814 S. 93
- 5 Amtsblatt 1814 S. 93
- 6 Amtsblatt 1815 S. 43
- 7 Amtsblatt 1811 S. 22 „Auf die ehemals erforderliche Qualifikation der Schiffer ist, nachdem sämtliche Berechtigungen der Schiffergilde aufgehoben sind, nicht mehr zu sehen, sondern, jeden Schiffer, der sich durch einen Gewerbeschein legitimiert, müssen die Zollämter nach Berichtigung der Gefälle ohne Anstand passieren lassen.“ Die Elbschiffahrtsakte führte für die Elbfahrt dann das Elbschifferpatent ein, für dessen Erlangung auch der Gewerbeschein vorliegen mußte.
- 8 Amtsblatt 1822 S. 301
- 9 Amtsblatt 1842, Beilage zu Stück 27 v. 8. 7. 42 „Reglement die polizeiliche Bezeichnung der Flußfahrzeuge betreffend.“
vgl. auch Amtsblatt 1815 S. 43 und 1834 S. 115. Steueramtliche und Polizeiliche Kennzeichnung standen nebeneinander und sollten nun koordiniert werden. Daher diese neue Anordnung.
- 10 Amtsblatt 1842 Beilage zum 46. Stück. „Polizei Reglement für den Schiffsverkehr auf der Elbe, soweit Preußen über das Strombette die Landeshoheit zusteht.“ Das Reglement umfaßt 22 Paragraphen auf sechs Seiten und nimmt auch schon auf die Dampfschifffahrt Bezug.
- 11 Bei den Holzkähnen lagen das Deck von Vor- und Hinterschiff (Schoff und Stand) tiefer als die Bordwand. Die ersten Eisenkähne waren noch ebenso gebaut. Die eiserne Bordwand schloß mit dem hölzernen Schandeckel ab. Später wurde das Deck angehoben und mit dem Schanzkleid versehen. Der Laderaum wurde mit dem Stringer und dem Süllrand umgeben. Ältere Kähne ließen sich nachträglich mit dem Schanzkleid versehen.
- 12 Klassifikations-Register für die östlichen Wasserstraßen 1935, Berlin
- 13 Bei den Dampfern diente der Name von Anfang an als Unterscheidungsmerkmal. Viele Namen stammten aus der Mythologie wie Neptun, Fortuna, Nixe, Uranus und Nordstern. Bei den kleineren Dampfern blieb man auch gern im Bereich der Familie. Sie hießen Auguste, Margareta, Alwine, Gustav und Andreas. Um 1930 wurden Doppelnamen häufig, wobei gleich zwei Familienmitglieder genannt wurden z. B. Luise-Edith (Frau und Tochter), Kurt-Heinz (Söhne) oder Jörg-Bernd (Enkel, die Brüder Jörg und Bernd Landvoigt, Olympiasieger im Rudern)
- 14 Zu den Ausrüstungsgegenständen eines Kahnes, die für die Sicherheit des Schifffahrtsbetriebes notwendig waren, gehörten: 2 Schlepptäue, 5 Anker, 4 Boberdrähte, 4 Ankerketten, 2 Drahtleinen, 7 Ztr. Schleppkette, 6 Bundstaken, 6 Handstaken, 4 Bootshaken, 5 Laternen, 2 Pumpen, Segel mit Mast und Zubehör, 2 Peilstangen, 2 Rettungsringe mit Leine, 2 Steuerleinen, 1 Landsteg, 1 Beiboot.
- 15 Die Entwicklung vom polizeilichen Kennzeichen über steueramtliche Bezeichnung ist hier mit umfaßt.
- 16 Natürlich waren auch im vorigen Jahrhundert die Kähne nicht schmucklos. Gerade Schiffer, die ihr Brot in der Stromfahrt fanden, legten Wert auf äußeren Schmuck.

Das Helmholz wurde abgeschliffen, so daß das Naturholz (Eiche) zur Geltung kam, ebenso wurden die oberen Planken an Bug und Heck behandelt (Riesbord.), die ebenfalls z. T. aus Eichenholz bestand. Aber das prägte nicht das Bild der märkischen Schifffahrt, die in der Hauptsache mit der Steinfahrt beschäftigt und auf Zweckmäßigkeit ausgerichtet war.

Es fehlte zwar der zwei Meter lange Wimpel am Mast (rot mit weißer Spitze) nicht, auch wurde das Helmholz wohl besonders gepflegt, aber eine wirkliche Ausgestaltung hat wohl erst in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts Verbreitung gefunden.

Die Fotos verdanke ich Schifferfamilien aus Lehnin und Brandenburg. Die Reproduktionen fertigte Wolfgang Fried – Brandenburg an. Auch ihm sei an dieser Stelle gedankt.

(Der Verfasser)

Dem verdienstvollen Heimatforscher Richard Hoffmann zum 90. Geburtstag

Von Heinz-Joachim Vogt

Es stand dem Sohn eines Potsdamer Schuhmachers nicht an der Wiege geschrieben, daß er nunmehr neunzigjährig, als hochbetagter Mann, einen würdigen Platz in der Reihe jener Potsdamer Bürger einnehmen wird, die sich der besonderen Wertschätzung ihrer Mitbürger erfreuen können. Es war allerdings auch ein langer Weg, der von ihm bis zu diesem Tage zurückzulegen war. Er war geprägt durch den 1. Weltkrieg, den er als aktiver Teilnehmer miterleben mußte und der in seinem Körper jene Spuren hinterließ, die ihn jahrzehntelang zu hoher Selbstdisziplin zwangen, um seinen Aufgaben gerecht werden zu können.

Seine besondere Liebe galt von Anbeginn an der engeren Heimat, dabei der Botanik und Volkskunde, aber speziell doch der Geschichte seiner Heimatstadt Potsdam und deren Umgebung. So nimmt es nicht wunder, daß er, als junger Mitarbeiter beim Magistrat der Stadt Potsdam, begeisterter Akteur wurde, als bei einem extremen Niedrigwasser der Havel im Jahre 1911 – Richard Hoffmann war also gerade 19jährig – die Uferbefestigung der Heilig-Geist-Kirche erneuert wird und dabei die Reste der Holzkonstruktion einer altslawischen Holz-Erde-Mauer, zur 993 erwähnten Burg Pozdupimi gehörig, gefunden wurde.

Die Dokumentation dieser damals im ostelbischen Raum einmaligen Befunde wird Richard Hoffmann verdankt. Und von nun an begann eine intensive, den beruflichen Aufgaben parallel verlaufende Beschäftigung mit der einheimischen Ur- und Frühgeschichte. Das weitere Potsdamer Havelland wur-



Richard Hoffman bei der Arbeit am Alten Markt in Potsdam

de von nun an sein Betätigungsfeld. So wuchs er neben dem damaligen Museumsleiter Dr. Friedrich Bestehorn zu einem der profiliertesten Laienarchäologen im damaligen Deutschland heran. Vor allem in den dreißiger Jahren, nunmehr bereits Stadtinspektor, gewann diese Tätigkeit immer mehr an Bedeutung und Substanz. Fundplätze in Phöben, Plötzin, Töplitz, Krampnitz, Döberitz-Olympisches Dorf, Neufahrland und Fahrland wurden von ihm erforscht, und diese Beschäftigung trug auch für die Ur- und Frühgeschichtsforschung reiche Früchte. Zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften der deutschen Ur- und Frühgeschichtsforschung machten ihn weit über die Grenzen des Havellandes hinaus bekannt. Dabei prägten bedeutende Gelehrte dieser Jahrzehnte wie die Archäologen Alfred Götze, Alfred Kieckbusch und Wilhelm Unverzagt, aber auch Naturwissenschaftler wie der Geologe Friedrich Solger und der Pharmazeut A. v. Stokar seinen weiteren Weg. Aus dieser Kenntnis heraus wird auch verständlich, daß er den jungen Menschen, die er an seiner Seite in den 50iger Jahren für die Archäologie begeisterte, von Anfang an einprägte, sich neben der archäologischen Methoden auch der Naturwissenschaften als unentbehrlichen Helfer zu bedienen. Das Mikroskop als Begleiter des Archäologen war lange Jahre sein Leitsatz. Daß die archäologischen Ur- und Frühgeschichtsforschung diesen qualitativen Sprung gründlicher tun würde, indem Spezialisten verschiedener naturwissenschaftlicher Fächer direkt archäologische Problemstellungen bearbeiten, war damals noch nicht abzusehen, zeigt aber seinen Blick für anstehende Fachprobleme.

Die Jahre nach 1945 boten ihm, nunmehr hauptamtlicher Abteilungsleiter am Heimatmuseum Potsdam, die im Grunde bittere Chance, den geschichtlichen Anfängen seiner Heimatstadt Potsdam in die Tiefe zu folgen, lag doch das Altstadtzentrum in Schutt und Asche. In dem Maße, wie der Schutt beseitigt und die Ruinen Neubauten weichen mußten, ergaben sich durch die Schachtarbeiten Einblicke in die Vergangenheit, die Richard Hoffmann sachkundig nutzte. Diese im Jahre 1948 begonnene archäologische Stadtkernforschung reiht sich würdig ein in die Reihe ähnlicher Unternehmungen in historisch bedeutsamen Städten wie Leipzig, Dresden oder Magdeburg, führten sie doch auch in Potsdam zu einer Vielzahl neuer Erkenntnisse zur Frühgeschichte der Stadt. Auch wenn diese immense Forschungsarbeit, von einigen Übersichten in der Zeitschrift „Ausgrabungen und Funde“ von seiner Hand abgesehen, noch nicht zusammenfassend veröffentlicht werden konnten, steht ihr wissenschaftlicher Wert außer Frage und bildet bereits jetzt die Basis für spezielle, weiterführende Forschungen.

Bevor sich Richard Hoffmann nach 1945 voll seiner geliebten Ur- und Frühgeschichtsforschung widmen konnte, war er als einer der Aktivisten der ersten Stunde im unmittelbaren Interesse seiner Potsdamer Mitbürger tätig. Ihm wurde in den ersten Nachkriegstagen als einem der wenigen integren Mitarbeiter des alten Magistrats von der neuen Stadtverwaltung der Aufbau und die Verwaltung der Stadtkasse übertragen. Diese Tätigkeit übte er unter den damaligen schweren Bedingungen bis zur Übernahme der Museumsfunktion aus.

Nun begannen für ihn Jahre intensiver, subtiler Kleinarbeit, denn wesentliche Teile der eigenen Forschungsarbeit aber auch andere museale Bestände wurden Opfer des Krieges, waren vernichtet oder mußten erst identifiziert werden. Nur durch die jahrelange Arbeit an den Restbeständen einschließlich der notwendigen Inventarisierung von seiner Hand und unter seiner Anleitung war es möglich, wertvolle Museumsbestände für die wissenschaftliche Forschung zu retten. So bildeten die archäologischen Materialien die Basis für eine von ihm gestaltete erfolgreiche Ausstellung zur Ur- und Frühgeschichte des Potsdamer Havellandes. Bedeutende Zuarbeiten zum Archiv des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam leistete er jahrzehntelang, nachdem er nun als Rentner, Mitarbeiter dieser Einrichtung wurde. Bis heute verdankt ihm diese Einrichtung wertvolle Beobachtungen, die er dem Museum übermittelt.

Seine stete, vorbildliche Einsatzbereitschaft und das besondere pädagogische Geschick, den relativ spröden archäologischen Fundstoff in die richtigen geschichtlichen und heimatgeschichtlichen Zusammenhänge zu stellen, schuf ihm eine treue Anhängerschar unter jung und alt. Bei Exkursionen, Grabungsführungen und vor allem in zahlreichen Vorträgen im Rahmen der Natur- und Heimatfreunde des Kulturbundes, in dessen Reihen er jahrzehntelang erfolgreich wirkte, hat er sein reiches Wissen weitergegeben und damit wertvolle kulturpolitische Arbeit geleistet. Als Leiter der Pionierarbeitsgemeinschaft „Junge Archäologen“ machte er junge Menschen mit der Geschichte ihrer Heimat bekannt, weckte Verständnis für sinnvolle, planmäßige, außerschulische Betätigung und legte in mehreren Fällen den Grundstein für den

künftigen Beruf dieser jungen Menschen. Sein großes Verständnis für die Jugend und gleichzeitig die ihm eigene Bescheidenheit verdeutlicht die Tatsache, daß er jungen Wissenschaftlern Resultate eigener langjähriger Forschungen zur Auswertung und Publikation überließ.

Gleichermaßen bewirkten seine zahlreichen Veröffentlichungen in der Potsdamer Tagespresse, vornehmlich in den Brandenburgischen Neuesten Nachrichten – der Zeitung seiner Partei, der NDPD –, daß die Ergebnisse archäologischer und heimatkundlicher Forschungen breiten Kreisen der Öffentlichkeit bekannt wurden. Diese Artikel, aber vor allem sein Kontakt mit den Bauleuten und Einwohnern, trugen maßgeblich dazu bei, daß er bei vielen älteren Potsdamer Bürgern den liebevoll gemeinten Spitznamen „Knochen-Hoffmann“ trug. Sein kollegiales Verhalten gegenüber seinen Fachkollegen und den Mitarbeitern anderer musealer Einrichtungen, mit denen er stets einen offenen Gedankenaustausch bevorzugte, prägten seine Persönlichkeit und so genießt er bei den heimatgeschichtlichen Interessenten weit über die Grenzen Potsdams hinaus hohe Wertschätzung. Auch heute noch wertet er die Ergebnisse neuerer Heimatgeschichtsforschung sehr kritisch und diese bietet ihm genügend Anlaß zu polemischer Auseinandersetzung.

Das große Engagement für seine Arbeit wurde ihm aber auch dadurch erleichtert, daß ihm viele Jahrzehnte eine Lebensgefährtin zur Seite stand, die unter Zurückstellung eigener Interessen, seine Arbeit in selbstloser Weise unterstützte. Gemeinsame Wanderungen und botanische Interessen erwiesen sich dabei als wichtigstes Bindeglied seiner Ehe.

Der Lebensweg Richard Hoffmanns gestaltete sich so, daß es ihm nicht vergönnt war, in jungen Jahren ein Archäologiestudium zu absolvieren. Umso höher ist zu bewerten, daß er sich trotzdem hoher Wertschätzung der Fachkollegen erfreuen kann. So verlieh ihm die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, als einen der ersten überhaupt, 1959 die Leibniz-Medaille, damit sein umfangreiches und erfolgreiches Schaffen auf dem Gebiet der Ur- und Frühgeschichtsforschung im Potsdamer Havelland würdigend. Es schlossen sich andere Ehrungen an und jeder der ihn kennt, freut sich mit ihm über diese Anerkennung durch unsere sozialistische Gesellschaft.

Die Wissenschaften, so auch die Ur- und Frühgeschichtsforschung – entwickeln sich weiter, neue Theorien ergänzen und vervollständigen unser Bild von der Vergangenheit und bieten neue Fragestellungen. Sie fußen aber in jedem Fall auf der minutiösen Kleinarbeit jener Menschen, die die Fakten – die Bausteine eines theoretischen Gebäudes – erst einmal zusammen tragen mußten. Künftige Generationen von Wissenschaftlern – nicht nur der Ur- und Frühgeschichte, sondern auch aller anderen mit Territorialgeschichte befaßten Disziplinen, werden immer wieder auf seine Arbeiten zurückgreifen müssen, sind doch seine Interessen und der Wille zur Dokumentation neuer Erkenntnisse breiter und größer als das hier darzustellen war.

Alle Freunde und Kollegen Richard Hoffmanns sind sich einig in dem Wunsche, daß er uns noch lange seine vielseitigen Kenntnisse und Erfahrungen weitergeben wird, sie so in den Dienst der Wissenschaft stellend.

Für die kommenden Lebensjahre gelten ihm all unsere guten Wünsche.

Bemerkungen zu mittelalterlichen Münzstätten in der Mark Brandenburg

Die Stadt Brandenburg

Von Wolfgang Fried

In den Bemerkungen soll über die mittelalterlichen Münzstätten (bis zum 16. Jahrhundert) im heutigen Territorium des Bezirkes Potsdam berichtet werden. Mit der Aufnahme der Münzstätte Havelberg wurde eine Ausnahme gemacht, die obgleich dem Bezirk Magdeburg zugehörig, doch durch die bedeutende Münzprägung Markgraf Otto I. hervorragt und m. W. in den letzten Jahrzehnten nicht wieder beschrieben wurde.

Einleitung

Von den Karolingern bis in das späte Mittelalter hat es in Deutschland nur eine Münzsorte, den silbernen Pfennig, den Denar, gegeben.

Das alte römische Silberpfund zu 327,45 g wurde zu 20 Schilling als Rechenmünze aufgeteilt und der Schilling zu 12 Pfennigen berechnet. Es wurden 240 Pfennige mit einem Durchschnittsgewicht von 1,5–1,7 g ausgeprägt. Das Pfund als Gewichtseinheit wurde im Laufe des 10. und im frühen 11. Jahrhundert von der Gewichtsmark abgelöst, deren 240 Pfennige mit örtlich verschiedenem Gewichtsstandard gerechnet wurden. Der Denar wurde zweiseitig ausgeprägt. In den Gebieten östlich der Weser prägte man seit der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts den einseitig geprägten Denar, der später den Namen Brakteat oder Hohlpfennig erhielt. Von beiden Münzsorten gab es Obole oder halbe Pfennige, die durchweg selten sind. Es war üblich, bei Kleingeldmangel ganze Pfennige zu teilen.

Für die Berechnung von Abgaben und Steuern von Liegenschaften wurde in der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts nach Frusta oder Stücken Geldes gerechnet. Ein Frustum rechnet gleich einem Wispel Roggen oder zwei Wispel Hafer (1 Wispel = 24 Scheffel, 1 Scheffel = 55 Liter), oder 2 Schock Hühner (1 Schock = 60 Stück) oder einem Pfund Pfennigen. In der Zeit des 12.–13. Jahrhunderts waren die Pfennige lokale, auf regionale Geltungsbereiche beschränkte Währungen. Der Umlauf der Münzen war nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich begrenzt. Es bedeutete für den Münzherren eine entsprechende Steigerung des Gewinns, wenn er oft und viel prägen ließ. In den Gebieten östlich der Weser war der Brauch der Münzverrufung üblich, der zwangsweise die Umwechslung alter Münzen gegen neue verfügte. Das wurde oft jährlich, manchmal sogar häufiger durchgeführt. Zu bestimmten Terminen mußten die für ungültig erklärten Pfennige im Verhältnis 16 zu 12 oder 12 zu 9 gegen gültige eingetauscht werden, wobei der Münzherr den Gewinn einsteckte. Allerdings beweisen



Nachprägung eines Niederelbischen Agrippiners aus der Zeit des Slawenfürsten Pribislaw-Heinrich (1127–1150). Erste bekanntgewordene Münzprägung in Brandenburg. Durchmesser: 18 mm. Abbildung nach dem Gipsabdruck des Münzkabinetts Berlin

die Münzfunde mit ihren sich über Jahre, ja Jahrzehnte verteilenden Prä- gungen, daß die verrufenen Pfennige durchaus nicht alle abgeliefert wor- den sind.

Die Münzstätte Brandenburg

Brandenburg ist der Hauptort und Fürstensitz des slawischen Gaus der Stoderanen (deutsch Heveldun oder Heveller) gewesen. Bis zum 1. Jahr- zehnt des 12. Jahrhunderts ist eine gesicherte Münzprägung in Brandenburg bisher nicht nachweisbar. Ganz so einfach ist diese Tatsache nicht zu akzep- tieren. G. Hatz⁽¹⁾ schreibt dazu: „Von der Fundüberlieferung her gesehen, scheint das westliche Slawengebiet eine Zone gewesen zu sein, in der die Nachahmung deutscher Münzen bevorzugt auftraten, und zwar von vielfäl- tigen Imitationen der magdeburgischen Sachsenpfennige über die niederel- bischen Agrippiner bis hin zu derartig entstellten Nachproduktionen, daß die Vorbilder kaum noch zu erahnen sind.“ Die „Brandenburg“ war der Ort der Münzproduktion, in der Marktsiedlung Parduin ist der Ort des Handelsverkehrs zu suchen. Diese These, die P. M. Meyer und A. Suhle ver- traten, haben durch neuere Forschungsergebnisse über vordeutsche Markt- siedlungen im westslawischen Raum in der Nähe von Burgen eine deutliche Stütze gefunden.

Erste Münzprägungen

Die erste gesicherte Münzprägung in Brandenburg ist die Imitation eines niederelbischen Agrippiners des Hevellerfürsten Pribislaw-Heinrich (1127–

1150) nach leichtem Münzfuß ca. 1129–1130 geprägt. Dieser Denartyp ist in zwei Exemplaren bekannt und von Hävernick erstmals beschrieben worden. Das Stück fand weder bei Bahrfeldt („Das Münzwesen der Mark Brandenburg“, I, 1889) noch in der späteren brandenburgischen Münzliteratur eine Berücksichtigung.⁽²⁾

Die weiteren Münzprägungen sind Dünnpfennige (beschrieben bei Bahrfeldt I, 4 und 1–3).

Nach dem Tode des letzten Hevellerfürsten im Jahre 1150 kam durch Erbfall Albrecht der Bär aus askanischem Hause in den Besitz der Brandenburg. Der Fürst setzte die Münzprägung des Hevellerfürsten Pribislav-Heinrich fort, bekannt ist ein Dünnpfennig (Bahrfeldt I, 12) ein Brakteat (Bahrfeldt I, 13 a). Auch der Brakteat Bahrfeldt I, 14 mit der Legende „BRANDEBVRG“ ist wohl von Albrecht dem Bären ausgegangen.

Sein Sohn Otto I. (1170–1184), seit 1157 in Brandenburg, ließ eine Reihe von Brakteaten prägen (Bahrfeldt I, 37–62). Brandenburg-Altstadt, aus der Marktsiedlung Parduin entstanden, erhielt von Markgraf Otto I. die Zollfreiheit. Das Wappen der Altstadt bestand aus Torturm, Mauer und Türmen. Die Havel bildete die natürliche Grenze zu der um 1190 entstandenen Neustadt Brandenburg. Das neustädtische Wappen bestand aus Torturm zwischen Mauer und zwei Türmen, im Tor der Markgraf mit Adlerschild. Um 1260 wurde die Altstadt bei der Landesteilung der askanischen Markgrafen der johanneischen, die Neustadt der ottonischen Linie zugesprochen.

Zersplitterung der Münzprägung

Nach der Teilung wurde nunmehr in beiden Städten bis 1320 Brakteaten und Denare geprägt. Urkundlich nachweisbar wird die Münzstätte Brandenburg erst im Jahre 1286 durch die Erwähnung eines Münzmeisters Rogosen (3). Gesicherte Münzgepräge sind nicht nachweisbar. Die Münzstätte Brandenburg – Neustadt prägte in der Zeit der bayrischen Markgrafen (1325–1373) bis zum Ende der Zeit der Luxemburgischen Markgrafen (1373–1415). Auch aus dieser Zeit sind keine für Brandenburg sicher nachweisbare Prägungen bekannt.

Im Jahre 1306 berichtet eine Urkunde von einem Münzmeister Rudolf, der Ratsherr der Neustadt war. In einer weiteren Urkunde vom 25. August 1377 heißt es „in der neyen Staat tu Brandenburg in der alten Münter-Strate.“ Es ist zu vermuten, daß die Münzstätte Brandenburg-Neustadt, die alsbald die führende Rolle übernahm, sich in dem großen Steinhaus Hauptstraße 9, Ecke Münzenstraße (heute Joliot-Curie-Straße) befand.

Am 13. August 1322 beschlossen die Städte Brandenburg und Berlin eine Münzordnung, in der Bestimmungen über den Münzfuß, über Münzpolizei, über den Silberkauf und über den Münzwechsel enthalten sind.⁽⁴⁾

Unter der Herrschaft der bayrischen Markgrafen wurde mit der Verpachtung der Münzstätten an reiche Privatunternehmer begonnen, die finanziell in der Lage waren, die Pachtsummen auf Jahre im voraus zu entrichten. Am 21. Juli 1333 verpachtete Ludwig I. die Münzstätte Brandenburg an mehrere Bürger auf sechs Jahre, an Albert Bringenu, Hildebrand und Nicolaus

Becker.⁽⁵⁾ Das gleiche Datum trug die Urkunde der Verpachtung bis 1345 an Hildebrand und Johann Winhus.⁽⁶⁾ Auf zwölf Jahre wurde die Münze an die Brüder Rudolf und Marcellius von Luschin in Stendal verpachtet.⁽⁷⁾ Am 13. November 1343 verpachtete der Markgraf die Münze auf zwölf Jahre von 1357–1369 an die Brüder Wolff. 1369 belehnt der Markgraf die von Prütze unter anderem mit „in unser muntze zu Brandenburg 13 Stücke geldern jerlichen tzinses mit allen rechtin“.

Die privaten Pächter nutzten ihre Privilegien durch laufende Verschlechterung des Feingehaltes der Münzen und bereicherten sich auf Kosten der Bevölkerung. Um diesem Unwesen Einhalt zu gebieten, schlossen sich Adlige und Städte zu Münzbezirken zusammen, wie schon 1314 Salzwedel und die Grafschaft Lüchow. Der 1369 gebildete Berliner Münzbezirk umfaßte die Städte Berlin, Cölln, Frankfurt, Spandau und Bernau. Es ist anzunehmen, daß ähnliche Münzbezirke auch für Brandenburg, die Prignitz (Perleberg) und Kyritz bestanden haben. Mutmaßen läßt sich daraus, daß die späteren Pfennige nicht überall den gleichen Wert hatten. Die Brandenburgische Währung war die Beste, galten doch 6 brandenburgische Pfennige gleich 7 stendalischen und 8 berlinischen.

Ausgeprägt wurde in der Mark Brandenburg bis ca. 1460 nur der Pfennig. Daneben war der böhmische Groschen in der Mark von hoher währungs-politischer Bedeutung. So wurde das Lösegeld für einen Gefolgsmann der Quitzows, der bei einem versuchten Überfall in die Hände der Brandenburger gefallen war, nach böhmischen Groschen berechnet.⁽⁸⁾

Auch der Bischof von Brandenburg besaß das Recht der Münzprägung. Am 19. März 1051 verlieh Kaiser Heinrich III. (1046–1056) dem brandenburgischen Exilbischof Thankward (gest. um 1063) für den Ort Uhrleben im alten Nordthüringengau, Kreis Haldenleben, Münze, Zoll, Gerichtsbarkeit,



Münzprägung aus der Zeit des Markgrafen Otto I. (1170–1184, seit 1157 in Brandenburg). Deutlich ist neben der Figur der Name „OTTO“ sowie die Umschrift „BRANDEBURGENSIS“ zu erkennen.

Durchmesser: 28 mm



Münzprägung des Münzmeisters Giese Brewitz, der dieses Amt von 1440 bis mindestens 1467 ausübte, Vorderseite (r) und Rückseite (r). Durchmesser: 24 mm

die Anlage eines Marktes sowie sonstiges Zubehör. Kaiser Friedrich I. bestätigte diese Rechte 1161, Papst Clemens III. 1188. Erzeugnisse aus der bischöflichen Münzstätte Uhrsleben sind bisher nicht bekannt geworden. Über eine Münzprägung des Bistums in Brandenburg ist keine weitere Nachricht überliefert, lediglich einige außerordentlich seltene Brakteaten und Denare, die Bahrfeldt in seinem brandenburgischen Münzwerk verzeichnet hat. H. D. Kahl schreibt dazu: „Er scheint dabei zu vermuten, daß sie in Brandenburg geprägt worden seien; bei der Stellung, die die Bischöfe an diesem Ort neben den Markgrafen einnahmen – sie zogen sich bekanntlich im Laufe der Zeit ganz nach Ziesar zurück – scheint mir dies fraglich.“⁽⁹⁾ Die bisher bekannte älteste bischöflich brandenburgische Münze ist ein Brakteat, der mit einiger Sicherheit dem Bischof Otto von Mehringen (1251–1260) zugewiesen wird, (Bahrfeldt I, 738).

Die letzte bekannte Münzprägung ist ein Denar, der von Bischof Ludwig von Niendorf (1327–1347) ausgegangen ist. (Bahrfeldt I, 742)

Zunehmender landesherrlicher Einfluß

Ein neuer Abschnitt des märkischen Münzwesens begann mit der Herrschaft der Hohenzollern. Im Jahre 1427 verlieh Markgraf Johann (ein Bruder des Kurfürsten Friedrich I.), dem Claus Münzer die Münzprägestätte in Brandenburg mit dem Auftrag, Pfennige zu prägen, 43 auf ein Lot.⁽¹⁰⁾ 1431 folgte der Münzmeister Caspar Fuchs.⁽¹¹⁾ Es wurde ihm befohlen, so zu prägen wie in Berlin und Frankfurt. Im Jahre 1436 bestellte man Heinrich Salig als Münzmeister in Brandenburg, der wieder nach Maßgabe von Berlin und Frankfurt Pfennige und Scherfe (halbe Pfennige) prägen sollte.⁽¹²⁾

Unter der Herrschaft Kurfürst Friedrich II. (1440–1470) wurde seit 1440

Giese Brewitz zum Münzmeister in Brandenburg bestellt. Die von Brewitz geschlagenen Pfennige müssen zu 60 Schilling – 720 Pfennige aus einer Mark geschlagen worden sein. Der Münzmeister Brewitz war 1465 noch im Amt. Seine Münzwerkstatt befand sich (1467) in der Abtstraße. Bei den geprägten Münzen muß es sich um Adlerhohlpfennige handeln, die in ungeheuren Mengen in unzähligen Varianten mit und ohne Beizeichen geprägt worden sind.

Die Groschenprägung in Brandenburg muß 1460 schon in Betrieb gewesen sein, wie aus der Urkunde über die Schätzung märkischer Groschen und Pfennige, darunter brandenburgische und magdeburger Art, hervorgeht.⁽¹³⁾ Die älteste Urkunde über die Groschenprägung in Brandenburg ist datiert vom Jahre 1463. Man befahl dem Münzmeister Giese Brewitz 92 Stück Groschen aus der 6-lötigen Mark (375 Teile Feinsilber) zu prägen, (1459/60-61 Kreuztyp Bahrfeldt II, 28 - 30; ca. 1463 Schildtyp Bahrfeldt II, 31-32; ab ca. 1463 Schildtyp Bahrfeldt II, 33).

Unter der Herrschaft des Kurfürsten Albrecht Achilles (1470-1486) ist in der Mark nur eine spärliche Münzprägung nachweisbar. In der Brandenburger Münze prägte man einen heute seltenen Groschen (Bahrfeldt II, 40).

Erst unter dem Kurfürsten Joachim I. (1499-1535) fand die Münzstätte Brandenburg in der bedeutenden Urkunde von 1511 wieder Erwähnung. Dem Münzmeister Hermann Meyse wurde befohlen in der Neustadt Brandenburg folgende Münzsorten zu prägen:

Pfennige 43 auf 1 Lot und 5 1/2 Lot fein

Groschen 100 aus 1 Mark und 6 1/2 Lot fein

Halbgroschen 188 aus 1 Mark und 5 1/8 Lot fein

Golgulden 71 aus 1 Mark und 18 Karat

Die außerordentlich seltenen einseitigen Pfennige, die auch in Crossen geprägt wurden, sind glatt und nicht mehr in der Hohlform. Trotz der Urkunde von 1511 sind für Brandenburg schon Groschen von 1507 und vor 1511 von einem unbekanntem Münzmeister ausgegangen. Die Groschenprägung, teils von Joachim I. allein, teils gemeinsam mit seinem Bruder Albrecht, reichte bis zum Jahre 1517. Fast sämtliche Jahrgänge dieser Prägungen sind selten. Sehr selten sind Halbgroschen Jahrgang 1507 und ohne Jahreszahl. Die urkundlich ausgewiesenen Goldgulden sind aus einem Stempel in zwei Exemplaren bekannt.

In die Regierungszeit Joachim I. fiel auch, seit 1521, der Schlag grober Münzsorten, der Taler und Vierteltaler. Die Prägung solcher Münzen ist für Brandenburg nicht nachzuweisen. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß die Münzstätte von keinem märkischen Taler Joachims bekannt ist.

Den Abschluß der landesherrlichen Münzprägung in Brandenburg bildet ein Achteltaler oder Engelgroschen von 1514. Der Engelgroschen schließt sich dem Feingehalt und Äußeren den sächsischen Engelgroschen, sog. Schreckenbergnern, an. Zwischen 1510 und 1520 fanden zwischen Joachim I. und den sächsischen Fürsten Verhandlungen statt, um eine Übereinstimmung zwischen dem märkischen und dem sächsischen Münzfuß zu erreichen. Der Brandenburger Engelgroschen, möglicherweise eine Probeprägung, galt als kostbares Unikum im Münzkabinett Gotha; er ist heute verschollen.

Um den Kleingeldmangel in der Mark Brandenburg zu beheben, ordnete Kurfürst Johann Georg (1571–1598) im Jahre 1594 an, daß in den märkischen Städten, die von alters her geprägt haben, Pfennige geprägt werden sollten. Die Vorderseite sollte das kurbrandenburgische Zepter zeigen, die Rückseite das jeweilige Stadtwappen. Die Ausprägung dieser Pfennige hat stattgefunden, leider ist bisher kein Exemplar bekannt geworden. Bald danach tritt die Brandenburger Münze noch ein letztes Mal in Erscheinung. In der berüchtigten Zeit der Kipper und Wipper beteiligte sich natürlich auch die Stadt an der Münzprägung. Am Anfang des Jahres 1621 erteilte der Kurfürst Georg Wilhelm (1619–1640) der Neustadt und bald danach auch der Altstadt die Genehmigung zum Prägen von Pfennigen. Die Städte prägten kleine einseitige kupferne Pfennige mit dem Stadtwappen (Bahrfeldt II, 694 A, 695/6 N), zuerst 16 Stück auf den Groschen, dann mit kurfürstlicher Genehmigung 12 auf den Groschen gerechnet. Diese Pfennige sind alle selten.

Anmerkungen

1. G. Hatz, Deutsche Münzen des 11. Jahrhunderts. HBN Heft 24–26, 1970–1972, S. 57–60. Hamburg 1977
2. H. D. Kahl, Die Herrschaft Pribislaw-Heinrichs im Spiegel seiner Münzprägungen. Mitteldeutsche Forschungen, 30 I und II, S. 273–326 und 794–820, Böhlau-Verlag Köln-Graz 1964
3. Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis A VIII, 176
4. Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis A IX, 20
5. Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis A IX, 30
6. Gerken c. d. II p. 532 CCC
7. Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis A IX, 34
8. O. Tschirch, Des Engelbert Wusterwitz märkische Chronik, JHVB 43/44, S. 28, Brandenburg 1912
9. Vgl. H. D. Kahl, Slawen und Deutsche in der Brandenburgischen Geschichte des zwölften Jahrhunderts, Bd. II, S. 808
10. Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis AIV, 130
11. Riedel, Codex Diplomaticus Brandenburgensis A VII, 220
12. Raumer, Codex Diplomaticus Brandenburgensis cont. I, 128
13. Bode, Das ältere Münzwesen der Staaten und Städte Niedersachsens, S. 191

Zinnfiguren in unserer Zeit

Von Detlef Kotsch

Zu den zweifellos faszinierendsten Gegenständen unserer Kulturgeschichte dürfte die Zinnfigur zu rechnen sein. Denn wer kann sich schon dem Reiz eines meisterlich gestalteten Dioramas entziehen? Wer hat nicht schon vor solchen mit Zinnfiguren gestalteten Szenen gestanden und bestaunt, wie wirklichkeitsnah das Leben in kleinen Kästen eingefangen ist und uns die Geschichte lebendig in die Gegenwart gerückt wird.

Nicht selten wird bei diesem Verweilen auch Anerkennung für diejenigen aufkommen, die diese Dioramen geschaffen haben. Denn bei der Anfertigung eines Zinnfigurendioramas vereinigen sich künstlerisches Talent und handwerkliche Fertigkeiten mit allgemeiner Geschichtskennntnis und Wissen um das historische Detail. Und so mancher Betrachter wird sich die Frage gestellt haben, wer denn nun eigentlich diese Dioramen anfertigt.

Es handelte sich hierbei um volkskünstlerische Laienarbeit, die von Hobby-Zinnfigurensammlern geleistet wird. Das Zinnfigurensammeln ist eine Leidenschaft, der sich nicht wenige verschrieben haben; und die Popularität dessen ist ständig im Steigen begriffen. Im Kulturbund der DDR sind gegenwärtig rund 1000 Sammler vereinigt, die auf örtlicher Basis in Fachgruppen zusammenarbeiten. Dort trifft man sich, tauscht Zinnfiguren und Zubehör, stellt seine neuesten Errungenschaften vor, um das Urteil der anderen zu erfahren, oder befaßt sich mit Themen, die die Kenntnisse um das Zinnfigurensammeln vervollkommen. Diese Fachgruppen vereinen Sammler aller Altersstufen, vom Oberschüler bis zum Rentner; dort tauscht der Facharbeiter mit dem Arzt seine Erfahrungen aus, dort betrachtet der Ingenieur und der Wissenschaftler kritisch die neuesten Arbeiten und dort berichtet der Lehrer dem Offizier vom erfolgreichen Einsatz von Zinnfiguren im Geschichtsunterricht.

Die Intensität des Sammelns und des Beschäftigens mit Zinnfiguren ist unterschiedlich. Der eine füllt damit seine gesamte Freizeit aus, der andere betreibt dies lediglich als interessanten Ausgleich zu anderen Dingen. Bei weitem nicht jeder Sammler baut Dioramen. Denn das erfordert viele Kenntnisse, Geschick und einige Zeit. Die meisten jedoch bemalen ihre Figuren selbst. Dazu ist es notwendig, die vom Hersteller neu angefertigte Figur zu entgraten und in mehreren Arbeitsgängen die Farben aufzutragen. Vorher jedoch muß entschieden werden, ob die Figur für ein Diorama verwendet werden soll oder nicht, denn danach richtet sich die Art des Bemalens. Um eine optimale Natürlichkeit zu erzielen, müssen u. a. Schatten aufgetragen werden; dazu muß man vorher wissen, von wo das Licht im Diorama einfallen soll. Darüber hinaus gilt es, noch vieles zu beachten. Ganz wichtig ist die genaue Kenntnis der Kleidung und der Architektur jener Zeit, in der die betreffenden Zinnfiguren angesiedelt sind. Da Militärfiguren ein be-



Zinnfigur, Offizin Meyerheine: Oberst der Garde-Jäger. Höhe der Figur: 6 cm.
Foto: Claus Herrmann

liebtes Sammelobjekt sind, sollte man sich als Sammler in Uniform und Bewaffnung, aber auch in Fragen des Reglements und der Kriegskunst sowie in vielen militärischen Details auskennen. Aber Dioramenbau erfordert auch genaueste Kenntnis der Natur. Es ist z. B. für einen Menschen unserer modernen Zeit, besonders für einen Städter, gar nicht so einfach, ein Pferd zu bemalen – denn woher nimmt er das Anschauungsmodell?

Hiermit sollten nur einige Probleme angedeutet werden, mit denen ein Sammler konfrontiert ist. Das gilt natürlich ebenso – oder noch mehr – für den Zinnfigurenhersteller, denn er legt den Grundstein für das Gelingen des Endprodukts – der bemalten Einzelfigur oder des Dioramas. Es gibt Hersteller, die zeichnen, gravieren und gießen die Figuren selbst. Häufig jedoch findet eine Arbeitsteilung statt. Insgesamt ist das Zinnfigurenherstellen ebenfalls eine Hobbytätigkeit, die allerdings höchste Meisterschaft verlangt. In der DDR gibt es etwa 50 Zinnfigurenhersteller. Der Sammler bezieht in der Regel seine Figuren direkt vom Hersteller, wofür ihm ein umfangreicher Katalog zur Verfügung steht, der vom Zentralen Fachausschuß Zinnfiguren der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der Deutschen Demokratischen Republik in Zusammenarbeit mit der „offizin zinnfigur“ am Stadtmuseum Weimar herausgegeben und regelmäßig ergänzt wird. Dem Sammler steht eine Auswahl bereit, die von der Höhlenjagd am Ende der Altsteinzeit bis zum Fahnenblock der Freien Deutschen Jugend reicht. Der überwiegende Teil aller Zinnfiguren sind Flachfiguren mit der Bezugsgröße von drei Zentimetern in Augenhöhe. Durch dieses typische Maß ergibt sich eine große Kombinationsfähigkeit auch mit unterschiedlichen Serien von den verschiedensten Herstellern. Darüber hinaus existieren aber auch andere Maße für Flachfiguren. Sehr beliebt als Einzelstücke für den Sammler sind vollplastische Figuren.

Bekannt ist, daß mit dem Zinnfigurensammeln nicht erst in den letzten Jahren begonnen wurde. Weniger bekannt dürfte jedoch sein, daß es Zinnfiguren schon vor mehreren Jahrtausenden gab, die vorwiegend als Kult- und Schmuckgegenstände Verwendung fanden. Von einigen Beispielen im Mittelalter abgesehen begann die umfangreiche Zinnfigurenproduktion im 17. Jahrhundert, vorwiegend in Frankreich. Der erste Höhepunkt in Deutschland, der eng mit der Stadt Nürnberg verbunden war, wurde im 18. Jahrhundert erreicht; dafür steht vor allem der Name der Familie Hilpert. Zu jener Zeit handelte es sich vorwiegend um Kinderspielzeug, doch gerade die Hilperts waren es, die sich um eine künstlerisch wertvolle Gestaltung bemühten. Von der Popularität der Zinnfiguren Anfang des 19. Jahrhunderts zeugt z. B., daß der „standhafte Zinnsoldat“ zu Titelfigur und Hauptheld eines Märchens von Hans Christian Andersen wurde. Das 19. Jahrhundert wurde dann die Zeit der berühmten Offizinen, also der Zinnfigurenfabriken bzw. -manufakturen. Hervorzuheben ist dabei vor allem Ernst Heinrichsen, der 1848 die schon erwähnte Größe von drei Zentimetern für Flachfiguren einführte; Sohn Wilhelm und Enkel Ernst Wilhelm führten die berühmte Werkstatt des Meisters fort. Die Zinnfigurenherstellung beschränkte sich nun schon lange nicht mehr nur auf den süddeutschen Raum, sondern erfaßte das gesamte Land einschließlich Berlin und Potsdam. Nicht unbekannt ist auch



Zinnfigur, Dr. Peter Hoch: Der Potsdamer Revolutionär Max Dortu. Größe der Figur:
3 cm. Foto: Claus Herrman

die Offizin der Familie Meyerheine, die 1821 bis 1896 in mehreren Generationen die Zinngießerei in Potsdam betrieb. Heute befinden sich die noch vorhandenen Formen im Besitz des Bezirksheimatmuseums und werden sorgfältig restauriert.

Besonders setzte sich die Zinnfigurenherstellung aufgrund der günstigen Rohstofflage im Erzgebirge durch. Doch Zinnfigurenproduktion unter kapitalistischen Verhältnissen bedeutete auch brutalste Ausbeutung gerade derer, für die die Zinnfiguren gemacht wurden: der Kinder. Sie wurden als billige Arbeitskräfte, vor allem für die Massenbemalung, unter primitivsten Arbeitsbedingungen ausgenutzt. Ob ein solches Kind dann noch Freude fand am Spiel mit Zinnfiguren? –

Immer mehr begann die Zinnfigur zum Gegenstand von Sammlern zu werden, deren Einfluß schließlich bewirkte, daß die Zinnfigur zu dem wurde, was sie heute ist – zum kulturhistorischen Gegenstand. Nach und nach beeinflussten die Sammler nun direkt die Zinnfigurenherstellung, die Auswahl der Typen und deren Gestaltung. Schließlich begnügte man sich nicht mehr mit dem angebotenen Sortiment und begann selbst mit der Herstellung. Genannt sei der Name Ludwig Frank, dessen Figuren noch heute ein begehrtes Sammlerobjekt sind. Schließlich organisierten sich die Sammler in ihrem Mitte der 20er Jahre gegründeten Verein „CLIO“. Und 1930 fand schon die erste Internationale Ausstellung kulturhistorischer Zinnfiguren in Leipzig statt.

Die Zinnfigurensammler, die in Fachgruppen beim Kulturbund der DDR zusammengeschlossen sind und dort einen nicht unbedeutenden Teil der Gesellschaft für Heimatgeschichte bilden, leisten eine aktive Arbeit. Regelmäßige öffentliche Ausstellungen auf örtlicher und zentraler Ebene stellen Höhepunkte dar; erinnert sei an die zentrale Ausstellung in Weimar im Jahre 1976, die in der Öffentlichkeit großen Anklang fand.

Bedeutungsvoll ist die Unterstützung, die die Sammler durch den Kulturbund und speziell durch den zentralen Fachausschuß Zinnfiguren erhalten. Hervorzuheben sind die gedruckten Arbeitsmaterialien, die regelmäßig herausgegeben werden, sowie zentrale Lehrgänge für Graveure oder zur Vervollkommnung der Fertigkeiten beim Bemalen und Dioramenbau.

Die Fachgruppe Zinnfiguren in Potsdam wurde erst vor wenigen Jahren gegründet. Sie faßte jene zusammen, die schon seit geraumer Zeit selbständig sammelten, und gewann eine beträchtliche Zahl neuer Sammler. Heute vereinigt die Gruppe weit über 20 Mitglieder. Im Februar 1980 führte sie eine Ausstellung unter Beteiligung von Sammlern aus Berlin durch, die mit über 14 000 Besuchern in nur neun Tagen eine gewaltige Publikumswirksamkeit entwickelte. Durch eine niveauvolle, ausgewogene und interessante Gestaltung wurde mit dieser Ausstellung für viele Werktätige ein kulturelles Erlebnis geschaffen. Die Fachgruppe konnte damit einen kleinen Beitrag zur Geschichtspropaganda und Ausbildung des Traditionsbewußtseins leisten. Dem diente vor allem die kollektive Anfertigung eines großen Dioramas, das eine Begebenheit aus der Revolution von 1848/49 darstellt: Potsdamer Bürger unter Führung von Maximilian Dortu unterbrechen die Eisenbahnlinie Potsdam-Berlin, um die Verlegung von Truppen der Potsdamer Garnison

zur Niederschlagung der Revolutionäre in der preußischen Hauptstadt zu verhindern.

Mit diesem Thema griff die Gruppe nicht irgendein historisches Thema auf, sondern widmete sich bewußt den progressiven Traditionen der Stadt Potsdam selbst. Denn allzu oft wird Potsdam undifferenziert mit Hohenzollernmonarchie und „Langen Kerls“ identifiziert. Dabei hat die Stadt bedeutende fortschrittliche Traditionen aufzuweisen; es gilt, diese noch verstärkter in ihrer gesamten Dialektik in den Vordergrund zu rücken. Potsdam gehörte in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts lange nicht zu den Zentren der industriellen und sozialen Vorwärtsentwicklung. Doch Potsdam stand auch nicht außerhalb dieses Prozesses, wobei die frühzeitige Einbeziehung der Stadt in das schnell wachsende Eisenbahnnetz sicher keine untergeordnete Rolle gespielt haben dürfte. Unbedingt erwähnt werden muß die Gründung der Eisenbahnwerkstätten auf dem Gelände des Potsdamer Gutes in der Teltower Vorstadt. Doch insgesamt barg die soziale Struktur noch nicht die Potenzen für ein konsequentes revolutionäres Vorwärtsdrängen in sich. Die 400 Weber aus Nowawes stellten schließlich noch kein Proletariat dar. So kam es während der Revolution auch zu keinen bedeutenden eigenständigen Aktionen. Aber die demokratischen Kräfte der Stadt standen nicht abseits von den revolutionären Ereignissen. Sie entschlossen sich unter der Leitung des erst 22jährigen Dortu, einen Beitrag zur Abwehr des Konterrevolutionären Gegenschlages im Herbst 1848 zu leisten, indem sie die militärische Verstärkung der Konterrevolution durch die Verhinderung von Truppentransporten nach Berlin blockieren wollten. Es ging um die Rettung der preußischen Nationalversammlung. Die Eisenbahnlinie vor Potsdam wurde aufgerissen, die Telegraphenmasten umgelegt. Doch der Sieg der Konterrevolution konnte damit nicht mehr aufgehalten werden. Dortu mußte nach Brüssel und Paris emigrieren, wo er mit Karl Marx bekannt wurde. Später nahm Dortu an der Reichsverfassungskampagne teil. Er wurde zum Führer des Volksaufstandes in Freiburg. In der badischen Volksarmee kämpfte er als Offizier gegen die militärische Macht der Konterrevolution und gehörte zu den Verteidigern der Festung Rastatt. Gemeinsam mit 27 anderen Revolutionären wurde er am 31. Juli 1849 von preußischem Militär hingerichtet. Insgesamt war Dortu die wohl herausragendste Persönlichkeit, die Potsdam in der Revolution von 1848/49 hervorgebracht hatte.

Um das Diorama möglichst wirklichkeitsnah anfertigen zu können, wurde vor allem eine Figur des Maximilian Dortu benötigt. Diese Aufgabe löste Bundesfreund Dr. Peter Hoch, der eine Zeichnung nach den wenigen vorhandenen Abbildungen anfertigte und die Gravur besorgte. Das Diorama wird mit der Neueröffnung des Potsdamer Bezirksmuseums dort seinen ständigen Platz finden.

Zinnfiguren sind heute kein Gegenstand für Geschichtstümelei. Sie stellen vielmehr eine interessante Form der Freizeitbeschäftigung dar, die sowohl künstlerische Meisterschaft fordert und fördert als auch interessante Einblicke in das Leben der Menschen in Geschichte und Gegenwart eröffnet.

Bibliographie

Bearbeitet von Dorothee Geßner und Joachim Schulz

Bibliographische Informationsmittel zur Regionalgeschichte der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek des Bezirkes Potsdam:

- Brandenburgische Literatur, Regionalbibliographie für die Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam, Potsdam 1 (1958) ff.
- 30 Jahre Bodenreform (1975)
- Potsdams Partnergebiete im sozialistischen Ausland (1976)
- 30 Jahre SED (1976)
- Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Postdam (1977)
- Die Novemberrevolution in Deutschland und die Gründung der KPD (1978)
- Potsdamer Straßennamen (1978) - Waldstadt I, Zentrum Ost, Am Stern
- Potsdam-Literatur (1979)
- Potsdamer Straßennamen (1980) Babelsberg
- Das Havelländische Obstanbaugebiet (1980)
- Preußische Geschichte in der Literatur (1980)
- Bilanzen. 30 Jahre Verwaltungsreform in den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam (1982)

Für weitergehende Studien wird empfohlen:

Bibliographie zur Geschichte der Mark Brandenburg. Bearbeitung: H.-J. Schreckenbach,

Teil I Allgemeines, 452 S., Weimar 1970

Teil II Einz. Landschaften, Familien und Personen, 433 S., Weimar 1971

Teil III Orte A - M, 584 S., Weimar 1972

Teil IV Orte N - Z, 398 S., Weimar 1974

Historisches Ortslexikon für Brandenburg. Bearbeitung: L. Enders

Teil I Prignitz. XVI, 463 S., Weimar 1962

Teil II Ruppin. XIX, 327 S., Weimar 1970

Teil III Havelland. XX, 452 S., Weimar 1972

Teil IV Teltow. XX, 396 S., Weimar 1976

Teil V Zauch - Belzig. XXII, 527 S., Weimar 1977

Teil VI Barnim. XIX, 676 S., Weimar 1980

Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR, Bezirk Potsdam. Hrsg. Institut für Denkmalspflege. Berlin, Henschelverlag Kunst und Gesellschaft, 1979. 475 S., Abb.

Quellenpublikationen, Dokumentationen und Erinnerungsbände über den Bezirk Potsdam

Dokumente und Materialien zu den sozialen und politischen Verhältnissen in der Provinz Brandenburg von 1871 bis 1917. Hrsg.: Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, SED-Bezirksleitung Potsdam, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Staatsarchiv Potsdam, Institut für Geschichte der Pädagogischen Hochschule Potsdam, Potsdam 1968, 191 S. Beiheft, Potsdam 1967, 117 S.

Dokumente und Materialien zu den sozialistischen und politischen Verhältnissen in der Provinz Brandenburg von 1917 bis 1923.

Hrsg.: Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, SED-Bezirksleitung Potsdam, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Staatsarchiv Potsdam, Institut für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, Potsdam 1968, 272 S.

Dokumente und Materialien zu den sozialen und politischen Verhältnissen in der Provinz Brandenburg von 1924 bis 1929.

Hrsg.: Staatsarchiv Potsdam, SED-Bezirksleitung Potsdam, Abteilung Agitation und Propaganda, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Sektion Germanistik-Geschichte, Lehrkollektiv Deutsche Geschichte, der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam, Potsdam 1975, 327 S.

Dokumente und Materialien zu den sozialen und politischen Verhältnissen in der Provinz Brandenburg von 1929 bis 1933.

Hrsg.: Staatsarchiv Potsdam, SED-Bezirksleitung Potsdam, Abteilung Agitation und Propaganda, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam, Sektion Germanistik-Geschichte, Lehrkollektiv Deutsche Geschichte, Potsdam 1974, 351 S.

Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg 1933-1939.

Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam der SED - Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, in Verbindung mit den Bezirkskomitees Potsdam, Cottbus und Frankfurt/O. der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Staatsarchiv Potsdam, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam, Sektion Germanistik, Geschichte, Musikerziehung, Fachrichtung Geschichte, Wissenschaftsbereich Deutsche Geschichte, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Potsdam 1978, 548 S.

Solidaridad Pasaremos. Erlebnisberichte von Interbrigadisten des Bezirkes Potsdam.

Hrsg.: Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Bezirkskomitee Potsdam und Staatsarchiv Potsdam, Potsdam 1981, 191 S.

Dokumente zur demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg.

Hrsg.: Staatsarchiv Potsdam, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Bezirksleitung Potsdam der SED, Potsdam 1966, 143 S.

Die Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg. Abriß der Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg von Karl Urban. Dokumentation zur Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg von Joachim Schulz, Karl Urban und Werner Wölk.

Hrsg.: SED-Bezirksleitung Potsdam, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Bezirksparteiarchiv, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Bezirkskabinett für die Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Staatsarchiv Potsdam, Potsdam 1976, 332 S., Abb.

Freundschaft – Werden und Wachsen. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung des Freundschafts- und Bruderbundes zwischen der Sowjetunion und der DDR. Dargestellt an Beispielen aus dem Territorium des ehemaligen Landes Brandenburg, Teil 1 1945–1949.

Hrsg.: Staatsarchiv Potsdam in Verbindung mit der Bezirksleitung Potsdam der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Bezirkskomitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer Potsdam, Bezirksvorstand Potsdam der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Potsdam 1975, 377 S., Abb.

Freundschaft – Werden und Wachsen. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung des Freundschafts- und Bruderbundes zwischen der Sowjetunion und der DDR. Dargestellt an Beispielen aus dem Territorium des Bezirkes Potsdam. Teil 2 1949–1962.

Hrsg.: Staatsarchiv Potsdam in Verbindung mit der Bezirksleitung Potsdam der SED – Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Bezirkskomitee Potsdam der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Bezirksvorstand Potsdam der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Bezirkskabinett für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Potsdam, Potsdam 1977, 372 S., Abb.

30 Jahre DDR – 30 Jahre sozialistische Staatsmacht. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht. Dargestellt an Beispielen aus den Bezirken Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam.

Hrsg.: Rat des Bezirkes Cottbus, Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder, Rat des Bezirkes Potsdam, Staatsarchiv Potsdam, Potsdam 1979, 44 S. (Sammelmappe mit Bildern und Dokumenten).

Der Bezirk Potsdam in 30 Jahren DDR. (Umschlagtitel: Der Havelbezirk in unseren Tagen.)

Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam der SED, Abt. Agit.-Prop., Potsdam 1979, 144 S., Abb.

Bilanz auf gutem Weg.

Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam der SED, Abt. Agit.-Prop., Potsdam 1975, 20 Bl. (Bildmappe).

Bilanz auf gutem Weg. 1976-1980 Bezirk Potsdam.

Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam der SED, Abt. Agit.-Prop., Potsdam 1981, 23 Bl. (Bildmappe)

Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht im Bezirk Potsdam. 1952-1982 Dreißig Jahre Bezirk Potsdam.

Hrsg.: Rat des Bezirkes Potsdam, Staatsarchiv Potsdam, Potsdam 1982, 47 Bl., III. (Sammelmappe).

Geschichtskalender

1976. 30 Jahre Vereinigung von KPD und SPD Provinz Brandenburg.

Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1976, 26 S., Abb.

1977. 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution - 30. Jahrestag der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1917-1977, 1947-1977,

Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1977, 26 Bl., Abb.

1978. 60 Jahre Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg, für Frieden und Sozialismus.

Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1978, 26 Bl., Abb.

1979. Die DDR - unser sozialistisches Vaterland. 30 Jahre sozialistische Entwicklung im Bezirk Potsdam.

Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1979, 26 Bl., Abb.

1980. 35 Jahre erfolgreiche Agrarpolitik im Bezirk Potsdam,

Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1980, 26 Bl., Abb.

1981. Aktivisten, Neuerer, Wettbewerbsinitiatoren im Bezirk Potsdam.

Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1981, 12 Bl., Abb.

1982. Politische Plakate.

Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Potsdam 1982, 12 Bl., Abb.

Darstellungen über den Bezirk Potsdam

Rückert, Otto: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland (1871-1917) unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit Karl Liebknechts. (Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam Heft 8)

Hrsg.: Bezirksheimatmuseum Potsdam, Bezirksleitung der SED Potsdam. Teil 1 bis 3, Potsdam 1965

Rückert, Otto: Karl Liebknecht (1871-1917) - Führer der Parteiorganisation des Wahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland, Potsdam 1971, 75 S., Abb.

Adamy, Kurt: Die Eltern Karl Liebknechts. Zwei biographische Skizzen mit einem Anhang von Karl-Liebknecht-Gedenk- und Erinnerungsstätten im Bezirk Potsdam.

Hrsg.: Kreisleitung der SED Potsdam – Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Potsdam 1975, 32 S., Abb.

Der wehrhafte Kampf der deutschen Arbeiterklasse im Roten Frontkämpferbund – eine hervorragende Kampftradition für die sozialistische Wehrerziehung. Gekürztes Protokoll einer propagandistischen Konferenz am 30. Mai 1974 in Potsdam.

Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, Abt. Agit.-Prop., Militärgeschichtliches Institut der DDR, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam, Sektion Geschichte/Germanistik, Lehrkollektiv Deutsche Geschichte, Potsdam 1974, 36 S., Abb.

Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Potsdam 1952–1961 (Abriß, Erinnerungsberichte, Statistiken, Chronik, Karten, Bilder).

Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam – Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam – Sektion Germanistik/Geschichte/Musikerziehung, Fachrichtung Geschichte, Wissenschaftsbereich Deutsche Geschichte, Potsdam 1977, 91 S., Abb.

Franz, Werner: Zur Geschichte der Kampfgruppen des Bezirkes Potsdam von 1953 bis zur Gegenwart.

Hrsg.: Bezirksleitung der SED Potsdam, 1978, 212 S.

Schüller, Herbert: Die Entwicklung der Volkssolidarität im Bezirk Potsdam. Hrsg.: Bezirksausschuß der Volkssolidarität Potsdam, Potsdam 1979, 56 S., Abb.

Minsk – Potsdam.

Hrsg.: SED Bezirksleitung Potsdam, Bezirksvorstand Potsdam der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Rat des Bezirkes Potsdam, FDGB Bezirksvorstand Potsdam, Potsdam 1975, 60 S., Abb.

30 Jahre DDR. Entwicklung der Berufsausbildung im Bezirk Potsdam.

Hrsg.: Bezirkskabinett für Weiterbildung der Kader der Berufsausbildung, (als Manuskript gedruckt) Potsdam 1979, 116 S.

Kreise des Bezirkes Potsdam

Brandenburg (Stadt- und Landkreis)

Heß, K., Bogedein, B.: Beiträge zum antifaschistischen Widerstandskampf der Arbeiterklasse unter Führung der KPD in der Stadt Brandenburg in den Jahren 1933 bis 1945. Teil 1: 1933–1939, 35 S., Abb.; Teil 2: 1939–1945, 64 S., Abb.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Brandenburg, Brandenburg 1975.

Zeittafel. 30 Jahre Deutsche Demokratische Republik – 30 Jahre VEB
Stahl- und Walzwerk Brandenburg.

Hrsg.: Zentrale Parteileitung der BPO des VEB Stahl- und Walzwerk Bran-
denburg, Brandenburg 1979, 56 S.

Beiträge zur Geschichte von Kloster und Ort Lehnin (1180–1980). Axel
Goldmann, Friedrich Karl Grasow, Günter Mangelsdorf.

Hrsg.: Rat der Gemeinde Lehnin, Lehnin 1980, 48 S., Abb.

1000 Jahre Zitz, 973 bis 1973.

Hrsg.: Rat der Gemeinde Zitz, 1973

Chronik der Stadt Brandenburg (Havel). 1979.

Hrsg.: Stadtarchiv Brandenburg. Teil 1: 1945–1946; Teil 2: 1947–1949;
1979. Teil 3: Januar 1950–Juli 1952, Brandenburg 1981

Das Wort des VIII. Parteitages wurde eingelöst!

Hrsg.: SED Betriebsparteiorganisation des VEB IFA Getriebewerke Bran-
denburg, (1976), 40 S.

Brandenburg Stadtführer (Brandenburger Blätter – Band 1). Günter Man-
gelsdorf, Günter Weigelt.

Hrsg.: Museum der Stadt Brandenburg. Brandenburg 1977, 104 S., Abb.

Beiträge zur Regionalgeschichte des Brandenburger Havellandes. (Branden-
burger Blätter – Band 2)

Hrsg.: Günter Mangelsdorf im Auftrag des Museums Brandenburg, Bran-
denburg/Havel 1979, 96 S., Abb.

Brandenburger Blätter, Band 3.

Hrsg.: Museum der Stadt Brandenburg, Brandenburg 1981, 96 S.

Gransee

Kreis Gransee – Befreiung vom Faschismus.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiter-
bewegung, (Revolutionäre Traditionen – Heft 1 –), (1981), 39. S., Abb.
Abb.

Die führende Rolle der SED bei der sozialistischen Umgestaltung der Land-
wirtschaft im Kreis Gransee 1952–1961.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiter-
bewegung der Kreisleitung der SED Gransee, (Revolutionäre Traditionen
– Heft 2 –), (1981), 69 S.

Jüterbog

Die schwerste Prüfung, ungebrochen und in Ehren bestanden. Aus der Ge-
schichte der Kommunistischen Partei Deutschlands Ortsgruppe Jüterbog und
dem revolutionären Wirken des Vorsitzenden der KPD-Ortsgruppe Erich
Jeserick. Autor: Willi Hahmann. (Umschlagtitel: Die schwerste Prüfung).

Hrsg.: SED Kreisleitung Jüterbog, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, (1979), 123 S., Abb.

800 Jahre Stadtrecht Jüterbog, 1174-1974.

Hrsg.: Rat der Stadt Jüterbog, 1974, 38 S., 1 Kt.

Königs Wusterhausen

Petzold, W., Piel, E.: Wir tragen eine Fahne. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die militaristische Reaktion in Schenkendorf und anderen Orten des heutigen Kreises Königs Wusterhausen im März 1920.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Königs Wusterhausen der SED (Reihe Lebendige Geschichte, Heft 1), 1975

Höhne, J.: An keinem Tage ruhte der Kampf. Der antifaschistische Widerstandskampf im Wildauer Werk der Berliner Maschinenbau AG, vormals Schwartzkopff.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Königs Wusterhausen, (Reihe Lebendige Geschichte, Heft 2), 1976, 48 S.

... denn das alles tat ich für euch. Helden des antifaschistischen Widerstandes aus dem heutigen Kreis Königs Wusterhausen (Lebensbilder - Briefe - Erinnerungen - Dokumente).

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Königs Wusterhausen, (Reihe Lebendige Geschichte, Heft 3, 1977, 40 S., Abb.

Sußmann, H.: Teupitz und das Schenkendörfchen. Eine chronistische Betrachtung zur 600-Jahr-Feier der Stadt Teupitz.

Hrsg.: Rat der Stadt Teupitz, 1974, 100 S.

Wir schützen unsere sozialistische Heimat. Zur Geschichte der Kampfgruppen der Arbeiterklasse im VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“ Wildau, Betrieb der ausgezeichneten Qualitätsarbeit. Sonderdruck der Betriebszeitung „Schwungrad“ im Auftrage der Leitung der BPO des VEB Schwermaschinenbau Wildau, 1978, 67 S., Abb.

Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin. Dietz Verlag Berlin 1981, 126 S., Abb.

Zwischen dem VIII. und IX. (Parteitag). Fünf erfolgreiche Jahre im Kreis Königs Wusterhausen.

Hrsg.: Kreisleitung der SED Königs Wusterhausen, 1976, 29 S., Abb.

Kyritz

Stephan, H.: Die demokratische Bodenreform - erster Schritt auf dem Wege zur endgültigen Befreiung der Bauern (dargestellt am Beispiel des Landkreises Ostprignitz im ehemaligen Land Brandenburg).

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Kreisleitung Kyritz der SED, Kyritz 1965, 83 S., Abb.

Beiträge zur Geschichte der demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg (Referate und Diskussionsbeiträge der am 29. September 1965 in Kyritz veranstalteten wissenschaftlichen Konferenz „20 Jahre Bodenreform – 20 Jahre sozialistische Agrarpolitik“).

Hrsg.: Staatsarchiv Potsdam und SED-Bezirksleitung, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Potsdam 1966, 76 S.

Gebhard, H.: Zur Geschichte unserer Kreisstadt Kyritz. Von den Anfängen bis 1945.

Hrsg.: Kreiskabinettt für Weiterbildung der Lehrer und Erzieher Kyritz, 1972, 18 S.

Luckenwalde

Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten. Dem 30. Jahrestag der Befreiung des Gebietes Luckenwalde vom Hitlerfaschismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee gewidmet.

Hrsg.: Kreiskomitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer Luckenwalde-Jüterbog, 1975, 36 S.

Fiedler, H.: Zehn Schritte unseres Weges. Episoden und Erlebnisse aus der Geschichte der Freien Deutschen Jugend und der Entwicklung der Volksbildung.

Hrsg.: Abt. Volksbildung beim Rat des Kreises Luckenwalde, (1979), 52 S., Abb.

100 Jahre Luckenwalder Beschlüsse 1878–1978.

Bilanz zwischen zwei Parteitagen. Kreis Luckenwalde Januar 1981.

Hrsg.: Agitationskommission bei der SED Kreisleitung Luckenwalde, (1981), 20 S., Abb.

Nauen

Döbbelin, W.: Versuch einer Würdigung des Jungkommunisten und antifaschistischen Widerstandskämpfers Erich Meier.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Verbindung mit dem Kreiskomitee Nauen der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, FDGB-Kreisvorstand Nauen, 1979, 54 S., Abb.

Neuruppin

Vom schweren Anfang. Erlebtes und Unvergessenes aus den ersten Jahren aufgezeichnet von Lisa Riedel, Kurt Rienau, Ernst Metz, Günter Modrow, Werner Stahlbaum.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Neuruppin, Kulturbund der DDR. (Schriftenreihe: Revolutionäre Traditionen – lebendige Geschichte, Heft 1/1978), 39 S., Abb.

Kämpfende Klasse. Ein Beitrag zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im Kreis Ruppín seit 1848.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Kreisleitung der SED Neuruppín, (Schriftenreihe Revolutionäre Traditionen – lebendige Geschichte, Heft 2/1980), 16. S.

Ruppíner Landarbeiterstreik 1922. Damals rechtlose, ausgebeutete, kämpfende Landarbeiter – heute Herren ihres sozialistischen Landes.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Neuruppín, (Schriftenreihe Revolutionäre Traditionen – lebendige Geschichte, Heft 3/1982), 40 S., Karten, Abb.

Unser Werk: Gewachsen mit unserer Republik. 25 Jahre VEB Elektro-Physikalische Werke Neuruppín.

Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorganisation und Betriebsleitung des VEB Elektro-Physikalische Werke Neuruppín, Betrieb im Kombinat VEB Elektronische Bauelemente, Neuruppín 1976, 32 S., Abb.

30 Jahre DDR. Bilanz des Kreises Neuruppín. Für unser eigenes Wohl – zum Nutzen des Ganzen.

Hrsg.: Kreisleitung Neuruppín der SED und Rat des Kreises Neuruppín, Neuruppín 1979, 40 S.

Oranienburg

25 Jahre LPG im Kreis Oranienburg.

Hrsg.: Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Oranienburg, 1978, 14 S.

Katzorreck, S., Wehner, G.: Der illegale Kampf in den Jahren 1933–1945 auf dem Territorium des heutigen Kreises Oranienburg.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Oranienburg, Oranienburg 1973, 61 S., Abb.

Glienicke – unser Heimatort. Aus Vergangenheit und sozialistischer Gegenwart.

Hrsg.: Ortsparteileitung der SED Glienicke, 1979, 96 S., Abb.

Potsdam (Stadt- und Landkreis)

Potsdam /Brockhaus-Stadtführer/ von Hans-Joachim Giersberg und Hartmut Knitter,

Hrsg.: VEB F. A. Brockhaus Verlag Leipzig 1974, 184 S., Abb., Karten, Lit.-Angaben

Potsdam.

Hrsg.: Potsdam-Information, 96 S., (Bildband, Einleitung und textliche Gestaltung Ursula Müller, Otto Höchst), 1981

Die lebendige Bewahrung der revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse an den Schulen im Stadt- und Kreisgebiet Potsdam.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Potsdam der SED, Heft 1 Potsdam 1970, Heft 2 Potsdam 1972

Zur Geschichte des Roten Frontkämpferbundes (RFB) und seiner Entwicklung in Potsdam-Nowawes. Mit Beiträgen von K. Finker, K. Vogel, F. Schwuchow, W. Schmidtke.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Potsdam der SED, Potsdam 1974, 51 S.

K. Adamy, H. Jordan, J. Kirst: Gedenk- und Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung in der Stadt und im Kreis Potsdam, Potsdam 1976, 72 S.

A. van Pee, H.-J. Schreckenbach: 20 Jahre sozialistische Entwicklung im Havelländischen Obstanbaugebiet. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur sozialistischen Umgestaltung unter Führung der Kreisparteiorganisation der SED.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Potsdam der SED, Teil 1: 1957-1962, Potsdam 1977; Teil 2: 1963-1975, Potsdam 1979

Im Auftrag der Partei. Aus den Anfängen der FDJ-Arbeit in Potsdam 1946-1949. Mit einem Vorwort von A. Köttig und Beiträgen von: K. Adamy, W. Bergemann, W. Dornbusch, G. P. Fedorjak, M. Grüttner, G. Horn, K.-H. Michael, A. Schlegel, H.-L. Stark, F. Staufenbiel, K. J. Stroilowa, H. Wegner.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Potsdam der SED, Potsdam 1977, 144 S.

Potsdam im Bild der Geschichte. Schulte, Dieter, Knitter, Hartmut,: Teil I: Von den Anfängen bis zum Jahre 1945.

Hrsg.: Bezirksmuseum Potsdam, 104 S., Potsdam 1979

VEB Autobahnkombinat, Betrieb Nord, Potsdam. 20 Jahre im Dienste des Verkehrsbaus, Potsdam 1973, 48 S., Abb.

20 Jahre Betriebsschule „Bruno Kühn“. (VEB Elektronische Bauelemente Teltow), Teltow 1972, 51 S., Abb.

Unser Werk. Wachsen und Wirken des Reichsbahnausbesserungswerkes Potsdam unter den Bedingungen von 25 Jahren Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR.

Hrsg.: BPO der SED des RAW Postdam, Potsdam 1974, 48 S.

Wandtke, Achim: 10 Jahre VEB (K) Wohnungsbaukombinat Potsdam 1964-1974, Potsdam 1974, 68 S., Abb.

VEB Energiekombinat Mitte, Energieversorgung Potsdam.

Hrsg.: VEB Energiekombinat Mitte, EV Potsdam, (1979)

Geschichte der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR. Die ersten Schritte der Deutschen Verwaltungsakademie. Teil 1: 1947-1950. Ausgearbeitet von der Kommission der Akademieparteileitung der SED

zur Erforschung und Propagierung der Betriebsgeschichte. Potsdam-Babelsberg 1981, 90 S.

25 Jahre Fachschule für Archivwesen Potsdam.

Hrsg.: Fachschule für Archivwesen, Potsdam 1980, 44 S., Abb.

25 Jahre Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam. Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam, Sonderdruck.

Hrsg.: Rektor der Hochschule, Potsdam 1973, 192 S., Abb.

Vom Werden und Wirken der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam.

Hrsg.: Rektor der Hochschule. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1976.

25 Jahre Hochschule für Film und Fernsehen. Versuch einer historischen Bilanz. (Aufsätze und Dokumentationen über Film und Fernsehen, Sonderband 1/79).

Hrsg.: Hochschule für Film und Fernsehen der DDR, (1979), 409 S., Abb.

Zur DEFA-Geschichte. Spielfilme 1946–1949. (Aufsätze und Dokumentationen über Film und Fernsehen, Sonderband 1/81).

Hrsg.: Hochschule für Film und Fernsehen der DDR, (1981), 380 S.

Unsere Karl-Marx-Werker im 25. Jahr der Republik. Notizen aus unserem Alltag. Aufgeschrieben von einem Autorenkollektiv der BPO des Karl-Marx-Werkes.

Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED, (1974), 32 S., Abb.

Chronik der FDJ-GO „Anton Saefkow“ VEB GRW Teltow STW „Wilhelm Pieck“, o. J. (1976), 60 S.

Potsdam – Bilanz zwischen zwei Parteitag.

Hrsg.: Rat der Stadt Potsdam, 1976, 53 S., Abb.

750 Jahre Bergholz – Rehbrücke. Rat der Gemeinde Bergholz-Rehbrücke, 1978, 48 S.

Blütenstadt Werder. Heimatgeschichtliche Beiträge.

Hrsg.: Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, in Zusammenarbeit mit dem Rat der Stadt Werder, Werder 1981

30 Jahre zuverlässiger Partner der Volkswirtschaft. Zeittafel 30 Jahre Güterkraftverkehr Potsdam.

Hrsg.: SED Parteileitung des VEB Güterkraftverkehr Potsdam, o. O. (1981), 44 S.

Pritzwalk

Vom Ich zum Wir. Sozialistische Umgestaltung auf dem Lande. Erinnerungen an die Jahre 1952–1960 im Kreis Pritzwalk.

Hrsg.: Kreisleitung Pritzwalk der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Pritzwalk 1980, 39 S., Abb.

Rathenow

Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten. Die Tage der Befreiung des Kreises Rathenow durch die ruhmreiche Sowjetarmee.

Hrsg.: Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Rathenow, 1975, 23 S.

Im Kampf geboren. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Kreis Rathenow Mai 1945 bis April 1946. Autoren: W. Hamann, K. Keil, K. Schuster.

Hrsg.: Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Rathenow, 1976, 71 S., Abb.

Müller, K.-H., Dittrich, W.: Polyester contra Pulver. Zur Geschichte des VEB Chemiefaserwerk „Friedrich Engels“ Premnitz.

Hrsg.: Betriebsgeschichtskommission im Auftrage der Betriebsparteiorganisation der SED, Berlin 1971, 342 S. Abb.

Bilanz unserer Erfolge – Polyester 1979. Das Chemiefaserwerk „Friedrich Engels“ Premnitz im 30. Jahr der DDR.

Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED, Betriebsgeschichtskommission, 1979, 55 S., Abb.

Rathenower Heimatkalender (erscheint jährlich)

Hrsg.: Kulturbund der DDR, Rathenow 1957 ff.

Wittstock

Wittstocker Lesebogen.

Hrsg.: Rat der Stadt Wittstock, 1973, 16 S.

Sommerfeld, H.: Belower Wald in der Wittstocker Heide. 23.-29. April 1945. Ein Teil der Geschichte des Todesmarsches aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen.

Hrsg.: Kreisleitung der SED Wittstock, Wittstock 1978, 29 S., Abb.

Zossen

Wietstruk, S.: Der Kampf der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Krieg und für den Übergang zum Sozialismus. Kreis Teltow von 1932-1948.

Hrsg.: Kreisleitung der SED Zossen, Zossen 1976, 116 S.

Wietstruk, S.: Frei ward der Bauer. 1945-1975. 30 Jahre marxistisch-leninistische Agrarpolitik – 30 Jahre Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern.

Hrsg.: Kreisleitung der SED Zossen, Zossen 1975, 52 S.

Wietstruk, S.: Vom Kreis Teltow zum Kreis Zossen 1949-1952.

Hrsg.: Kreisleitung der SED Zossen, Zossen 1978, 79 S.

Wietstruk, S.: Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft im Kreis Zossen 1952-1962.

Hrsg.: Kreisleitung der SED Zossen, Zossen 1981, 151 S., Abb.

Unseres eigenen Glückes Schmied.

Hrsg.: Kreisleitung der SED Zossen, (1981), 91 Bl. (Bildmappe, Bild-Text-Chronik, Bilanz zum X. Parteitag der SED)

Was des Volkes Hände schufen, ist des Volkes Eigentum. Beiträge aus der Betriebsgeschichte des VEB IFA-Automobilwerkes Ludwigsfelde.

Hrsg.: Parteileitung der SED, 1973, 30 S.

Bilanz des Autowerkes zwischen dem VIII. und IX. Parteitag.

Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED, Ludwigsfelde 1975, 23 S., Abb.

Peters, J.: 600 Jahre Blankenfelde (Kreis Zossen).

Hrsg.: Rat der Gemeinde Blankenfelde, 1975, 67 S., Abb.

600 Jahre Rangsdorf (Festschrift).

Hrsg.: Rat der Gemeinde Rangsdorf, 1975, 101 S.

550 Jahre Kallinchen 1430-1980.

Hrsg.: Rat der Gemeinde Kallinchen, 1980, 32 S.

Zossener Heimatkalender (erscheint jährlich)

Hrsg.: Rat des Kreises Zossen 1957 ff.

Wietstruk, S.: Gedenkstätte Baruth - Erinnerung und Verpflichtung.

Hrsg.: Kreisvorstand Zossen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und Rat der Stadt Baruth, Zossen 1981, 16 S., Abb.

Biographien

Mitgestalter der Geschichte - Wegbereiter unserer Zeit.

Biographische Skizzen. (Werner Abel, Paul Bismark, Bruno Brockhoff, Franz Brüning, Ferdinand Effenberger, Georg Fickelscheer, Otto Gramm, Paula Gürth, Hans Hein, Willy Jentsch, Walter Junker, Walter Klausch, Albert Klink, Heinrich Luther, Otto Meier, Robert Neddermeyer, Fritz Perlit, Kurt Poltiniak, Lotte Pulewka, Bruno Rehdorf, Erich Reimer, Herbert Ritter, Fritz Schmenkel, Fritz Seiffert, Wilhelm Staab, Antonie Stemmler, Albert Wiebach, Arthur Wölk, Martha Wölk, Wilhelm Zimdars).
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Potsdam in Verbindung mit dem Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR - Bezirks- und Kreiskomitee Potsdam, Potsdam 1980, 203 S., Abb.

Adamy, K. *Wilhelm Liebknecht*, 1826-1900. Daten aus seinem Leben und seiner politischen Tätigkeit. Mit einem Anhang von Wilhelm-Liebknecht-Gedenkstätten in der DDR.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Potsdam, Potsdam 1976, 96 S., Abb.

Biographische Dokumentation über das Leben des Genossen *Peter Lamberz* 1897-1968. Erarbeitet von der Arbeitsgemeinschaft Junge Historiker der Peter-Lamberz-Oberschule Bergfelde.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Oranienburg, Oranienburg 1976, 40 S.

Heinz Bartsch 1906-1944.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Oranienburg in Zusammenarbeit mit der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, Oranienburg 1979, 40 S., Abb.

Katzorrek. S.: Aus dem Leben des Arbeiterfunktionärs *Otto Scharfschwerdt*. Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Oranienburg, 1972, 16 S.

Pätzold, G., Barnth, H.: Kämpfer seiner Klasse. Erinnerungen aus dem Leben und dem Kampf des Genossen *Max Herm* und seiner engsten Kampfgefährten.

Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Brandenburg. Brandenburg 1974, 64 S., Abb.

Versuch der Würdigung des Jungkommunisten und antifaschistischen Widerstandskämpfers *Erich Meier*.

Hrsg.: Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Nauen, 1979, 54 S.

Ernst Lück – ein Leben des Kampfes für die Ziele der Arbeiterklasse.

Hrsg.: VEB Obertrikotagenbetrieb „Ernst Lück“ Wittstock, o. J.,

Aus dem Leben der Gesellschaft für Heimatgeschichte

Die Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR wurde am 17. Januar 1979 gegründet. Das Präsidium des Kulturbundes der DDR berief Prof. Dr. Willibald Gutsche zum Vorsitzenden der Gesellschaft für Heimatgeschichte.

Die Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR vereint Bürger aller Berufe und Generationen, die an der Beschäftigung mit der Heimatgeschichte, an ihrer Erforschung und Propagierung, an der Nutzung ihrer Erkenntnisse, Erfahrungen und Traditionen interessiert sind. In ihr wirken die Mitglieder des Kulturbundes zusammen, die sich in ihrer Freizeit bereits mit der Heimatgeschichte, der Führung von Chroniken, der Ur- und Frühgeschichte, der Volkskunde und heimatbezogenen Kulturgeschichte, der Numismatik und der Zinnfigur beschäftigen.

Die Gesellschaft ist offen für weitere heimatgeschichtliche Interessengebiete. Sie fördert die Herausbildung neuer mannigfacher Betätigungsmöglichkeiten in der ganzen Breite regionaler Geschichte.

Die Erschließung der geschichtlichen Entwicklung der Heimat ist für das Verständnis des historischen Weges der Entstehung, des Wachstums und der Zukunft der Deutschen Demokratischen Republik, unseres sozialistischen Vaterlandes, für ihre Gestaltung unerlässlich. (Aus den Leitsätzen der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR)

Am 7. November 1979 übergab Prof. Dr. Albert Wilkening an 22 Kulturbundmitglieder die Berufungsurkunden als Mitglied des Bezirksvorstandes Potsdam der Gesellschaft für Heimatgeschichte. Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte wurde Dr. Hans-Joachim Schreckenbach, Abteilungsleiter im Staatsarchiv Potsdam. Am 11. April 1981 wurde die erste Bezirkskonferenz der Gesellschaft durchgeführt. Von den 66 Delegierten wurde der Bezirksvorstand der Gesellschaft gewählt. Vorsitzender des Bezirksvorstandes wurde wiederum Dr. Hans-Joachim Schreckenbach. Der Bezirksvorstand hat seinen Sitz im Bernhard-Kellermann-Haus.

Anschrift:

Kulturbund der DDR
Gesellschaft für Heimatgeschichte
Bezirksvorstand Potsdam
1500 Potsdam
Mangerstr. 34/36

Autoren:

Heinz Beutel, Stadtarchiv Brandenburg (Havel),

Ulrich Buckholz, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kulturgeschichte/Volkskunde Brandenburg (Havel),

Wolfgang Fried, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Numismatik Brandenburg (Havel),

Dorothee Geßner, Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Potsdam, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte,

Dr. Hans-Joachim Giersberg, Staatliche Schlösser und Gärten Potsdam, Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Denkmalpflege,

Detlef Kotsch, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kulturhistorische Zinnfiguren Potsdam,

Dr. Hans-Joachim Schreckenbach, Staatsarchiv Potsdam, Vorsitzender des Bezirksvorstandes Potsdam der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR,

Joachim Schulz, Bezirksparteiarchiv der Bezirksleitung der SED Potsdam, Stellv. Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte,

Dr. sc. Klaus Vetter, Humboldt-Universität Berlin,

Dr. Heinz-Joachim Vogt, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Lothar Wand, Mitglied des Kreiskomitees Zossen der Antifaschistischen Widerstandskämpfer

